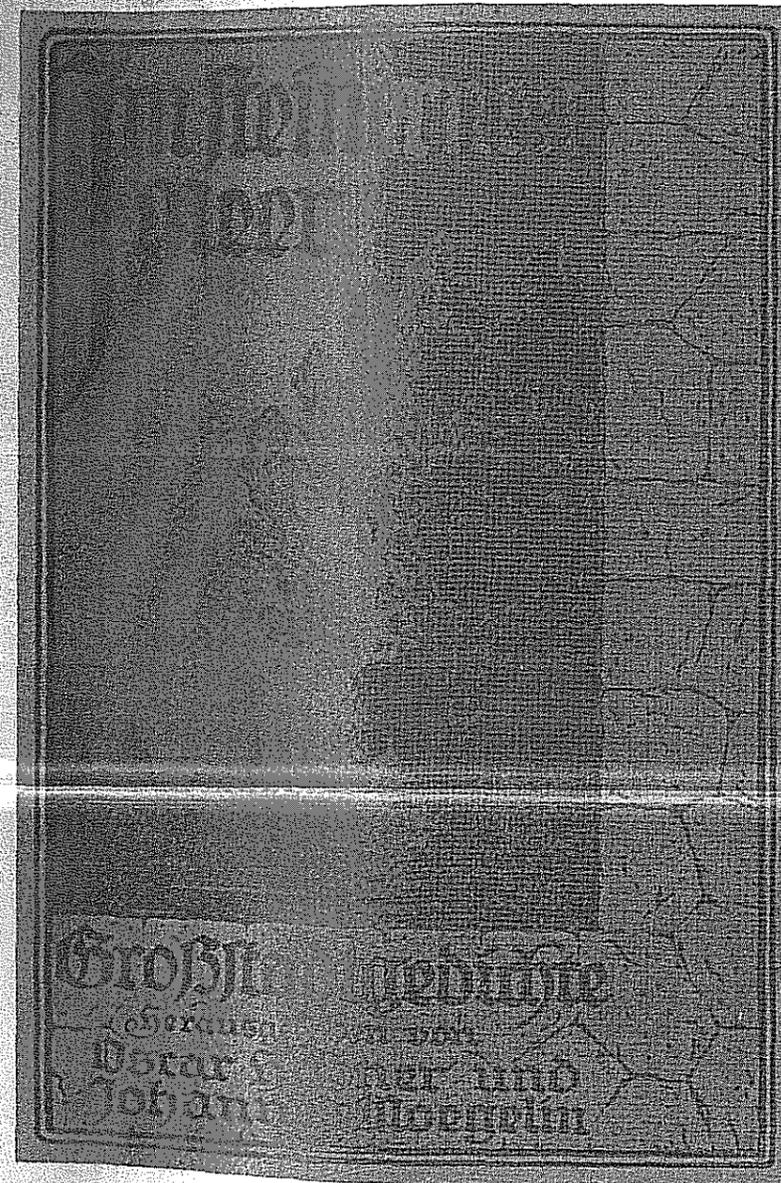


Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

8. Jg. Nr. 2
Januar 1994



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft
für Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn

Inhaltsverzeichnis

Vorweg einen schönen Gruß aus Bonn!

Entschuldigen möchte ich mich **nicht**, daß dieses Heft erst im Februar erscheint und nicht zum Ende des Jahres 1993. Hat es sich doch inzwischen immer mehr eingespielt, daß die Hefte jeweils die vorhergehende Sitzung der Sektion dokumentieren - nicht zuletzt um alle Interessierten möglich schnell über die Arbeit der Sektion zu informieren. Die letzte Sektionssitzung fand im November letzten Jahres statt, die letzten Manuskripte gingen Mitte Januar bei mir ein - also schneller geht es nicht mit dem Erscheinen des "Blättchens".

Mit diesem 2. Heft des 8. Jahrgangs haben wir das kritische 7. Jahr einer Beziehung bereits überschritten. Ich hoffe sehr, daß die gute Beziehung auch in den nächsten Jahren allseits und allerseits anhält, denn die Position des Blättchens als ein offenes Forum, das breit über die Arbeit der Sektion informiert, eine lebendige Informationsebene der Sektion selbst darstellt, hat sich meiner Meinung nach bewährt. Ich hoffe sehr, daß dies sich auch weiter so entwickelt. Ich werde es im Einvernehmen mit dem neuen Vorstand der Sektion weiter betreuen, auch wenn ich selbst nicht mehr im Vorstand bin. Ich hoffe, dies tut der Aktualität des Heftes keinen Abbruch. Ich freue mich auf viele Beiträge für das 1. Heft des Jahres 1994. Da die Sektion zum Ende des Aprils tagt, möchte ich hiermit den **Redaktionsschluß** auf den **31.5.1994** festsetzen.

Noch einmal ganz herzliche Grüße.

Wendelin Strubelt

Bonn, Anfang Februar 1994

Schicken Sie Ihre Beiträge an meine Adresse:

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30
53131 Bonn

PS: Die Telefaxadresse gebe ich absichtlich nicht bekannt, da ich Telefaxe nur unter Inkaufnahme schlechter Druckqualität in das "Blättchen" aufnehmen kann. Dies möchte ich an sich ausschließen, denn die Produktion soll zu einem lesbaren Resultat führen. Wer mich jedoch telefonisch erreichen möchte, kann dies unter 0228/826 290 tun.

Seite

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

- Programm für die Frühjahrstagung 1994 in Berlin 3
- Bericht über die Mitgliederversammlung der Sektion 4
- Protokolle der Herbsttagung 26./27.11.1993 in Hamburg 7
- Hinweis zum Sektions-Frauen-Workshop am 11./12.3. in Dortmund 12
- Mitgliedsverzeichnis der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie 13
- Dokumentation der Hamburger Sektionssitzung am 26./27.11.1993
 - o Ingrid Breckner: Sozialwissenschaftliche Theorien der Moderne und ihre Relevanz für die Stadt- und Regionalsoziologie 18
 - o Klaus M. Schmals: Das Neue Berlin - Stadt der Postmoderne? 26
 - o Rainer Neef: Wandel der Versorgungsanlagen und Sozialbeziehungen von Haushalten in Ostdeutschland im Licht moderner Entwicklungsperspektiven 34
 - o Walter Prigge: urbi et orbi. Stadtforschungen 40
 - o Klaus M. Schmals: Thesen und Fragen zur "Qualität der Lehre" 43
 - o Ulla Terlinden: Einige Überlegungen zur Frauenforschung in der Lehre der Stadt- und Regionalsoziologie 47

II. Berichte / Informationen

- Information über die Schader-Stiftung 49
- Wendelin Strubelt: Bericht über das 8. deutsch-polnisch-tschechisch-slowakische Stadt- und Regionalsoziologentreffen vom 26. bis 28.10.1993 in Poromka-Kozubnik 52

III. Forschungsprojekte

- Studienschwerpunkte und Berufsintegration von Frauen in der Architektur (Fachhochschule Hamburg) 55

IV. Literaturhinweise

- Information der ZWE "Arbeit und Region", Universität Bremen 69
- Diverse Literaturhinweise 70

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Prof. Dr. Klaus M. Schmals
Telefon: 0231/755 -2244 Telefax: -2245

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den Tagen vom 26. bis 27. November 1993 veranstalteten wir unsere Herbstsitzung in Hamburg. Im Zentrum standen Diskussionen um den "Raumbegriff", "gesellschaftliche Modernisierungsprozesse" und Fragen um die "Qualität der Lehre". Anlässlich dieser Sektionsveranstaltung verabschiedeten wir das alte und wählten ein neues SprecherInnentriumvirat. Bei dieser Gelegenheit nochmals herzlichen Dank für die Arbeit von Marianne Rodenstein, Christine Weiske und Wendelin Strubelt. Als SprecherInnen für die kommenden 2 Jahre wurden Martina Löw, Thomas Krämer-Badoni und Klaus M. Schmals gewählt. Die nächste Sektionssitzung der Stadt- und RegionalsoziologInnen wird vom 22. bis 23. oder 24. April 1994 in Berlin stattfinden. Für diesen Termin und die folgenden Sektionssitzungen vereinbarten wir in Hamburg folgende inhaltliche Schwerpunkte:

- o Harald Bodenschatz und Hartmut Häußermann bereiten für die Frühjahrssitzung den Schwerpunkt "Wandel der sozialräumlichen Strukturen Berlin-Brandenburg vor. In diesem Rahmen sind auch Exkursionen vorgesehen.
- o Ulfert Herlyn berichtet - ebenfalls in der Frühjahrssitzung - über die von ihm u.a. erstellte "Gemeindestudie Gotha". Für dieses Projekt wurde auch ein Film gedreht, den uns U. Herlyn gerne vorführen will.
- o Anlässlich der Herbstsitzung 1994 wollen wir uns mit "Fragen und Konzepten der Sozialverträglichkeitsprüfung" einen neuen Themenschwerpunkt erschließen. Die Vorbereitung haben Katrin Hater, Jens Dangschat und Richard Pieper übernommen. Im Rahmen der Frühjahrssitzung 1994 legt uns die Vorbereitungsgruppe einen Strukturierungsvorschlag, bezogen auf dieses Thema bzw. die Arbeit in der Sektion, vor.
- o Als dritten Themenbereich einigten wir uns auf "Europäische Industrieregionen". Die Vorbereitung hat Walter Siebel übernommen. Ein erster Strukturierungsvorschlag wird im Herbst 1994 zur Diskussion gestellt. Die Arbeit soll dann anlässlich der Frühjahrstagung 1995 beginnen.
- o Ein Ergebnis der Diskussion über die "Qualität der Lehre" war, daß diejenigen, die in der Lehre engagiert sind, mir ihre Lehrprogramme schicken. Auf dieser Basis wird dann eine nächste, präziser gefaßte Diskussion geplant.

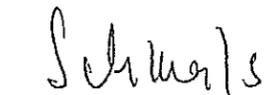
Nicht zuletzt vereinbarten wir, daß in Zukunft alle vorgesehenen Referate auch in schriftlicher Form vorzulegen sind. Sie sollen mindestens zwei Wochen vor der jeweiligen Sektionssitzung den TeilnehmerInnen zur Verfügung stehen.

Die Sektionssitzung an der Universität Hamburg wurde von Jens Dangschat sehr sorgfältig vorbereitet und fand in sehr angenehmer Atmosphäre statt. Herzlichen Dank für dieses nicht alltägliche Engagement.

Die neuen SprecherInnen der Sektion freuen sich auf zwei inhaltlich interessante Jahre und hoffen, daß dies auch in einer menschlich angenehmen Atmosphäre organisiert werden kann.

Bis zur Aprilsitzung verbleiben wir

mit herzlichen Grüßen


(K.M. Schmals)

Marianne Rodenstein

Bericht über die Mitgliederversammlung der
SEKTION STADT- UND REGIONALSOZIOLOGIE am 26./27.11.1993

Nach Mitteilungen über verschiedene anstehende Veranstaltungen berichtete die Sprecherin über die Geschäftsvorgänge der Frühjahrssitzung der Sektion 1993.

- Wendelin Strubelt, der nicht anwesend sein konnte, ist jetzt Koordinator einer Untergruppe "Soziales" im regionalen Schwerpunkt der Kommission für wirtschaftlichen und politischen Wandel. Er bittet um Meldung von Interessenten an dieser Gruppe. Weitere Einzelheiten sind bei Wendelin Strubelt zu erfragen.

- Es wurde außerdem über den Briefwechsel mit dem Rektor der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar berichtet, der inzwischen im Nachrichtenblatt der Sektion nachzulesen ist.

- Die Sprecherin wies in ihrem Tätigkeitsbericht auf das Problem hin, daß die Mitarbeit und die Eigenorganisation in den Gruppen, die jeweils ein Thema vorbereiten, erheblich nachgelassen habe, so daß die Sektionstagungen nicht mehr mit der früher üblichen Vorbereitung stattfinden. Nach kurzer Diskussion wurde deshalb beschlossen, daß künftig auf Sektionstagungen nur noch Referate vorgetragen werden können, wenn sie vorher so rechtzeitig verschickt wurden, daß sie auch gelesen werden konnten. Dies impliziert, daß sich die TeilnehmerInnen der Sektionstagungen anmelden müssen.

- Die Sprecherin und ihre beiden Stellvertreter (Christine Weiske und Wendelin Strubelt) stellten sich nicht wieder zur Wahl. Ihnen wurde für ihre Tätigkeit gedankt.

- Zum neuen Sprecher wurde Klaus Schmals, Dortmund, gewählt; als Stellevertreter und Stellvertreterin wurden Thomas Krämer-Badoni, Bremen, und Martina Löw, Halle, gewählt.

- Die Frühjahrstagung der Sektion wird am 22.-24. April 1994 in Berlin stattfinden. Die Kollegen Bodenschatz, Häußermann, Serbser sowie Kollegin Terlinden werden sich um den inhaltlichen Schwerpunkt zum Thema Berlin (und Umland) kümmern.

- Als weitere Themen, die als Schwerpunkte auf den nächsten Tagungen der Sektion behandelt werden sollten, wurden diskutiert: Sozialverträglichkeit (Vorschlag von Katrin Hater); Deindustrialisierung alter Industrieregionen Ost und West, eventuell zusammen mit der Sektion "Lokale Politikforschung" der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (Vorschlag von

Walter Siebel). Weitergeführt werden soll das Thema Modernisierung. Auch wurde das Interesse an Berichten über neuere Gemeindestudien geäußert (Hartmut Häußermann) und für die Frühjahrstagung in Berlin ein Bericht über Gotha von Herlyn eingeplant.

Die konkrete Vorgehensweise und Themenmeldung für die Sektionsveranstaltung auf dem Kongreß für Soziologie in Halle am werden nach diesen Vordiskussionen der Sprecher, sein Stellvertreter und seine Stellvertreterin am 14. Januar 94 auf einer Vorstandssitzung festlegen.

Protokoll der Wahl des Sprecherrates der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in der DGS auf der Sektionstagung in Hamburg am 26.11.1993

Wahlleitung: Marianne Rodenstein (Frankfurt/Main)

Protokoll: Christine Hannemann (Berlin)

1. Nennung von Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl

- Klaus Schmals (Dortmund) kandidiert als Einziger für die Position des Sprechers der Sektion
- Als stellvertretende Sprecherinnen und Sprecher kandidieren:
 1. Thomas Krämer-Badoni (Bremen)
 2. Marina Löw (Halle)
 3. Rainer Neef (Göttingen)
 4. Ulla Terlinden (Berlin)

2. Durchführung des geheimen Wahlvorgangs:

a) Wahl des Sprechers - Ergebnis

Klaus Schmals (Dortmund) wird mit großer Mehrheit zum Sprecher der Sektion gewählt (22:4(nein):2)

b) Wahl der stellvertretenden Sprecherinnen und Sprecher:

Es werden gewählt: Thomas Krämer-Badoni (19 Ja-Stimmen)
Martina Löw (16 Ja-Stimmen)

Stimmenanteile der anderen Kandidatinnen und Kandidaten:
Ulla Terlinden (13 Ja-Stimmen)
Rainer Neef (5 Ja-Stimmen)

3. Annahme der Wahl

Alle Kandidatinnen und Kandidaten nehmen die Wahl an!

Die Anschriften der auf der Herbsttagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie gewählten Sprecher bzw. Stellvertreter sind folgende:

Sprecher:

Herr
Prof. Dr. Klaus Schmals
Universität Dortmund
Abt. Raumplanung
Postfach 50 05 00
44221 Dortmund

Stellvertreterin und Stellvertreter:

Herr
Prof. Dr. Thomas Krämer-Badoni
Universität Bremen
ZWE Arbeit und Region KU/Aa
Postfach 33 04 40
28334 Bremen

Frau
Martina Löw
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
FB Erziehungswissenschaften
Institut für Pädagogik
Soziologie der Bildung und Erziehung
Franckeplatz 1, Haus 22
06110 Halle (Saale)

Protokoll der Diskussionen zu den Referaten von Dangschat und Prigge

- Anwendung des Konzeptes "sozialer Raum"
auf die residentielle Segregation (Dangschat)

Die Diskussion thematisierte einerseits Aspekte der Theoriebildung wie Vereinbarkeit der zusammengeführten theoretischen Modelle, Abstraktionsniveau und Empiriebezug. Andererseits befaßte sie sich mit dem (impliziten) Raumbegriff des Konzepts. Im Diskussionsverlauf hob Dangschat seine Absicht hervor, theoretische Ansätze zur Sozialstruktur- und Lebensstilanalyse (Bourdieu, Müller) mit Lämples Raumkonzept zu verknüpfen und letzteres für spezifische Forschungsfragen auf der individuellen Ebene, der Quartiersebene und der Ebene der Gesamtstadt sowie der jeweiligen Wechselwirkungen zu konkretisieren. Ausgehend von der residentiellen Segregation ginge es darum, Komponenten des Raumes in Verbindung mit Theorien der sozialen Ungleichheit stärker zu benennen. Das Konzept sei als Anregung gedacht, nicht als endgültiges Modell.

Im Hinblick auf den allgemein begrüßten Versuch der Integration und Operationalisierung abstrakter Konzepte als Ausgangspunkt für konkrete empirische Forschung wurde die Ansicht vertreten, daß davon nicht weiter zu abstrahieren sei, um nicht Prozesse aus dem Blick zu verlieren. Aus ähnlichem Grund wurde ebenfalls die Gefahr eines Kausaldenkens benannt.

Als Kausalmodell sei sein Ansatz, so Dangschat, allerdings nicht zu verstehen. Er solle an die Stelle traditioneller Segregationsforschung treten, welche ohne theoretischen Bezug von den Kategorienbildungen der Volkszählung abhängen und entsprechend mit Hilfe statistischer Jahrbücher geleistet werden könne. Hinsichtlich der Frage von relationalem Raum und Behälterraum sei zu berücksichtigen, daß empirische Forschung stets von bestimmten Raumgrenzen ausgehen müsse, um die Dimensionen des Ansatzes von Lämple konkret operationalisierbar machen zu können.

Insgesamt wurde von verschiedener Seite die Notwendigkeit betont, das Konzept des Behälterraums zu überwinden und das Augenmerk auf die Entstehung von unterschiedlichen Räumen und ihren Beziehungen untereinander zu richten. Allerdings sah Lämple eine Überfrachtung seines Ansatzes durch die Verknüpfung mit sozialstrukturellen Konzepten, die nicht in die Fläche projizierbar seien. Er wollte sein Modell nicht als allgemeine Raumtheorie verstanden wissen, sondern wies auf den spezifischen Raumbezug konkreter Fragestellungen und die generelle räumliche Brechung gesellschaftlicher Verhältnisse hin, welche nicht als Modernisierungsdefizite verstanden werden dürften.

Im Hinblick auf heterogene, durch verschiedene Gruppen und Lebensstile gekennzeichnete Räume, welche unterschiedliche Raumerfahrungen ermöglichen, stellte Dangschat eine Präferenz der Menschen für homogene, wählbare Räume fest. Heterogenität könne deshalb nicht hergestellt werden. Derzeit werde eine stärkere Ausgrenzung in der Stadt durch Lebensstile schon in der symbolisch-ästhetischen Definition von Räumen sichtbar.

Zur Frage der Konvertierbarkeit der Bourdieuschen Kapitalarten wies Dangschat speziell auf Gentrification-Prozesse hin, in denen ein Einsatz von kulturellem und sozialem Kapital gegen ökonomisches Kapital durch je spezifische Gruppen zu beobachten sei.

- *Urbanität: Frankfurter Raumanalysen* (Prigge)

Diskutiert wurde neben dem theoretischen Standort des Ansatzes seine Komplexität, die eine Zusammenschau von acht Räumen notwendig macht. Prigge betonte seine gesellschaftstheoretische Perspektive, in der stadtsoziologische Forschung einen Zugang zur Gesellschaftstheorie verspreche. Nach dem theoretischen Status seines Ansatzes befragt, sprach er von einem Versuch der Vermittlung zwischen stadtsoziologischer Forschung und Gesellschaftstheorie.

Mit Rückgriff auf strukturalistische Ansätze der 70er Jahre, namentlich Lefèbvre, sei vom Ende der industriellen Kultur auszugehen und der gesellschaftliche Wandel heute in der Stadt, in den dort vorfindbaren Überlagerungen neu entstehender gesellschaftlicher Praktiken zu untersuchen. Der städtische Raum könne nicht als Ausdruck von Gesellschaft gesehen werden, sondern habe eine formierende Funktion für diese. Bauliche Strukturen seien keine Repräsentation, sondern hätten einen reproduktiven Stellenwert für den Kapitalkreislauf. Auf die Allgemeingültigkeit seines Ansatzes angesprochen, bezeichnete Prigge ihn als am Modell Frankfurt gewonnen und nicht unbedingt verallgemeinerbar.

In unterschiedlicher Perspektive wurde seine Betonung eines quintären Sektors hinterfragt. Dieser sei genauer zu bestimmen bzw. zu sehr hervorgehoben oder habe schon immer existiert (Frauenarbeit). Für Prigge stellt der quintäre Sektor ein "neues Gelenkstück" städtischer Entwicklung dar. Gegenüber der "statistischen Schimäre" des tertiären Sektors sei eine neue Mischung von Tätigkeiten und Bereichen zu berücksichtigen. Insbesondere die informelle Wirtschaft des quintären Sektors nehme an Bedeutung gegenüber den "Yuppie-Tätigkeiten" zu. Jedoch bestehe das Städtische nicht allein aus diesem Bereich. Außerdem seien neben der ökonomischen Dimension die politische und kulturelle zu berücksichtigen.

Während Prigge sein Konzept als jenseits der raumtheoretischen Ansätze von Läßle oder Dangschat stehend verstand, wurden in der Diskussion verschiedentlich Verbindungsmöglichkeiten gesehen sowie insgesamt ein brauchbarer Ansatz zur Analyse sozialer Räume festgestellt. Allerdings wurde die Komplexität des Konzepts auch als insbesondere für Quartiersstudien bzw. Rassismusanalysen unangemessen kritisiert. Demgegenüber betonte Prigge die Notwendigkeit der Analyse sozialer Räume, die zwischen dem Globalen und dem Lokalen, in deren Mitte das Städtische steht, aufzuspannen sei. Nur durch die Aufnahme aller unterschiedlichen Ebenen könnten Problemstellungen wie Rassismus erklärt werden. Die Analyse sei sowohl vom Globalen hin zum Lokalen als auch umgekehrt möglich.

Ungeklärt blieb die Kritik, Stadt paradigmatisch als fortgeschrittenste gesellschaftliche Modernisierung zu fassen sowie der Hinweis auf die alltagstheoretische Perspektive bei Lefèbvre.

(Mechtilde Käßler/ Josef Eckert; den Protokollanten lagen keine schriftlichen Fassungen der Referate vor.)

Protokoll der Herbsttagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am 26.11.93 in Hamburg (14-18 Uhr)

Der Nachmittag war der Frage "Strukturieren Modernisierungstheorien Realität?" gewidmet. Die Organisation dieses Themenkomplexes lag bei Ingrid Breckner und Rainer Neef.

In ihrer Einleitung zu dem Thema gab Ingrid Breckner einen Überblick zur Geschichte der Modernität in sozialwissenschaftlichen Theorien, wobei sie auf zwei Dimensionen der Modernität besonders hinwies: die strukturanalytische Dimension und die normative Dimension. In den Arbeiten von Simmel, Tönnies, Riehl u.a. wurde Modernität in Zusammenhang mit der Industrialisierung und Neuordnung der Gesellschaft angesprochen. Erst in den 80er Jahren kam es zu einer expliziten Beschäftigung mit der Modernisierung (Habermas: Projekt der Moderne). Das Spektrum der Modernisierungstheorien erweiterte sich. Modernisierung wurde als Prozeß der Differenzierung, der Bildung von Subsystemen und der Erweiterung von Optionen gesehen, (J. Berger) aber auch als Verfallsprozeß der Traditionellen Strukturen. (K. Offe) Gegenwärtig dominiere in der Anwendung der Modernisierungstheorie die nachholende Modernisierung. (Transformationsprozeß/Zapf).

Die Relevanz der sozialwissenschaftlichen Modernisierungstheorien für die Stadt- und Regionalsoziologie sah die Referentin in diversen Punkten gegeben, insbesondere wies sie auf Forschungen hin, denen unausgesprochen ein normatives Modernisierungskonzept zugrunde läge. In der Diskussion wurde die Differenz bzw. Gleichheit von Modernisierungstheorien mit Theorien des Sozialen Wandels problematisiert und betont, daß die Modernisierungstheorien in ihrer kritischen und reflexiven Ausrichtungen eine Erweiterung der Theorien des Sozialen Wandels darstellten. Weiter wurde angemerkt, daß der Modernitätsbegriff in der sozialwissenschaftlichen Tradition entweder als philosophisch-emanzipatorischer Begriff oder als Bezeichnung für den Prozeß funktionaler Differenzierung gesehen würde. An den linearen Entwicklungsprozessen, von denen Modernisierungstheorien oft ausgingen, wurde Kritik geübt und auf gesellschaftliche Brüche und Krisen hingewiesen, die es zu untersuchen gelte. Doch da - so die Antwort der Referentin - gäbe es bereits den inhaltlich und theoretisch begründeten Begriff der reflexiven Moderne.

In einem zweiten Vortrag befaßte sich Klaus Schmals mit Berlin und seinem möglichen Weg in eine postmoderne Stadt. Darin fragte er nach den Ursachen für das "unvollendete Projekt der Moderne", sowie nach der Programmatik der Postmoderne und deren Abgrenzung zur Moderne. In der Debatte über Architektur und Städtebau für das "Neue Berlin" in den 20er und 30er Jahren war - so der Referent - bereits das Scheitern der Moderne angelegt. In der Gegenüberstellung gegenwärtiger Berliner Architekturprojekte und städtebaulicher Wettbewerbe mit Inhalten und Postulaten der Moderne sowie der Postmoderne kam er zu dem Schluß, daß die Berliner Stadtplanung nicht eine postmoderne Richtung verfolgte, sondern sich nach wie vor am "Projekt der Moderne" orientierte.

In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß Architektur und Städtebau vor allem auf ihren normativen Gehalt zu untersuchen wären. Auch müßten die gesellschaftlichen Bedingungen, sozialen Trägerschaften und Benutzerstrukturen von Architektur und Städtebau in eine soziologische Betrachtungsweise miteinbezogen werden. Uta Schäfer widmete sich in dem darauf folgenden Referat dem "sozialistischen Sonderweg der Moderne", der vorrangig als technische Modernisierung verstanden wurde. In Anlehnung an Parsons und Zapf beschrieb sie die "Wende" als einen Ausgleich des Mangels an "Standardanhebung, Wertegeneralisierung, Inklusion und Differenzierung". Am Beispiel der Betrachtung von Veränderungen privater Netzwerke in Ostdeutschland ging sie diesem Thema nach und kam aufgrund erster empirischer Ergebnisse zu dem Schluß, daß es eine Tendenz zur Umstrukturierung privater Beziehungen gäbe, die sich weg von multifunktionalen, diffusen Beziehungen hin zu Beziehungen bewegte, die einem spezifischen Bedürfnis dienen.

In der Diskussion wurde nochmal auf die dramatische Veränderung in den Beziehungsstrukturen in Ostdeutschland aufmerksam gemacht. Doch den interviewten Personen war dieser Wandel nicht bewußt, in den Interviews verneinten sie diesen Wandel ausdrücklich. Die Erhaltung ihrer Identität könnte dafür eine mögliche Erklärung sein.

Rainer Neef berichtete von einem Forschungsprojekt zum Wandel der Versorgungslagen und Sozialbeziehungen in Ostdeutschland, das er zusammen mit Dieter Strützel bearbeitete. Er stellte seinen empirischen Befunden drei Ansätze gegenüber: die funktionalistische Modernisierungstheorie; die These einer sozialen Polarisierung in der postindustriellen Gesellschaft; die feministische These, daß ökonomische Krisen und Arbeitslosigkeit zu mehr unbezahlter, von Frauen geleisteter Eigen- und Netzwerkarbeit führt. Er fügte eine vierte eigene These hinzu, daß jene in der Mangelwirtschaft der DDR sich etablierten informellen Beziehungssysteme als "Reproduktion der Art" durch Fürsorge, Ausprägung von Individualität und unkontrollierte Kommunikation gesehen werden könnten und es deshalb Beharrungstendenzen in den Beziehungen gäbe. Anhand der Ergebnisse in Einkommensentwicklung, Nutzung betrieblicher Ressourcen und von Diensten und Einrichtungen, Eigenarbeit und Netzwerkleistungen, sowie Sozialbeziehungen ergaben sich unterschiedliche Berührungspunkte zwischen den theoretischen Annahmen und den Daten. Während in der Einkommensentwicklung weder die Aussagen der Modernisierungstheorie noch die der Polarisierungsthese zuträfen, war bei der Nutzung von Diensten und Einrichtungen durchaus eine Polarisierung zwischen sozialen Gruppen zu registrieren.

In der Diskussion wurde nach dem allgemeinen theoretischen Bezugsrahmen gefragt. Die von R. Neef bereits angesprochene Beharrungstendenz in sozialen Bezügen wurde bestätigt. Der Kontinuität der Handlungsmuster läge - so wurde vermutet - die immer schlechter werdende Lage der Menschen in Ostdeutschland zugrunde.

Gevenleben, 21.12.93

Ulla Terlinden

Protokoll der Vormittagssitzung der Sektion für Stadt- und Regionalsoziologie in der DGS vom 27.11.93 in Hamburg

Vorbemerkung

Marianne Rodenstein weist daraufhin, daß das Protokoll letztmalig von einer Frau übernommen worden ist, ab der nächsten Sitzung sollte es von einem Mann geschrieben werden.

Tagungsthema: Qualität der Lehre

Dieser Teil der Tagung war auf die Frage der Qualität der Lehre (Organisation: Klaus Schmals (Dortmund) im Fach Stadt- und Regionalsoziologie an den betreffenden Universitäten und Hochschulen zentriert.

Als Diskussionsgrundlage erläuterte einleitend Klaus Schmals sein Thesenpapier (siehe Rundbrief S.) zum Thema. Darauf bezugnehmend referierte Jens Dangschat (Hamburg) in einem Koreferat über die Hauptfachausbildung Soziologie an der Universität Hamburg. Er betont die unterschiedlichen Anforderungen die an die Lehre gestellt werden, die sich aus ihrer jeweiligen Stellung als Haupt- oder Nebenfachlehre ergibt.

In der anschließenden Diskussion wurden die unterschiedlichsten eigenen Schwerpunktsetzungen und Positionen zur Hauptthese Klaus Schmals "die Soziologie in der Bundesrepublik befände sich im Rückzug" deutlich. Einige TeilnehmerInnen widersprachen dieser These und wiesen auf die wachsende Bedeutung der Lehre hin, so würde z.B. im Bundesland Hessen die Mittelvergabe zunehmend nach der Qualität der Lehre erfolgen. Es gäbe eine Verschiebung der Lehrinhalte: die Bedeutung der Frauenforschung in der Lehre nehme stark zu. Auch könne man nicht die Stellung der Soziologie in der Gesellschaft als identisch mit der Stellung der Soziologie in der Lehre setzen.

Im Laufe der Diskussion wurden zunehmend die "eigene" Lehrsituation an der betreffenden Universität oder Hochschule des/der jeweiligen Redners/in dargestellt. So gab es Kurzberichte aus Göttingen und Berlin (TU).

Nach dieser ersten Diskussionsrunde hielt Ulla Terlinden (Berlin) das zweite angekündigte Koreferat und thematisierte den Widerspruch zwischen der wissenschaftspolitischen Bedeutung der Frauenforschung und der fast völligen Nichtexistenz dieses Forschungsbereiches in der Lehre.

In der weiteren Diskussion wurde ein starkes Interesse an einer Fortführung der Debatte auf den folgenden Sektionssitzungen gefordert, verbunden mit dem Wunsch nach Einschränkung der zu diskutierenden Problemgebiete.

Verblüffend war, daß in der gesamten Diskussion nicht thematisiert wurde, daß der Hauptteil der Lehre eigentlich vom wissenschaftlichen Mittelbau getragen wird.

Klaus Schmals gab ein Resümee der Diskussion, wobei er feststellte, daß er von einem allgemeinen Interesse an der Fortführung der Debatte ausgehen könne. Er schlug folgende Schwerpunkte für die Fortführung der Diskussion vor:

- Fortsetzung der Situationsanalyse der Lehre an den Universitäten und Hochschulen; hierfür sei eine Materialsammlung notwendig.
- Analyse der institutionellen Situation der Lehre.
- Entscheidend für die Fortführung des Themenschwerpunktes ist die Stellung der Lehre als Kern- oder Nebenfach.

Er forderte alle Sektionsmitglieder auf, zur Publikation des jeweiligen Lehrangebotes an den Universitäten und Hochschulen, verstärkt das Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie zu nutzen.

Zum Abschluß der Diskussion zum Themenschwerpunkt Lehre wies Jens Dangschat auf die zunehmende Bedeutung der postgraduierten Ausbildung im Fach Stadt- und Regionalsoziologie im EG-Maßstab hin.

Einladung zum Sektions-Frauen-Workshop am 11. und 12. März in Dortmund

Liebe Frauen der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie, endlich habe ich hier Raum- und Terminfragen geklärt. Nachdem sich der in Hamburg präferierte Termin des letzten Märzwochenendes als hier nicht durchführbar erwies, werden wir nun - so Ihr nicht verhindert seid - am Freitag und Samstag - 11. und 12.3. - im Gästehaus der Unido (Wiewaldi) an der Baroper Straße (Tel.: 0231-755-4500) treffen.

- Als Themen des Treffens sind vorgesehen:
- Welche Modernisierungskonzepte verwenden/vertreter wir in unserer/n Lehre/Forschung/Planungs-Projekten?
 - (- Welche Aspekte unserer Arbeit beziehen sich aktuell auf Armut, Armutsbekämpfung etc.? - als zweiter möglicher inhaltlicher Schwerpunkt.)
 - Diskussion um derzeitige Forschungsfragenstellungen betreffs "Frau & Raum" - auch hinsichtlich zukünftiger Forschungsprojekte - auf Grundlage des Briefes von Marianne an die DFG (im Nachrichtenblatt 1/93, S.15-17) und der Vorschläge von Ingrid und mir im Rahmen der Expertise für das BMBau und die BfLR.
 - Möglichkeiten der Frauenförderung
 - Zukunft unserer AG
 - weiter ein Vorschlag von mir: 3 bis 4 Frauen sollten die Möglichkeit haben, den Stand ihrer (Doktor-, etc.)Arbeit für 30-40 Minuten in der Gruppe zu diskutieren zwecks Klärung anstehender Probleme, Tips, alternativer Ideen ... im Sinne gegenseitiger Beratung.

Bitte meldet euch bald bei mir an - spätestens bis zum 1. März. Überlegt, wozu Ihr Kurzstatements abgeben wollt und bedenkst dabei, daß wir uns nicht mit vorbereitenden Vorträgen treffen, sondern zwecks Austausch! Weiterhin die Frage, ob Ihr Unterkunft braucht? Die Tagesordnung und Diskussionsunterlagen verschicke ich dann eine Woche vorher.

Nun wünscht ich einen guten Semesterschluss und grüße herzlich

Gabrielle

UNIVERSITÄT DORTMUND
FACHBEREICH RAUMPLANUNG

Fachgebiet Soziologische Grundlagen der Raumplanung

SOZ

Dr. Gabriele Sturm
Telefon: 0231/755-2370 Telefax: -2245

Mitglieder der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie
Stand: Dezember 1993

Berger, Gerhard, Dr., Institut f. Soziologie, Christian-Albrechts-Universität, Olshausenstr. 40/60, 24098 Kiel, Tel.: 0431/880-3461, -3466

Nlasius, Jörg, Universität zu Köln, ZA f. empirische Sozialforschung, Bachemer Str. 40, 5000 Köln 41, Tel.: 0221/4703156

Blosfeld, Gido, Dr., p: Götzstr. 4, 06118 Halle, d: Institut f. Städtebau und Gewerbeplanung, Stephanusstr. 9, 06114 Halle/Saale, Tel: 0345/32721; 7700771, FAX: 0345/32721

Bodenschatz, Harald, Dr., Schmidt-Ott-Str. 20, 1000 Berlin 41, Tel.: 030/7913568

Bögenhold, Dieter, Herman-Löns-Str. 57, 26160 Bad Zwischenahn, Tel.: 04403/1441

Böltken, F., Dr., Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Postfach 200130, Am Michaelshof 8, 5300 Bonn-Bad Godesberg

Brauerhoch, Frank-Olaf, Jordanstr. 11, 60486 Frankfurt, Tel.: p: 069/708243

Buck, Gerhard, Dr., Landhausstr. 4, 1000 Berlin 31, Tel.: 030/675154

Bullinger, Dieter, Alter Teichweg 23, 2075 Ammersbek, Tel.: p: 04532/4331, d: 040/60606-318

Burkhardt, Manfred, Dr., BWI, Ruhlsdorfer Str. 95, 14532 Stahnsdorf, Tel.: 03329/612202, FAX: 03329/612206, p: Eichbuschallee 52, 1195 Berlin, Tel.: 030/6327088

Dangschat, Jens, Dr. Universität Hamburg, Institut f. Soziologie, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg Tel.: 040/4123, 2463 ed. 2499

Dienel, Peter, Prof. Dr., Forschungsstelle Bürgerbeteiligung, Universität GH Wuppertal, Postfach 100127, 5600 Wuppertal 1, Tel.: 0202/439-3344

Droth, Wolfram, Dr., TU Hamburg-Harburg, FSP 1-06, Postfach 901052, 2000 Hamburg 90, Tel.: 040/7718-3362, -3210

Durth Werner, Prof. Dr., Mollerstr. 34, 64289 Darmstadt

Eckert, Josef, Veleastr. 5, 50678 Köln, Tel.: 0221/385341

Felde, zum, Wolfgang, Uhlandstr. 6, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2203796

Perchland, Rainer, Dr., Poelchanstr. 18, O-1140 Berlin, Tel.: 030/5411978

Plierl, Bruno, Dr. sc., Thulestraße 25, 1100 Berlin

Franz, Peter, Dr., Universität Hannover, IFPS, Herrenhäuser Str. 2, 30419 Hannover, Tel.: d: 0511/762-3985

Friedrichs, Jürgen, Prof. Dr. Universität Köln, Forschungsinstitut f. Soziologie, Greinstr. 2, 5000 Köln 41, Tel.: 0221/470-2409, Fax: 0221/470-5180

Fuchs, Thomas, Dipl.Ing., Gesamthochschule Kassel, AG Empirische Planungsforschung, Mönchebergstr. 17, 3500 Kassel

Glausauer, Herbert, GH Kassel-Universität, FB 13, Stadtplanung-Landschaftsplanung, Gottschalkstr. 28, 3500 Kassel, Tel.: 0561/804-2527, Fax: 0561/804-2485

Gleichmann, Peter, Prof. Dr. Universität Hannover, Institut für Soziologie, Schneiderberg 50, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511/762-4573; -5554

Göschel, Albrecht, Dr., DIFU, Straße des 17. Juni 110, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/39001-235, privat: Blumenthalstr. 16, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/2644104

Grundmann, Siegfried, Prof. Dr., Weichselstr. 1, 0-1035 Berlin, Tel.: 030/5898089

Haass, Heinrich, Dr., Hildesheimer Str. 343, 3000 Hannover 81, Tel.: 0511/868196

Hamm, Bernd, Prof. Dr., Universität Trier, FB IV-Soziologie, Postfach 3625, 5500 Trier, Tel.: 0651/201-2726

Harländer, Tilmann, Dr., Gartenstr. 18, 52064 Aachen, Tel.: 0241/81942

Häusermann, Hartmut, Prof. Dr., Universität Bremen, Fb 9, Postfach 330440, 20334 Bremen

Heinze, Manfred, Dipl.-Ing., K.-Liebknechtstraße 22, 1020 Berlin, Tel.: 2113942

Heinze, Rolf, G., Prof. Dr., Ruhr-Universität Bochum, Fakultät f. Sozialwissenschaft, Universitätsstr. 150, 4630 Bochum, Tel.: d: 0234/7002981, p: 05731/4422

Helbig, Dr., Moskauer Straße 59, 5300 Weimar

Helten, Frank, Lipaer Str. 26, 1000 Berlin 45, Tel.: 030/8348647

Herlyn, Ulfert, Prof. Dr., Universität Hannover, IFPS, Herrenhäuser Str. 2, 3000 Hannover, d: 0511/7623626, p: Herzberger Landstr. 48g, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/46554

Schäfer, Heiner, Dr., Nieder Ramstädter Str. 23, 6101 Mühlthal-
Traisa, Tel.: 06151/146228

Schäfers, Bernhard, Prof. Dr., Universität Karlsruhe (TH),
Institut für Soziologie, Postfach 6980, 7500 Karlsruhe, Tel.:
0721/6083384

Schmals, Klaus, Prof. Dr., Universität Dortmund, FB
Raumplanung, Postfach 500 500, 44221 Dortmund, Tel.: 0231/755-
2244

Schmidt, Holger, Dr., Ebertallee 81, 4500 Dessau, Tel. 6582

Schön, Karl-Peter, Dr., BfLR, Postfach 200130, Am Michaelshof
8, 5300 Bonn 2

Schubert, Andreas, Gerhard-Hauptmann-Str. 10, 18055 Rostock,
Tel.: d: 0081/3811420, d: Senat der Hansestadt Rostock, Amt f.
Stadtentw., Statistik u. Wahlen, Neuer Markt 1, 18050 Rostock

Schuchardt-Müller, Wilgart, Walburgisstr. 44, 4000 Düsseldorf
31, Tel.: 0211/400909, Fax: 4080405

Schulze, Gerhard, Prof. Dr., Universität Bamberg,
Feldkirchenstr. 21, 8600 Bamberg, Tel.: 0951/8638290

Schumann, Wolfgang, Heinrich-Heine-Str. 4, O-1020 Berlin,
Tel.: 030/2752523

Schwand, Alfred, Dr., Rolandstraße 104, 1110 Berlin

Schwarz, Michael, Grevesmühlenerstr. 30, O-1090 Berlin, Tel.:
d.: 030/4937022 p.: 030/9218323

Serbser, Wolfgang, TU-Berlin, Institut f. Soziologie, DO 416,
Dovestr. 1, 1000 Berlin 10, Tel.: 030/314-24251

Siebel, Walter, Prof. Dr., Institut f. Soziologie, AG
Stadtforschung, FB 3, C.v.O.-Universität, Postfach 2503, 26111
Oldenburg, Tel.: 0441/798-2642/2947, Fax: 0441/7982919

Siewert, Hans-Jörg, c/o Minister f. Stadtentwicklung, Wohnen,
Verkehr, Breitestr. 31, 4000 Düsseldorf

Simon, Franz-Josef, Marienstr. 15, 66538 Neunkirchen/Saar,
Tel.: 06821/27948

Simon, Karl-Heinz, Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt f. Wahlen,
Statistik und Stadtforschung, Wilhelmstr. 32, 65183 Wiesbaden,
Tel.: d: 0611/31-2508; privat: Ingwerweg 16, 65191 Wiesbaden

Staufenbiel, Fred, Prof. Dr., Dolgenseestr. 50, 10319 Berlin,
Tel.: 030/5128417

Stein, Martin, Dipl. Ing., Thälmann-Allee 38, Bauhaus Dessau,
PSF 160, Dessau 4500, Tel.: 4053

Stierand, Rainer, Universität Dortmund, Fachgebiet
Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Postfach 500 500,
44221 Dortmund, Tel: d: 0231/755-2218, p: 02304/74540

Strubelt, Wendelin, Prof. Dr., Bundesforschungsanstalt für
Landeskunde und Raumordnung, Postfach 200130, Am Michaelshof
8, 5300 Bonn 2, Tel.: 0228/826290, FAX: 0228/826266

Strützel, Dieter, Dr., Otto-Worms-Straße 13, 6502 Gera

Szemeitzke, POLIS-Institut für Mensch-Umwelt-Beziehung,
Neustadtswall 30, 28 HB 1, 2800 Bremen, Tel.: 0421/5905185

Teschner, Manfred, Prof. Dr., TH Darmstadt, Institut f.
Soziologie, Residenzschloß, 6100 Darmstadt

Voigt, Peter, Prof. Dr., Fritz-Reuther-Str. 81, 2500 Rostock

Walther, Uwe-Jens, Dr., c/o BfLR, Postfach 200130, Am
Michaelshof 8, 5300 Bonn 2, Tel.: d: 0228/826243

Winkel, Rainer, Dr., Institut f. Regionalentwicklung u.
Strukturplanung e.V., Wallstr. 27, O-1020 Berlin, Tel.:
030/27803/565, FAX: 030/27803/567

Ahrend, Christine, Dipl.-Ing., TU Berlin,
Verkehrsweseneminar, Alt-Moabit 91c, 10559 Berlin, Tel.:
030/314-24684; privat: Kamminerstr. 36, 10589 Berlin, Tel.:
030/344 3815

Albrecht, Wilma, Dr., Nöthener Str. 55, 5358 Bad Münstereifel,
Tel.: 02253/6215

Benner, Ulrike, Technische Hochschule Darmstadt, Inst. f.
Soz., FB 2, Residenzschloß, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/162066

Böhme, Sylvia, Dr., Felbrigstraße 32, 6502 Gera

Borst-Krätke, Renate, Nithackstr. 6, 1000 Berlin 10, Tel.:
030/3423491

Bradna, Monika, Pallaswiesenstr. 40, 6100 Darmstadt, Tel.:
06151/91287

Breckner, Ingrid, Dr., Viktor-Scheffel-Str. 18, 80803 München
40, p: 089/390726, d: Wohnforum München gGmbH, Graveloteststr.
8, 8000 München 80, Tel.: 089/482071, Fax: 089/485286

Ciechocinska, Maria, Prof. Dr., Institut f. Geographie u.
Raumwirtschaft d. Polnischen Akademie d. Wissenschaften,
Krakowskie Przedmiescie 30, Warszawa, Polen, Tel.:
00/927/273565

Dörhöfer, Kerstin, Prof. Dr., Sybelstr. 29, 1000 Berlin 12,
030/8818135

Engelbrecht, Gudrun, c/o Albers, Hopfenstr. 20, 2000 Hamburg
36, Tel.: 040/3192944

Hermann, Thomas, Universität Hannover, agis, AG
Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung, Odeonstr. 18, 3000
Hannover 1, Tel.: d: 0511/762-4094, -4095, Fax: 0511/762-4099

Hoffmayer-Zlotnik, Jürgen, Dr., ZUMA B 2, 1, 6800 Mannheim 1

Hovorka, Hans, Prof. Dr., Czerningasse 12/14, A-1020
Wien/Österreich, Tel. 0222/26-76-09

Hunger, Bernd, Dr. sc., Marchlewski Str. 90, O-1034 Berlin,
Tel.: 030/5890468 od. 2343303

Ipsen, Detlev, Prof. Dr., AG Empirische Planungsforschung der
GH Kassel, Mönchebergstr. 17, 3500 Kassel, 0561/8042527

Jablonowski, Dr. Harry Walter, SWI, Querenburger Höhe 291,
4630 Bochum, Tel.: 0234/702092, Am Glockenturm 19a, 4630
Bochum 7, p: 0234/292611

Jessen, Johann, Dr., Nachtigallenweg 4, 2100 Hamburg 90, Tel.:
040/7909503

Junker, Dieter, Rother Schill 2, 56290 Uhler/Hunsrück, Tel.:
06762/6951

Kaib, Wilfried, Landgrafenring 8, 63071 Offenbach, Tel.: d.
069/80652350; p: 069/852911

Kamiya, K., Prof. Dr., Kansai-University, Faculty of
Sociology, 564 Yamate-Cho, Suita, Osaka 564, Japan, Tel.: (06)
388-1121

Keim, Karl-Dieter, Prof. Dr., Institut f. Regionalentwicklung
und Strukturplanung, Wallstr. 27, 10179 Berlin, Tel.:
030/27803-565, FAX: 030/27803-567

Kirchberg, Volker, Dr., c/o Valenzuele, Kottwitzstr. 52, 20253
Hamburg, Tel.: 040/4225157

Krämer, Jürgen, Dr., Goßlerstr. 3, 37073 Göttingen, Tel.:
0551/48336

Krämer-Badoni, Thomas, Prof. Dr., Universität Bremen, ZWE
Arbeit und Region KUAa, Postfach 330440, 28334 Bremen

Krätke, Stefan, Prof. Dr., Nithackstr. 6, 10585 Berlin, Tel.:
030/3423491

Kratzsch, Ernst, Dr., Wettringer Str. 21, 48431 Rheine

Kromrey, Helmut, Dr., Friederikastr. 111, 4630 Bochum 1

Krummacher, Michael, Prof. Dr., Evangelische Fachhochschule
RWL, Immanuel-Kant-Straße 18-20, 4630 Bochum 1, Tel.:
0234/36901-200

Kühn, Manfred, Gesamthochschule Kassel, AG Empirische
Planungsforschung, Mönchebergstr. 17, 3500 Kassel, Tel.:
0561/804-2527

Kuhn Rolf, Prof. Dr., Schloßstraße 2, 4500 Dessau

Kujath, Hans-Joachim, Dr., Institut f. Entwicklungsplanung u.
Strukturforschung GmbH, Grotelfendstr. 2, 3000 Hannover 1,
Tel.: 0511/1603282, 030/3138202

Läpple, Dieter, Prof. Dr., Grottenstr. 16, 2000 Hamburg 52,
Tel.: p.: 040/826829, d.: (TUHH) 040/7718-3110

Mackensen, Rainer, Prof. Dr., Goethestr. 33 B, 1000 Berlin 37,
TU Berlin, Inst. f. Soziologie, Dovestr. 1/VII, 1000 Berlin
10, Tel.: 030/31423255

Meinecke, Bernd, Meinecke & Rosengarten, Team f.
forschungsgestützte Marketing GmbH, Königstr. 16a, 2000
Hamburg 50, Tel.: d: 040/381813, p: 040/825421

Müller, Horst, Innere Hallerstr. 4, 90419 Nürnberg, Tel.:
0911/337781, 0911/231-2396

Neef, Rainer, Universität Göttingen, Soziologisches Seminar,
Platz der Göttinger Sieben 3, 3400 Göttingen, Tel.:
0551/397287 od. 793742

Nerlich, Mark Richard, Glashüttenstr. 107, 2000 Hamburg 36,
Tel.: 040/4396640 od. 040/4123-2201

Nokielski, H., Dr., Universität-GHS- Essen, FB 1-Soziologie,
Universitätsstr. 12, 4300 Essen 1

Nowak, Jürgen, Prof. Dr., Eichelhäherstr. 15 a, 1000 Berlin
27, Tel.: 030/431 97 97

Otte, Carsten, Kühler Grund 30c, 69126 Heidelberg, 06221/36263

Pfefferkorn, Friedrich, Dr., Weißdornstr. 3, O-7052 Leipzig

Pieper, Richard, Dr., Institut f. Sozialwissenschaften, TU
München, Lothstr. 17, 8000 München 2, Tel.: d: 089/2105-8677,
p: Tel.+Fax: 089/3507331

Prigge, Walter, Oberweg 44, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel.: d:
069/618706, p: 069/592068

Reinecke, Karsten, Institut f. Soziologie, Universität
Hannover, Schneiderberg 50, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511-
7625434

Riege, Marlo, Dr., Gereonshof 11, 50670 Köln, Tel.:
0221/132294

Rommelpacher, Th., Dr., Universität/GH Duisburg, FB 1/SHE,
Postfach 10 15 03, 47057 Duisburg, Tel.: d: 0203/379-2572, p:
0201/790896

Roppelt, Dr. Gerd, Amt f. Stadtentwicklung und Statistik,
Postfach 440, 6600 Saarbrücken, Tel.: 0681/9051681

Schaak, Torsten, Utbremer Str. 102, 28217 Bremen, Tel.:
0421/3966096

Fellner, Anne D., Johannisstr. 11, 2900 Oldenburg, 0441/882334

Frenzel, Tina, Hans-Beimler-Str. 31, O-1020 Berlin, Tel.: 030/2424417

Gießler, Christa, Dr., GEWOS, Schillerweg 9, O-7022 Leipzig, Tel.: 0341/51551

Gurske, Kirsten, Bez.amt Friedrichshain von Berlin, PV/Gleich 1, Petersburgerstr. 86-90, O-1034 Berlin, Tel.: 030/23242459, privat: Hausburgstr. 8, O-1034 Berlin, Tel.: 030/4276406

Hänel-Ossorio, Gisela, Korellweg 16, 6100 Darmstadt-Eberstadt, Tel.: d: 06151/163267, p: 06151/52916

Hannemann, Christine, p: Winterfeldtstr. 50, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/2165137, d: TU Berlin, Inst. f. Soziologie, Dovesstr. 1-5, 1000 Berlin 10, Tel.: 030/314-25139

Hater, Katrin, Roonstr. 10, 52070 Aachen, Tel.: 0241/543470

Hildersperger, Angelika, Wespienstr. 29, 5100 Aachen, 0241/35862

Janshen, Doris, Prof. Dr., Universität-Gesamthochschule-Essen, Fachbereich 1, Soziologie, Universitätsstr. 12, 4300 Essen 1, Tel.: 0201/183-3521/3571

Kabisch, Sigrun, Hauptstr. 128, O-7101 Rāpitz, d: Umweltforschungszentrum GmbH, Permoserstr. 15, O-7050 Leipzig, Tel.: d: 0341/2392 2282

Kahl, Alice, Prof. em. Dr. Forschungsinstitut WOHNEN, Semmelweisstr. 3/109, O-7010 Leipzig, Tel. u. FAX: 0341/2216101

Karhoff, Brigitte, c/o Initiativkreis Emscherregion - IBA von Unten, Heßlerstr. 33, 4300 Essen 12

Kißler, Mechtilde, Hochmeisterstr. 4, 51065 Köln, Tel.: 0221/698291

Kitzer, Hedwig, Balanstr. 197, 8000 München 90, 089/682725

Köhler, Gabriele, Stühlingerstr. 32, 7800 Freiburg, 0761/280833

Kort-Krieger, Ute, Reisingerstr. 11, 85737 Ismaning, d: 089/21054220, p: 089/965862

Kratz, Sabine, Universität Trier, FB IV - Soziologie, Postfach 3825, 5500 Trier, Tel.: 0651/201-2728

Kreil, Mathilde, DJI, Deutsches Jugendinstitut e.V., Freibadstr. 30, 8000 München 90

Lasch, Vera, Otto-Bähr-Str. 34, 3500 Kassel, d: 0561/804-2527

Lettko, Barbara, Scharnhorststraße 42, 65195 Wiesbaden, Tel.: p: 0611/9450576, d: 0611/312718

Löw, Martina, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Inst. f. Pädagogik, Franckeplatz 1, 06110 Halle/Saale

Martiny, Ulrike, Maienweg 50, 22297 Hamburg, Tel.: 040/5115679

Martwich, Barbara, Prof. Dr., Hochschule für Bildende Künste Hamburg, Lerchenfeld 2, 22081 Hamburg, Tel.: p: 040/2277371

Mayer, Margit, FU Berlin, Kennedy-Institut, Lansstr. 7-9, 14195 Berlin, Tel.: 030/838-2875

Mussel, Christine, Dr., Otto-Bähr-Str. 34, 3500 Kassel, 0561/884324 u. 8043264

Pietsch, Petra, Stillfriedstraße 4, Schwerin 2758, Tel.: 83685

Reich, Doris, Wittenerstr. 222, 44149 Dortmund 1, Büro: Humpert & Reich, Kampstr. 4, 4600 Dortmund 1, d: 0231/575138, FAX: 0231/527688, p: 0231/178504

Rempel, Katja, Thomas-Müntzer-Str. 25, O-5300 Weimar, Tel.: 03643/738 552

Rodenstein, Marianne, Ebersheimstr. 15, 60320 Frankfurt/Main, p: 069/5603302, Universität Frankfurt, FB 03, wBE I, Robert-Mayer-Str. 5, 69954 Frankfurt/Main, 069/798-2929, - 3570

Romeiß-Stracke, Felizitas, Kuglmüllerstr. 2, 8000 München 19, Tel.: 089/1577175, Fax: 089/153723

Schäfer, Hanne, Bernhardstr. 32, 64291 Darmstadt, Tel.: 06151/377712

Schäfer, Uta, Braugasse 12a, 5000 Köln 40, p: 02234/497106

Schmidt, Gudrun, Köpitzer Str. 15, O-1136 Berlin

Schmidt, Ines, Dr., Eberswalder Straße 27, Berlin 1058, Tel.: 030/4484435

Schneider-Kuszmierczik, Hannelore, Unter den Akazien 11, 6000 Frankfurt 70, 069/6311183

Scholz, Carola, Konrad-Broßwitz-Str. 13, 6000 Frankfurt 90, 069/705619

Schwarz, Christiane, Adalbertsteinweg 211, 5100 Aachen

Schwarz, Petra, Hessenplatz 3, 6000 Frankfurt 90, Tel.: d: 069/2977970, p: 069/771387

Spiegel, Ingrid, Stockaweg 7, 83346 Bergen, Tel: 08662/8095

Spiegel, Erika, Prof. Dr., Ziegelhäuser Landstr. 59, 69120 Heidelberg, Tel/FAX: 06221/472895

Steer, Marion, Goethestr. 41, Berlin-Ost, 1160

Stein, Ursula, Büro f. Raumplanung-Projekte-Beratung, Frankenallee 155, 60326 Frankfurt/M., Tel.: d: 069/7393434

Stolze, Gabriele, Cottbusser Platz 19, O-1150 Berlin

Sturm, Gabriele, Universität Dortmund, FB Raumplanung, 44221 Dortmund, Tel. d.: 0231/755-2370, FAX: 0231/755-2245

Terlinden, Ulla, Sybelstr. 29, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/3248524

Thömmes, Cornelia, Kleine Str. 5, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531/507845

Vetter, Hannelore, Märkisches Ufer 48, O-1020 Berlin

Weirich, Rita, Heidelberger Str. 100, 64285 Darmstadt, 06151/661520

Weiske, Christine, Hochschule f. Architektur u. Bauwesen Weimar, Geschwister-Scholl-Str. 6, O-5300 Weimar, Tel.: 03643/738702, 03643-730

Wienecke, Mecki, Jakobstr. 222, 5100 Aachen, 0241/30205

Wienemann, Marianne, Ruhr-Universität Bochum, ICFW 02/464, Weiterbildungszentrum, Postfach 102148, 4630 Bochum 1

Wonneberger, Eva, Herrenbergweg 19, 88316 Isny, Tel.: 07562/1477

Zapf, Katrin, Hoiruper Str. 14 D, 14129 Berlin, Tel.: 030/8039232

Zellmer, Astrid, Institut f. Städtebau Berlin, Jebensstr. 1, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/3129051

Adressenänderung:

Hartmut Häußermann ist seit September 1993 an der Humboldt-Universität in Berlin tätig.

Seine neue Anschrift:

Humboldt-Universität zu Berlin
 Fachbereich Sozialwissenschaften
 Unter den Linden 6
 10099 Berlin

Tel. 030 - 20 315 208; Fax 20 315 223



Johann Mayr

Quelle: Süddeutsche Zeitung

Ingrid Breckner

Sozialwissenschaftliche Theorien der Moderne und ihre Relevanz für die Stadt- und Regionalsoziologie

- Überarbeitete Fassung eines Vortrags anlässlich der Herbstsitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am 26./27.11.1993 in Hamburg -

Gesellschaftliche Modernität in der Geschichte der Soziologie und ihre Bezüge zur Stadt- und Regionalsoziologie

Gesellschaftliche Modernisierung und Modernität beschäftigen die Soziologie direkt oder indirekt seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert. Der durch die Industrialisierung sich verändernde Lebensraum in Stadt und Region und die daraus hervorgehenden neuen Typen der Vergesellschaftung in den Subsystemen Wirtschaft, Politik und Soziokultur konstituierten zunächst für die allgemeine Soziologie und später auch für die sich herausbildende Teildisziplin der Stadt- und Regionalsoziologie einen sich ständig verändernden Forschungsgegenstand.

Die räumliche und zeitliche Ordnung der wirtschaftlichen, politischen und sozial-kulturellen Strukturen der Gesellschaft war seit der Französischen Revolution und der Philosophie der Aufklärung durch einen Neuordnungsprozeß geprägt, der zunächst in der Sozialphilosophie und später auch in der Soziologie u.a. mit dem Begriff der Modernisierung gekennzeichnet wurde.

Im Unterschied zum Begriff des 'sozialen Wandels' der Gesellschaft, der ganz neutral Erscheinungsformen und strukturelle Hintergründe sozialer Veränderungen in der Gesellschaft bezeichnet, hatte der Begriff der Modernisierung immer schon programmatische Implikationen. Mit Modernisierung war und ist immer eine gerichtete Veränderung der Gesellschaft gemeint. Insofern ist

der Begriff Modernisierung teleologisch. Die Richtung der Veränderung bzw. Neuordnung der Gesellschaft in der Moderne wurde aus normativen Zielvorstellungen der Philosophie der Aufklärung abgeleitet - im Unterschied zur vormodernen Gesellschaft, deren Entwicklungsrichtungen durch normative Zielvorstellungen aus dem Bereich der Theologie bestimmt waren. Mit der 'Entzauberung religiöser Weltbilder' als Leitlinien gesellschaftlicher Entwicklung, zu der vor allem Max Weber mit seinen religionssoziologischen Arbeiten einen wesentlichen Beitrag geleistet hat, wurde die normative Orientierung gesellschaftlicher Veränderungen an Vernunftprinzipien auch für Nicht-Theologen gestaltbar. Hiermit stellte sich gleichzeitig das Problem, einen für alle Gesellschaftsmitglieder verbindlichen und damit universell gültigen Nenner für die Vielfalt der sich entwickelnden normativen Bestimmungen von Entwicklungsrichtungen in der Moderne zu finden. Innerhalb der Soziologie bildeten sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts unterschiedliche Theoriekonzepte heraus, mittels derer die sich verändernde moderne Gesellschaft nicht nur beschrieben und erklärt, sondern auch deren Entwicklungsrichtung normativ zu steuern versucht wurde. Ich denke hierbei z.B. an die theoretischen Arbeiten von Wilhelm Heinrich Riehl, Ferdinand Tönnies, Georg Simmel, Emil Durkheim, Max Weber oder an die frühe "Frankfurter Schule". Diese im Zeitraum zwischen 1850 und 1933 erarbeiteten soziologischen Theoriekonzepte fungierten als Leitlinien der gesellschaftstheoretischen Erklärung und empirischen Untersuchung der Industrialisierung Deutschlands, der sukzessiven Verwirklichung demokratischer Politikstrukturen und des sozio-kulturellen Wandels im Verlauf dieses gesellschaftlichen Neuordnungsprozesses (vgl. Breckner, 1990, S. 5ff. und S. 118ff.). Im Vordergrund des theoretischen soziologischen Interesses stand die struktur-analytische Bestimmung und Gestaltung gesellschaftlicher Modernität, die immer auch durch normativ-politische Bewertungen derselben geprägt waren. Jenseits der vielfältigen paradigmatischen Unterschiede zwischen den erwähnten Theoriekonzepten ist die Herausbildung zweier normativ-politischer Bewertungsperspektiven auffällig: Dem mit der Neuordnung der Gesellschaft in der Moderne verbundenen "Kontinuitäts-

bruchs welthistorischen Ausmaßes" (J. Berger) und der einhergehenden Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft, wird entweder mit Zustimmung und Gestaltungswille oder mit Skepsis und Warnungen begegnet. Von diesen beiden normativen Positionen setzte sich zunächst das Engagement für die Nutzung der "Möglichkeiten eines kollektiv besseren und weniger gefährdeten Lebens" (Habermas, 1985, S. 147) in der Moderne durch.

Durch die Zerstörungsgewalt des Faschismus verlor die optimistische normative Tradition der Modernisierungstheorie in den Sozialwissenschaften ihre Grundlage. Dieser Tatbestand verstellte jedoch in der Regel den Blick auf das Festhalten von SoziologInnen während des Faschismus an Teilaspekten von Modernität als Leitlinie gesellschaftlicher Entwicklung. Die theoretische und empirische sozialwissenschaftliche Arbeit stand während des Faschismus unter dem Primat der Unterstützung der "Volkwerdung" (vgl. Rammstedt, 1986, S. 42ff.). Ausgehend von einer "Soziologie der Gemeinschaft" galt es, gesellschaftliche Modernität in den Sphären Arbeit (Technologieentwicklung, Arbeitsorganisation, usw.), Politik (Macht- und Entscheidungsstrukturen, Kriegsführung) und Soziokultur (Massenkommunikation, Inszenierung von Massenaufmärschen, Rassismus, traditionale Familienstrukturen etc.) in Richtung einer Stabilisierung und Expansion des faschistischen Staates zu steuern. Aufgabe der "Soziologie als Seismograph gesellschaftlicher Veränderungen" war die empirische Untersuchung dieses Neuordnungsprozesses und seiner Behinderungen (vgl. ders., a.a.O., S. 151ff.). An den Inhalten von Arbeit, Politik und Soziokultur in der faschistischen Gesellschaft wird eine Trennung sichtbar zwischen technischer Modernität und traditionaler Normativität. Sie resultiert aus der Diktion des faschistischen Systems gesellschaftlicher Neuordnung, die u.a. auf die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft abzielte, wie sie schon W.H. Riehl propagiert hatte. Dies ist eine Erklärung dafür, daß in der faschistischen deutschen Gesellschaft traditionale Leitbilder des sozialen und kulturellen Lebens wirksam blieben, während das Industriesystem oder die Strategien der politischen Machtausübung in technischem Sinne auf einem bis

dahin unbekanntem Niveau modernisiert wurden.

In der Nachkriegszeit stand in Deutschland zunächst die Rekonstruktion der Soziologie als wissenschaftliche Disziplin in einer demokratischen Gesellschaft im Vordergrund. Aufgrund des vielfach versperrten Zugangs zur kritischen Reflexion der faschistischen und vorkfaschistischen Geschichte der Soziologie in Deutschland griff man dabei vorwiegend auf normative Implikationen gesellschaftlicher Modernität zurück, die in US-amerikanischen Theoriekonzepten einer demokratischen Gesellschaft verankert waren. Eine kritische Diskussion normativer Gehalte von sozialwissenschaftlichen Theorien der Moderne entwickelte sich erst wieder in den 60er Jahren. Ihre Grundlage war die Kritik der Studentenbewegung an den in den 50er Jahren erneut etablierten traditionellen Strukturmerkmalen der deutschen Gesellschaft sowie an den funktionalistischen Strategien ihrer Legitimation nach US-amerikanischen Vorbildern. Die theoretischen Begründungen ihrer Kritik an der deutschen Nachkriegs-Gesellschaft entwickelte diese Generation von SoziologInnen auf Grundlagen der alten Philosophie der Aufklärung und der frühen Kritischen Theorie sowie unter Einbeziehung der Psychoanalyse, der Exil-Literatur, fremder Kulturen der Musik und des Politikmachens oder abstrakter Malerei. Die von der Studentenbewegung eingeforderte Neuordnung der Gesellschaft bezog sich zunächst auf friedliche Konfliktregulierung zwischen unterschiedlichen Staaten, innere Demokratisierung durch Abbau von Autorität und Mitbestimmung sowie Befreiung aus traditionellen sozio-kulturellen Fesseln. Später geriet auch das moderne, die Sphäre der Arbeit prägende Industriesystem ins Zentrum der Kritik. Hier stand der theoretische und empirische Nachweis systemischer Dysfunktionalitäten der durch die kapitalistische Marktwirtschaft gesteuerten Vergesellschaftung im Vordergrund. Das Plädoyer für sozio-kulturelle und politische Modernität vermischte sich in den 60er und 70er Jahren mit der Kritik an der einseitigen Modernisierung des Industriesystems nach wirtschaftlichen Verwertungskriterien. Der nach gesellschaftlichen Teilsystemen differenzierten pessimistischen und optimistischen normativen Bewertung gesellschaftlicher

Modernisierung in kritischen sozialwissenschaftlichen Theorien begegneten die nach US-amerikanischen Vorbildern struktur-funktionalistischer Theorie sozialisierten SozialwissenschaftlerInnen mit technokratischen Modernisierungskonzepten. Sie ermöglichten mit ihrer prinzipiell nur vorausschauenden Perspektive sowohl die Flucht vor der Auseinandersetzung mit dem geschichtlichen Erbe faschistischer Modernität als auch eine pragmatische Definition einer besseren Zukunft, der sowohl Industrienationen als auch die sogenannten "Nachzügler"-Staaten der zweiten und dritten Welt leistungsorientiert entgegenstreben sollten (vgl. z.B. Bendix, 1966/1971, S. 507).

Ein intensiveres Fragen nach Inhalten, Strukturen, Entstehungsprozessen und Folgewirkungen gesellschaftlicher Modernisierung setzte im Verlauf der 80er Jahre - nach dem auch für SozialwissenschaftlerInnen langsam greifbaren Wandel von der fordistischen zur "informatisierten" kapitalistischen Industriegesellschaft (vgl. Breckner, 1990, S. 187ff.) - ein. Die sozialphilosophischen Arbeiten von Jürgen Habermas über das "unvollendete Projekt der Moderne" mit dem Ziel der Entwicklung einer Kulturtheorie gesellschaftlicher Modernität (vgl. u.a. ders., 1981a/b und 1988) waren sicher ein wesentlicher Motor der erneuten Belebung des sozialwissenschaftlichen Diskurses über Theorien der Moderne (vgl. z.B. die Beiträge für den 22. Deutschen Soziologentag im Jahr 1984 in Dortmund, die von Johannes Berger im Jahr 1986 herausgegebenen Aufsatzsammlung oder die Arbeiten von Ulrich Beck ab Mitte der 80er Jahre).

In der Stadt- und Regionalsoziologie bildeten sich die paradigmatisch und normativ durch Gesellschaftstheorien vorgeprägten Wahrnehmungen und Gestaltungsversuche struktureller und prozessualer Veränderungen städtischer und ländlicher Lebensräume in der Moderne ebenfalls in geschichtlich sich verändernden Kontroversen ab. Sie bezogen sich beispielsweise auf Konzepte von Urbanität, das Wesen und die Entwicklung moderner Großstädte, das Verhältnis von Stadt und ländlichem Raum, die Modernisierung des Wohnens durch die Industrialisierung des Bauens und durch

die Erneuerung der Infrastruktur in verdichteten Lebensräumen oder die Vernetzung von Zentren und Peripherien durch Verkehrs- und Kommunikationssysteme. Der Bezug dieser stadt- und regionalsoziologischen Diskurse zu sozialwissenschaftlichen Modernisierungstheorien bleibt weitgehend unklar. Es wird nur selten verdeutlicht, welche Theorien von Gesellschaft mit welchen normativen Implikationen die Wahrnehmung und Gestaltung von Raum mit den Mitteln der Stadt- und Regionalsoziologie prägten. Durch die Nicht-Thematisierung der modernisierungstheoretischen Grundlagen der Theoriebildung und empirischen Forschung in der Stadt- und Regionalsoziologie kann man sich dem Dilemma der teleologischen Implikationen von Modernitätskonzepten und der Notwendigkeit ihrer normativen Begründung nur scheinbar entziehen. Modernitätsvorstellungen sind immer Gegenstand theoretischer und empirischer Arbeit in der Stadt- und Regionalsoziologie, solange eine Umsteuerung der gesellschaftlichen Entwicklung in die Moderne nicht zur Debatte steht. Sofern sich Stadt- und RegionalsoziologInnen mit der Bestimmung von Stadt und Land, mit der Veränderung von Zentren und Peripherien, städtebaulichen Konzepten, Stadterneuerung, Architektur, Wohnen, Verkehr, Infrastruktur, Kultur, Kommunikation, Stadtpolitik, Wirtschaftsstandorten, der Modernisierung von Regionen oder mit sozialen Beziehungen im Raum beschäftigen, sind sie immer mit struktur-analytischen und normativen Konzepten sowie mit der aus ihnen hervorgegangenen Materialität des Modernen konfrontiert. Denn die Akteure, die Stadt und Land aktiv oder passiv gestalten, verfolgen in ihren Handlungen explizit oder implizit Ziele, die aus mehr oder weniger durch traditionale Restbestände geprägten Vorstellungen von moderner Gesellschaft erwachsen. Vor diesem Hintergrund muß Stadt- und Regionalsoziologie zumindest die ihren jeweiligen Gegenstand von Forschung und Lehre konstituierenden Aspekte gesellschaftlicher Modernität offenlegen und interpretieren. Indem sie dies öffentlich tut, gestaltet sie gleichzeitig die Wahrnehmung und in der Folge potentiell auch die künftige Gestaltung von Lebensräumen.

Als Anregung für die Analyse und Reflexion expliziter oder im-

pliziter Gehalte von Modernität in stadt- und regionalsoziologischen Forschungsgegenständen gebe ich im folgenden ein kurzen Überblick über sozialwissenschaftliche Theorien der Moderne, die mir für diesen Zweck hilfreich erscheinen.

Gesellschaftliche Modernität in neueren sozialwissenschaftlichen Theorien der Moderne

Versucht man auf der Grundlage der vorliegenden Arbeiten über den historischen und aktuellen theoretischen Diskurs zum Thema gesellschaftliche Modernität eine struktur-analytische Bestimmung des Begriffes modern, so zeichnen sich sehr unterschiedliche Bedeutungsgehalte des Phänomens der Modernisierung von Gesellschaften ab.

Die Beschreibung und Erklärung gesellschaftlicher Modernität knüpft in der Soziologie der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts u.a. an die Arbeiten von E. Durkheim, G. Simmel und Max Weber an. *Gesellschaftliche Modernisierung* wird hier u.a. als *Differenzierung* betrachtet, die nach Johannes Berger (1988, S. 226f.) auf mehreren Ebenen gleichzeitig stattfindet. Gemeint sind

- a) die Unterscheidung des modernen von vorgängigen traditionellen Gesellschaftstypen;
- b) die Unterscheidung von Subsystemen innerhalb der modernen Gesellschaft, wie z.B. Wirtschaft, Politik, Kultur oder Soziales;
- c) die Unterscheidung von Handlungssphären innerhalb gesellschaftlicher Subsysteme (wie z.B. Bildung, Wissenschaft, Kunst oder Erziehung innerhalb des Subsystems Kultur), in denen sich nach eigenen Wertmaßstäben und Gesetzmäßigkeiten autonome Rationalisierungsprozesse vollziehen und nicht zuletzt
- d) die Unterscheidung von Leistungsniveaus innerhalb der gesellschaftlichen Subsysteme infolge der dynamischen Fortentwicklung der Moderne.

Ebenfalls differenzierungstheoretisch argumentiert Claus Offe (1986, S. 99), demzufolge die Abgrenzung zwischen modernen und traditionellen Gesellschaftstypen in einem Prozeß des "Verfall(s) von traditionellen Festlegungen, Routinen, Selbstverständlichkeiten und Erwartbarkeiten" stattfindet. Gleichzeitig erfolgt eine "Entkopplung von Akteuren, Organisationen und sozialen Teilsystemen im Verhältnis zu anderen Systemen" auf den Handlungsebenen der materiellen Produktion, der kulturellen Reproduktion, der politischen Partizipation und der bürokratischen Herrschaft. Vor diesem Hintergrund betrachtet Offe *gesellschaftliche Modernisierung* als einen "Doppelprozeß der Kontingenzerweiterung und Traditionsvernichtung" (ebd.), mit gleichermaßen progressiven und regressiven Folgewirkungen, die die Erweiterung von Optionen im Denken und Handeln als Grundmotiv der Moderne behindern können (vgl. ders., a.a.O., S. 106).

Ein Konzept einer stärker historisch-materialistisch verfahrenen Strukturanalyse des modernen Vergesellschaftungstypus entwickelten Oskar Negt und Alexander Kluge zu Beginn der 80er Jahre in ihrem Buch "Geschichte und Eigensinn". Sie schlagen vor, Strukturmerkmale und Erscheinungsformen *gesellschaftlicher Modernität* auf dem Weg einer Rekonstruktion der *Geschichte von Trennungen* zu ermitteln. Gemeint sind Trennungen, die das Subjekt von sich selbst, von seiner Sprache und sozialen Gemeinschaft, von seiner räumlichen Umgebung, seinem Arbeits-, Lern- und Lebensvermögen bis hin zur Trennung von seinen Erfahrungen und Arbeitsprodukten in der zeitlich und räumlich unterschiedlichen Entwicklungsdynamik seit der Entstehung des kapitalistisch verwertbaren Arbeitsvermögens durchlaufen hat (vgl. dies., 1981, S. 29ff. und 542ff.).

Ebenfalls in das Spektrum differenzierungstheoretischer Konzepte gesellschaftlicher Modernität kann die Arbeit von Zygmunt Bauman eingeordnet werden, die im Jahr 1992 unter dem Titel "*Moderne und Ambivalenz*" in deutscher Übersetzung erschienen ist. Er geht von der Überlegung aus, daß in modernen Gesellschaften dem Prinzip des Klassifizierens zum Zweck des Ordnen der Vorrang einge-

räumt wird. Klassifizierungen sind ihrerseits nur auf der Grundlage von Trennungen möglich. Dabei werde häufig vernachlässigt, daß ein "Gegenstand oder ein Ereignis mehr als nur einer Kategorie zuzuordnen" ist, woraus sich ambivalente Wahrnehmungs- und Entscheidungssituationen ergeben können (ders., a.a.O., S. 13ff.). Die Erfahrung von Ambivalenz sei in modernen Gesellschaften, die neuen Ordnungsprinzipien folgen, häufig von Angst begleitet. Diese Angst vor oder das Unbehagen im Umgang mit Ambivalenz verstellen nach Bauman den Blick für die Normalität der Ambivalenz und das ihr zugrundeliegende Chaos. Es wird eine unproduktive Dichotomie zwischen Ordnung und Chaos aufgebaut, die die konstitutive Bedeutung des Chaos für die Ordnung einer Gesellschaft verschleiert. Die Dialektik zwischen Ordnung und Chaos in der modernen Gesellschaft wird von Bauman (a.a.O., S. 19f.) wie folgt erläutert: Der moderne "Kampf um Ordnung" sei "ein Kampf der Bestimmung gegen die Mehrdeutigkeit, der semantischen Präzision gegen Ambivalenz, der Durchsichtigkeit gegen Dunkelheit, der Klarheit gegen Verschwommenheit. Ordnung als ein Konzept, als eine Vision, als ein Zweck konnte nicht ausgedrückt werden, hätte es nicht die Einsicht in die totale Ambivalenz, die Zufälligkeit des Chaos gegeben. ... Das Andere der Ordnung ist das Miasma des Unbestimmten und Unvorhersagbaren. ... Chaos, 'das Andere der Ordnung' ist reine Negativität. ... Aber die Negativität des Chaos ist ein Produkt der Selbstkonstitution der Ordnung ... und gleichwohl die *conditio sine qua non* ihrer (reflexiven) Möglichkeit".

Jürgen Habermas' Betrachtung der modernen Gesellschaft als ein "unvollendetes Projekt" vernetzt die differenzierungstheoretische Sicht mit wesentlichen Aspekten der historisch-materialistischen Analyse der modernen Gesellschaft zu einer Kulturtheorie der Moderne. Habermas arbeitet an einer "Theorie des kommunikativen Handelns ... die die normativen Grundlagen einer kritischen Gesellschaftstheorie aufklärt" und dabei die selektiven Muster des bisherigen gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses sowie die durch sie begründeten Paradoxien offenlegt und Möglichkeiten ihrer Bearbeitung eröffnet (vgl. ders., 1981a,

Nd. 2, S. 550ff.).

Eine interessante philosophische Ergänzung zu Habermas' kulturtheoretischer Analyse der Moderne stellt das von Martin Seel (1989) erarbeitete Konzept der "Zweiten Moderne" dar. Er formuliert eine Alternative zwischen klassischer Moderne und Postmoderne, die an den Leitbegriffen der klassischen Moderne - wie Vernunft, Autonomie, Subjektivität, Aufklärung und Fortschritt - festhält, sie jedoch ihrer ahistorischen und versöhnungstheoretischen Grundlagen entkleidet. Im Konzept der "Zweiten Moderne" dienen diese Begriffe nicht mehr der Erklärung dualistischer Widersprüche und einer abstrakten Orientierung am guten und richtigen Leben, sondern der Entfaltung und Verbreitung geschichtlich ungleichzeitig gewachsener und sozial ungleich zugänglicher Vernunftpotentiale. Vernunft artikuliert sich nach Seel (a.a.O., S. 42) in unterschiedlichen Sprachen im Diskurs, d.h. in der "Übereinstimmung - nicht im, sondern zum Gespräch. Die Form der Vernunft und die mögliche Übereinstimmung entsprechender Vernunftorientierung ist demnach keine Vorgabe, sondern eine (ihrerseits korrigierbare) Leistung der menschlichen Praxis". Das Konzept einer diskursiv erarbeiteten, mehrfältigen Vernunft zwingt Akteure gesellschaftlicher Modernisierung und ihre wissenschaftlichen Legitimatoren nicht mehr dazu, ihr Handeln a priori als vernünftig und fortschrittlich zu bewerten. Im Diskurs entstehen Spielräume zur Reflexion, Abwägung und Korrektur progressiver sowie regressiver Modernisierungsfolgen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungssphären und damit die von Adalbert Evers und Helga Nowotny (1987) geforderte Offenheit von Modernisierungstheorien für die "Gestaltbarkeit der Gesellschaft".

Gegenüber den hier diskutierten komplexen neueren sozialwissenschaftlichen Modernisierungstheorien, bleibt die Konzeption gesellschaftlicher Modernität von Wolfgang Zapf (1992), die er zur Erläuterung des Transformationsprozesses der deutschen Gesellschaft nach 1989 heranzog, eher plakativ paragonisch. Er schlägt vor, "die Modernisierungstheorie" als "angewandte Theo-

rie (zu bezeichnen - i.B.), die Theoriestücke aus verschiedenen Paradigmen in raumzeitlichen Zusammenhang bringt, um z.B. den Übergang von traditionellen zu sich entwickelnden Gesellschaften zu erklären, die Chancen und Belastungen von Take-off und Mobilisierung, die Dynamik von ökonomischen und politischen Boomperioden und Krisen und jetzt auch den Zusammenbruch sozialistischer Regimes. Die allgemeinen sozialtheoretischen Paradigmen sind in diesem Sinne keine Konkurrenten der Modernisierungstheorie, sondern Quellen und Ideengeber" (ders., a.a.O., S. 11). Als konkurrente Theorieansätze bezeichnet er demgegenüber "Varianten des Marxismus", "Stagnationstheorien aller Art" und den "islamischen Fundamentalismus" (ebd.). "Transformation und Transition sind Modernisierungsprozesse", die sich insofern von "offenen Modernisierungsprozessen evolutionärer Innovation" unterscheiden, als ihr Ziel bekannt sei. "Transformation und Transition (ist) 'nachholende Modernisierung'" (ders., a.a.O., S. 12). Gegenüber der technokratischen Modernisierungstheorie von Reinhard Bendix grenzt sich Zapf durch drei Argumente ab (ebd.):

- a) Aufgrund erfolgloser Nachahmung von Innovationen könnten Modernisierungsprozesse immer schon "nachholend" sein.
- b) Neben einfacher Immitation müsse "nachholende Modernisierung" auch "Selbsterfindung und Nacherfindung von Institutionen und Verhaltensweisen" beinhalten.
- c) Der "Vorteil der Rückständigkeit" (Veblen) gestatte "nachholenden Akteuren unter bestimmten Voraussetzungen ... nicht nur aufzuholen, sondern zu überholen".

In seiner Zusammenfassung des Diskussionsstandes um die Modernisierungstheorie macht er neben kritischen Bemerkungen auch einige Zugeständnisse an kritische Theorien der Moderne, ohne jedoch die problematische Selbstgewisheit in bezug auf die Dominanz des westlichen Modernisierungsmodells gegenüber den sogenannten "nachholenden Gesellschaften" aufzugeben. Die Aufrechterhaltung der Dichotomie zwischen entwickelten und - früher sprach man von - unterentwickelten Gesellschaften, läßt dieses Konzept von Zapf weit hinter die vorher dargestellten theoretischen Versuche der

Erfassung der Komplexität der Moderne unter Vermeidung ihrer Prädetermination zurückfallen. Unbefriedigend bleibt bei Zapf außerdem die konkrete Auseinandersetzung mit Modernitätskonzepten in der früheren DDR (vgl. Ley, 1993), die ihm möglicherweise eine stärkere Differenzierung seiner Argumentation aufgenötigt hätte.

Die Relevanz neuerer sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien für die zeitgenössische Stadt- und Regionalsoziologie

Stadt- und regionalsoziologische Forschung sowie die raumplanerische Praxis der Gegenwart sind intensiv mit der Analyse und Gestaltung von Modernisierungsprozessen in Ost und West befaßt. Sie arbeiten mit an der Angleichung der Gesellschaftsstrukturen in der ehemaligen DDR an diejenigen des 'entwickelteren' Westdeutschlands. Sie beteiligen sich an der Modernisierung altindustrialisierter Regionen. Sie suchen nach einer Theorie des Raumes, die es ermöglicht, gegenwärtig beobachtbare Veränderungen im Raum präziser zu beschreiben, zu analysieren und zu gestalten. Sie untersuchen Lebensverhältnisse in peripheren Stadträumen und suchen nach Steuerungssystematiken und Ergebnissen dieser Entwicklung, aus denen für die künftige Gestaltung der Lebensverhältnisse in Großstadtpipherien gelernt werden kann. Sie greifen ein in den Diskurs über und in die Gestaltung der Stadtstruktur in der neuen Hauptstadt Berlin. Sie nehmen geschlechtsspezifische Differenzen der Arbeits- und Reproduktionsverhältnisse in urbanen Ballungsräumen ins Blickfeld oder forschen über die Folgen der Modernisierung der Landwirtschaft für die weibliche Landbevölkerung. Die Liste solcher Bezüge ließe sich weiter fortsetzen.

Betrachtet man die vorliegenden Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen zu den genannten thematischen Schwerpunkten unter dem Aspekt der Modernisierung, bleibt unklar, mit welchem Modernitätskonzept sich die AutorInnen der jeweiligen Arbeiten ihrem Gegenstand nähern. Hierzu einige Beispiele:

- o Das von Sebastian Müller und Klaus M Schmals im Jahr 1993 herausgegebene "Streitbuch zur Internationalen Bauausstellung im Emscherraum" mit dem Titel "Die Moderne im Park?" beschränkt sich im Editorial darauf, "Modernisierung vereinfachend (zu) definieren als den permanenten janusköpfigen Veränderungsprozeß unserer Gesellschaft" (dies., 1993, S. 2). In den einzelnen Beiträgen werden dann viele diagnostizierbare janusköpfige Veränderungen im Emscherraum unter die Lupe genommen und bewertet. Die Frage nach den Qualitäten gesellschaftlicher Modernität, die durch die analysierten Veränderungen entstanden sind, entstehen könnten oder entstehen sollten verliert sich in analytischen Details. Der Leser kann nur auf sein individuelles Urteilsvermögen zurückgreifen, wenn er sich die im Titel gestellte Frage wirklich beantworten will. Mangels fehlender Kriterien zu Bestimmung von Modernität dürfte dies in der Regel Schwierigkeiten bereiten.
- o "Festivalisierung scheint - so Hartmut Häußermann und Walter Siebel, 1993, S. 16 - eine teils erzwungene, teils besonders effektive, jedenfalls notwendige Form moderner Stadtpolitik zu sein". Im weiteren Verlauf ihrer Argumentation zeigen die Autoren auf, daß anderen stadtpolitischen Aufgaben durch die Konzentration auf Großereignisse das Geld entzogen werden kann und daß Festivals ihrerseits negative Folgen für die Stadtentwicklung zeitigen können. Da auch hier nur am Rande diskutiert wird, welchen Kriterien moderne Stadtpolitik genügen müßte bzw. wie Stadtpolitik zu einer ganzheitlichen Modernisierung der Lebensverhältnisse in den Städten unter Minimierung negativer Folgewirkungen beitragen kann und muß (vgl. S. 24ff.), wird das Interesse des Lesers zwangsläufig auf die Details der Inszenierung von Teilmodernitäten im Rahmen von Festivals gelenkt. Die entwickelte kleinteilige Kritik an der stadtpolitischen Handlungsstrategie der Festivalisierung verbleibt dem Leser mit anderen Erfahrungen parzellierter Modernisierung des Lebens in Großstädten zu synthetisieren,

wenn er ohne begriffliche Hilfestellungen aus der Modernisierungstheorie ein Gesamturteil über die seinen Alltag strukturierenden gesellschaftlichen Veränderungen fällen muß.

- o Thomas Krämer-Badoni (1993) beschäftigt sich in einem Beitrag über die für das Jahr 2000 geplante Weltausstellung in Venedig u.a. mit den Gründen für das Scheitern dieses Projekts. In seiner Analyse kommt er zu dem Ergebnis, daß die Planungen für dieses Ereignis u.a. deshalb gescheitert sind, weil sich "die Gruppen der Modernisierer und der Bewahrer so scharf gegeneinander profilierten, daß eine Verständigung nicht mehr möglich war" (ders., 1993, S.157f.). Auch hier sind 'die Modernisierer' offenbar Akteure, die nur eine Teilmodernisierung des alten Venedig anstrebten. 'Die Bewahrer' - so ließe sich das Ergebnis der Analyse auch interpretieren - favorisierten möglicherweise eher eine ganzheitliche Modernisierung der Lebensverhältnisse in Venedig, für die ihnen eine Weltausstellung als Mittel ungeeignet erschien. So gesehen wären 'Modernisierer' die Zerstörer und 'Bewahrer' die Hersteller von Modernität in der Stadt, woran deutlich wird, wie sich Begriffe durch nicht explizierte Vorstellungen von Modernität in ihrer Bedeutung verkehren können.

Diese drei aktuellen Beispiele zeigen, wie der Begriff Modernisierung in der Stadt- und Regionalsoziologie ohne Explikation seiner struktur-analytischen und normativen Gehalte verwendet wird und welche Schwierigkeiten sich daraus in der Rezeption von Forschungsergebnissen ergeben können. Die mit diesem Beitrag beabsichtigte Anregung zur Thematisierung modernisierungstheoretischer Implikationen in der Stadt- und Regionalsoziologie muß nicht zwangsläufig in einer unkritischen Festschreibung des Fortschrittsoptimismus enden, der mit Modernität vor allem in der Soziologie des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts häufig verknüpft war. Wichtiger erscheint mir die von Offe vorgeschlagene Aufdeckung und Abwägung progressiver und regressiver Moder-

nisierungsfolgen in der Stadt- und Regionalentwicklung sowie die offensive Kritik an Modernitätsideologien, die in vielen stadt- und regionalsoziologischen Veröffentlichungen in einer mehr oder weniger begründeten Selbstgewißheit in bezug auf die 'richtige' Ordnung im Raum in Erscheinung treten. Das Chaos als das Andere der jeweiligen Ordnungsvorstellungen im Sinne von Z. Bauman bleibt dabei häufig - von wenigen feministischen Arbeiten abgesehen (vgl. z.B. Wilson, 1993) - für die Thematisierung dessen, was im modernen Raum geschieht, ohne Belang. Nichtverständigung ist dann, wie in dem Beispiel von Krämer-Badoni, das Ergebnis von Diskursversuchen. Die von Seel eingeforderte Übereinstimmung zum Diskurs erscheint mir auch in der Stadt- und Regionalsoziologie erforderlich, um mit der mehrfältigen Vernunft moderner Stadt- und Regionalentwicklung wissenschaftlich und politisch umgehen zu lernen. Die Verweigerung der Reflexion fixer Positionen führt zu erstarrten Kämpfen um 'die' Ordnungsprinzipien des modernen urbanen und ländlichen Raumes. Sie enden vielfach in einem unvermittelten Nebeneinander von Theorien und empirischen Forschungsergebnissen. Ihre Nutzung für die Gestaltung der modernen Gesellschaft wird dadurch nicht gerade unterstützt.

Literatur

- Bauman, Z., 1992: *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit.* Hamburg.
- Beck, U., 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne.* Frankfurt am Main.
- Beck, U., 1988: *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit.* Frankfurt am Main.
- Bendix, R., 1966/1971: *Modernisierung in internationaler Perspektive.* In: Zapf, W., Hrsg.: *Theorien des sozialen Wandels.* Köln/Berlin. S. 505-512.
- Berger, J., 1986, Hrsg.: *Die Moderne - Kontinuitäten und Zäsuren. Soziale Welt, Sonderband 4.* Göttingen.
- Berger, J., 1988: *Modernitätsbegriff und Modernitätskritik in der Soziologie.* In: *Soziale Welt*, 39. Jg./Nr. 2. S. 224-236.
- Breckner, I., 1990: *Leiden an der Moderne. Konstitutionsbedingungen von Leiden im historischen Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung.* Dissertation. Universität Bielefeld.
- Evers, A./Novotny, H., 1987: *Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft.* Frankfurt am Main.

- Habermas, J., 1981a: *Theorie des kommunikativen Handelns.* 2 Bde. Frankfurt am Main.
- Habermas, J., 1981b: *Die Moderne - ein unvollendetes Projekt.* In: Ders.: *Kleine politische Schriften (I-IV).* Frankfurt am Main. S. 444-464.
- Habermas, J., 1985: *Die neue Unübersichtlichkeit - Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien.* In: Ders.: *Die neue Unübersichtlichkeit.* Frankfurt am Main. S. 139-163.
- Habermas, J., 1988: *Der Philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen.* Frankfurt am Main.
- Häußermann, H./Siebel, W., 1993: *Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik.* In: Dies., Hrsg.: *Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte.* Opladen. S. 7-31.
- Krämer-Badoni, Th., 1993: *Venezia Expo 2000: Aus der (Alp-) Traum.* In: Häußermann, H./Siebel, W., Hrsg., a.a.O., S. 134-163.
- Lay, C., 1993: *Aufholjagd endet in der Sackgasse. Die Kritik der ostdeutschen Soziologen an der "nachholenden Modernisierung".* In: *Frankfurter Rundschau* vom 19.10.1993.
- Müller, S./Schmals, K.M., 1993: *Politik der regionalen Erneuerung - Regionale Erneuerung der Politik.* In: Dies., Hrsg.: *Die Moderne im Park? Ein Streitbuch zur Internationalen Bauausstellung im Emscherraum.* Dortmund. S. 2-21.
- Negt, O./Kluge, A., 1981: *Geschichte und Eigensinn.* Frankfurt am Main.
- Offe, C., 1996: *Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien.* In: Berger, J., a.a.O. S. 97-117.
- Rammstedt, O., 1986: *Deutsche Soziologie 1933-1945. Die Normalität der Anpassung.* Frankfurt am Main.
- Seel, M., 1989: *Plädoyer für die zweite Moderne.* In: Kunnemann, H./de Vries, H., Hrsg.: *Die Aktualität der 'Dialektik der Aufklärung'.* Frankfurt am Main/New York. S.36-66.
- Wilson, E., 1993: *Begegnung mit der Sphinx. Stadtleben, Chaos und Frauen.* Basel.
- Zapf, W., 1992: *Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung.* WZB-Arbeitspapier Nr. P92-104. Berlin.

Thesepapier zu

Das Neue Berlin - Stadt der Postmoderne?

anlässlich der Herbsttagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in der DGS vom 26. bis 27. November 1993 an der Universität Hamburg.

1. Platz frei für das postmoderne Berlin?

H. Bodenschatz ist sicher einer der profunden Kenner der Berliner Stadtentwicklung bezogen auf die vergangenen 120 Jahre. In seiner Arbeit "Platz frei für das Neue Berlin!" (1987) beschreibt er die "Geschichte der Stadterneuerung in der 'größten Mietskasernenstadt der Welt' seit 1871" als einen Prozeß der permanenten kulturellen Entwertung und Neubewertung städtischer Nutzungs- und Gestaltungskonzepte. Diese reichen von der "Reorganisation der Inneren Stadt" (vgl. die Sanierung des Scheunenviertels im Kaiserreich), dem "Mietskasernenbau im großen Maßstab" (vgl. den Hohenhofplan), über die "Wohnungsreformbewegung" und den "erziehungsdiktatorisch geprägten Neubau von Wohnsiedlungen am Berliner Stadtrand" in den 20er Jahren, die "Mietskasernenstadt des III. Reichs" (als Konzept vordringlicher Auflockerung), den "stadterneuernden Wiederaufbau des Schaufensters des Westens", den Zeitraum der "Kahlschlagsanierung, Einzelobjektmodernisierung und Hausinstandbesetzung" (in den 60er und 70er Jahren) bis hin zur Phase der "Erweiterung der geteilten Stadt durch den Bau von Großsiedlungen und ihrer Nachbesserung" (von den 60er bis in die 80er Jahre). Nach dem Fall der Mauer kann verstärkt vom Konzept der "Stadtentwicklung durch Projekte" gesprochen werden, das auch als "perspektivischer Inkrementalismus" (K. Ganser/Th. Sieverts, 1993) bezeichnet werden kann (vgl. J. Krichbaum/V.M. Lampugnani, 1993).

Berlin kann wohl mit einigen Gründen sowohl als "Exerzierfeld der Moderne", als "unvollendetes Projekt der Moderne", als "janusköpfiger Modernisierungsprozeß", als "Ort der zweiten Moderne" als auch als "Baustelle der Postmoderne" mit glanzvollen Aufbrüchen aber z.T. auch ganz erheblichen Katastrophen, Einbrüchen und Rückschlägen charakterisiert werden. Dabei stellen die Anstrengungen der Weimarer Republik und die Bemühungen der Berliner IBA sicher Glanzpunkte mit weltweiter Resonanz, die Zeit des Deutschen Nationalsozialismus eine für uns beschämende Epoche und die Phase des Wiederaufbaus Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg einen Tiefpunkt der Berliner Stadtentwicklung dar.

Die Konturen und der Begriff der Moderne schälten sich - so der französische Philosoph H. Lefebvre - allmählich im Gefolge weitreichender Veränderungen innerhalb der gesellschaftlichen Praxis des 20. Jahrhunderts heraus. Im Verhältnis zu den vorausgegangenen Entwicklungsphasen verweist sie sowohl auf "Aufklärung als auch auf Ernüchterung" (ders., 1978, S. 258). Moderne oder Modernität steht für ein "ebenso geschärftes wie konfuse Bewußtsein" (ders., a.a.O., S. 259) gegenüber einer Folge relativer Fehlschläge. Nach Lefebvre scheint "das Werden" in der Modernität keinen "Zweck", keine "Finalität, keine evidente und wahrnehmbare Orientierung mehr zu haben" (ebenda). In ihrem Entfaltungsprozeß wird die Entfremdung auf den Höhepunkt gebracht. Dennoch so J. Habermas "Nur weitere Aufklärung ist den Verheerungen der Aufklärung gewachsen. Nur vernünftig können wir uns über die Grenzen der Vernunft klar werden" (ders., 1990, S. 126). Soweit der eine Pol meines Interesses. Der andere, die "Postmoderne" stellt - nach W. Welsch - nach wie vor ein Reizwort dar: "Es schreckt, und es lockt. Für einige ist es libidinös besetzt, manche wollen es entzaubern, andere reagieren noch immer empört" (ders., 1988, S.1).

Die Diskussion um die Postmoderne scheint in vielerlei Hinsicht eine Auseinandersetzung mit Neuzeit und Moderne. Moderne und Postmoderne werden nun in der Literatur unterschiedlich vernetzt. Für Welsch stellt die Postmoderne eine prinzipielle Kritik der Neuzeit und den Vollendungsversuch der Moderne der 20er Jahre dar (vgl. W. Welsch, 1991, S. 84). Philosophen wie J. Habermas (1988) oder M. Seel (1989) meinen aus guten Gründen, auf den Begriff der Postmoderne verzichten zu können: "Die Philosophie der zweiten Moderne, für die ich plädiere, teilt zwar die Auffassung der notwendigen Verklammerung des klassisch-modernen in das postmoderne und des postmodernen in das klassisch-moderne Denken; nur sieht sie darin kein Schicksal, sondern etwas, das sich vermeiden läßt - und das vermieden werden muß, wenn die Tradition der Moderne erneuert werden soll. Tradition der Moderne, das heißt hier: Tradition einer positiven Auslegung der Entzweigungstendenzen der modernen Welt und zugleich: Tradition der Besinnung auf die historisch entwickelten und historisch möglichen Bedingungen von Emanzipation und Vernunft" (M. Seel, 1989, S. 47).

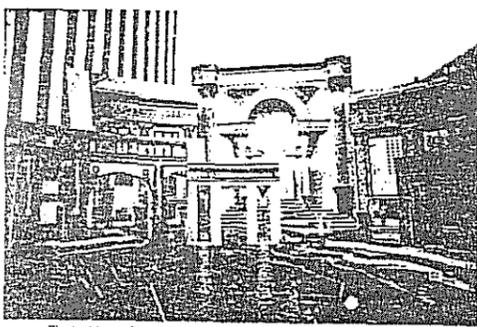
Die um den Begriff der Postmoderne herum entfaltete Debatte führt möglicherweise zu neuen Einschätzungen, schärferen Kritikpositionen und interessanten "Lösungswegen aus der Krise der Moderne". Ich meine, "Postmoderne" ist mehr als Bruch, Verabschiedung oder Negation (mit) der Moderne.

Im folgenden geht es mir um eine vorläufige Begriffsklärung, also darum, was ich unter "Moderne und Postmoderne" verstehen möchte (2). In einem nächsten Punkt möchte ich einige beispielhafte "Aspekte der Berliner Moderne" in den 20er Jahren darlegen und nach Ursachen für dieses unvollendet gebliebene Projekt fragen (3). In einem weiteren Punkt möchte ich an einigen Projekten der "Neuen Hauptstadt der Deutschen" überprüfen, ob man diese mit der Programmatik der Postmoderne in Einklang bringen kann (4). Den Abschluß oder Ausblick bilden Überlegungen, nach der Relevanz dieser Debatte für die konkreten Lebensverhältnisse der Berliner.

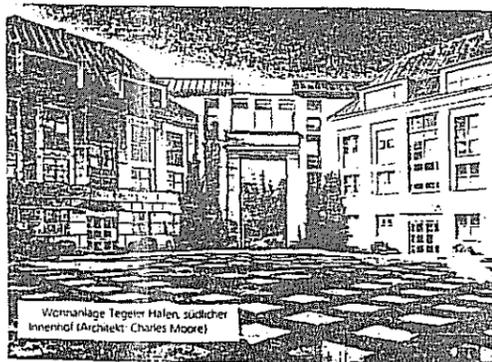
2. "Zweite Moderne" oder "Postmoderne" als Vollendungskonzept des "Projektes der Moderne"

Die Moderne (der 20er Jahre) und die Postmoderne (seit den späten 70er Jahren in Deutschland) sind Programm und Versprechen zugleich. Beide/s wurde/n kontrovers diskutiert. Dazu begriffsfestigend zwei Beispiele: a) Le Corbusier als Inbegriff und Entwerfer der Moderne zugleich sowie b) die "Piazza d'Italia" in New Orleans (oder die Bebauung des Berlin-Tegeler Hafens) von Charles Moore als "Potpourrie der Postmoderne" und die Stuttgarter Neue Staatsgalerie (oder das WZB in Berlin) von James Stirling als "vollendetes Projekt der Moderne".

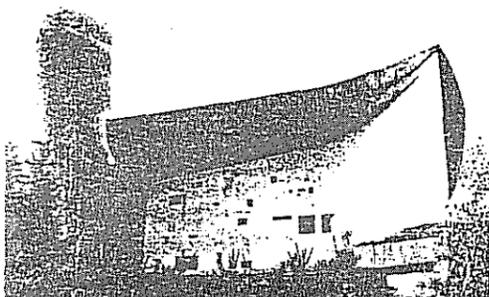
Zu a) La Ronchamp und die "Ville Radieuse" (die "Strahlende Stadt") zeigen möglicherweise die zwei Seiten der Moderne: Ihre Einlösung und ihr Scheitern: Am Beispiel der "17 Pläne der Strahlenden Stadt, dargestellt und ausgestellt 1930 auf dem Kongreß von Brüssel der CIAM" (T. Hilpert, 1988, S. 216) sind die Ideen der "Charta von Athen" gut nachvollziehbar. Mit ihr kommen Bestimmungsfaktoren wie Funktionstrennung, Rationalisierung des Planens und Standardisierung des Bauens (vgl. auch Le Corbusier's "Unite d'habitation" in Berlin Charlottenburg), die autogerechte Stadt, Nivellierungs- und Uniformierungsvorstellungen programmatisch auf den Begriff: "1. Stadtbau ist die Organisation sämtlicher Funktionen des kollektiven Lebens in der Stadt und auf dem Lande. Stadtbau kann niemals durch ästhetische Überlegungen bestimmt werden, sondern aus-



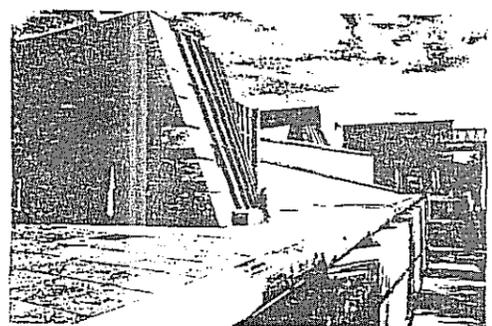
Charles Moore, Piazza d'Italia New Orleans, 1976-1979



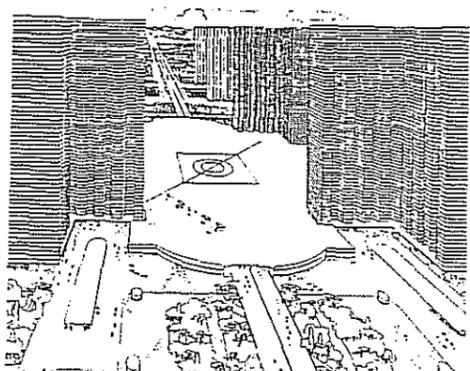
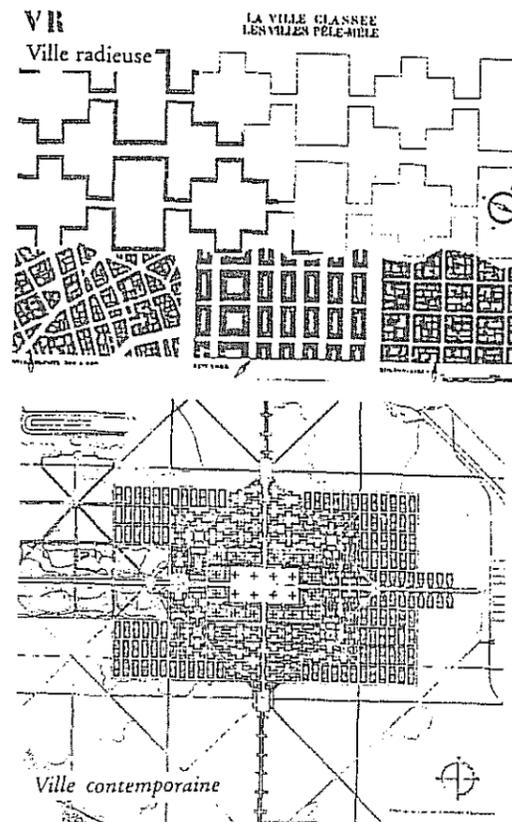
Wohnanlage Tegeler Hafen, südlicher Innenhof (Architekt: Charles Moore)



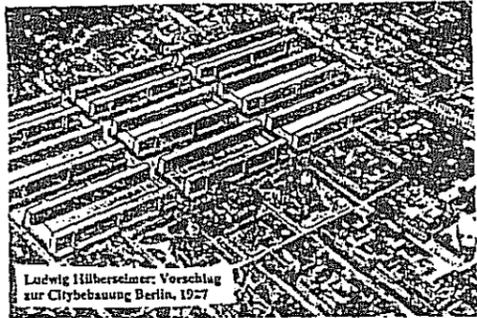
Le Corbusier: Kapelle in Ronchamp, 1950-1954



James Stirling, Neue Staatsgalerie Stuttgart, 1977-1984

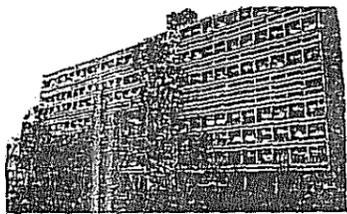


schließlich durch funktionelle Folgerungen" (Le Corbusier, 1928). Wenngleich eingebettet in Konzepte des Bruchs mit der Vergangenheit, gekoppelt mit Fortschrittsideen und Modellen des Lernens und Erziehens, realisierten sich Le Corbusier's mit der Charta verknüpfte Erwartung in Städtebau und Siedlungswesen nicht. Vgl. später die in der Tradition der "Charta von Athen" in Berlin entwickelten Stadtteile (Hansaviertel oder Ernst-Reuter-Platz) und Städte am Stadtrand (wie z.B. das Rollberg-Viertel).



Ludwig Hilberseimer: Vorschlag zur Citybebauung Berlin, 1927

Unité d'habitation „Typ Berlin“
Reichssportfeldstraße 16
1957-58
Le Corbusier



Das andere von mir gewählte Beispiel von Le Corbusier ist seine Kapelle in Ronchamp im Elsaß. Nach Ch. Jencks (1988, S. 90) stellt es eines der "gelungensten Beispiele der modernen Architektur" dar. Es verfügt über eine Vielzahl angedeuteter Metaphern. Es wirkt vieldeutig und ist visuell mehrfach kodiert: "Das Talent des Künstlers ist abhängig von seiner Fähigkeit, unseren Bestand an visuellen Vorstellungen anzusprechen, ohne daß wir seine Absicht wahrnehmen" (ebenda). Damit kommen neben funktionalen auch interaktive, narrative und fiktionale Aspekte baulich-räumlicher Überlegungen zum Vorschein. Dem stehen - mit "Pappschachtel" oder "Eierkiste" (L. Mumford) Metaphern gegenüber, die für die funktionalistische Architektur gewählt wurden. Kommt das Rationale, Funktional-instrumentelle, Konstruktive und Kollektive in der "Charta von Athen" zur einseitigen Blüte, so stellt Ronchamp eine Synthese von Rationalität, Funktionalität, Emotionalität, Erinnerung, Phantasie und Interaktion dar.

b) Um den Begriff der Postmoderne begreifbar zu machen, stellt W. Welsch - in Anlehnung an Überlegungen von Ch. Jencks und H. Klotz (1988) die oben genannten Beispiele gegenüber. Jencks charakterisierte die "Piazza d'Italia" als das "wirklich 'große Denkmal' der Postmoderne. Klotz, beschrieb es als das "wohl treffendste Beispiel postmodernen Bauens": Moore ging es darum - so Welsch, "einen Ort der Identität für die vorwiegend italienisch-stämmige Bevölkerung zu errichten"

(ders., 1991, S. 115). Die Platzanlage soll an italienische Regionen, die aufgestellten Säulen sollen an die Architekturgeschichte der Antike erinnern. Aber, so Welsch's Einschätzung: "Italien und seine klassische Kultur kommen alleine als Hollywood-italianität zur Erscheinung. Die Angleichung ist umfassend und perfekt. Generalnenner des Arrangements ist die Konsumwelt. Tradition, Heimat, Kultur, der 'genius loci' werden als Schaustücke einer Warenhausmentalität behandelt, und die Übersetzbarkeit von allem in Sprache und Look des Konsums bildet die fröhlich-zynische Botschaft des Ganzen" (W. Welsch, a.a.O., S. 116). In grundsätzlicher Kritik jedoch meint Welsch, daß alles "Differente, Fremde, Widerstreitende einem einzigen Modul unterworfen wird. (...) In solchem Verfahren verkehrt sich unter dem Schein der Postmodernität deren Prinzip. Pluralität wird nicht entfaltet, sondern getilgt" (ebenda).

Anders die Einordnung der "Neuen Staatsgalerie" in Stuttgart: "Diese 'Architekturlandschaft' ist nicht Disneyland abgeschaut, sondern wirklich komplex strukturiert. Stirling verwendet sehr verschiedene Architektursprachen (...). Sein Bau ist eklatant mehrsprachig" (ders., a.a.O., S. 117). Da sind die Formsprachen des klassischen Museumsbaus, der Moderne, der Pop-Kultur oder des Konstruktivismus ausmachbar: "Die Alternative zu Moores Italoburger mit Hollywood-Dressing ist keineswegs ein blanker Historizismus. Stirling übernimmt keine der vorgegebenen Sprachen unverändert. Transformation ist für den Traditionsbezug auch seiner Postmoderne obligat" (ebenda).

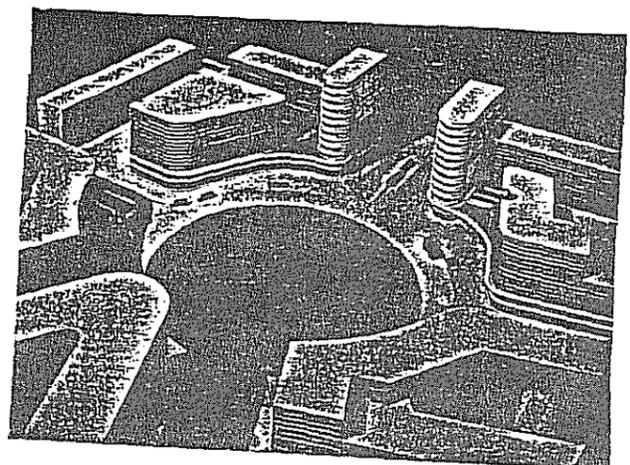
Heinrich Klotz (1988, S. 108 f.) versucht Moderne und Postmoderne definitorisch voneinander abzugrenzen. Vor dem Hintergrund ausgewählter Beispiele sind dabei die aufgeworfenen Fragen sicher nur in einer ersten Annäherung zu beantworten: So tritt etwa an die Stelle des *Internationalismus* der Moderne der *Regionalismus* der Postmoderne; die *geometrische Abstraktion* der Moderne wird von einer zur Bildhaftigkeit tendierenden *fiktionalen Darstellung* der Postmoderne abgelöst; dem *Symbolgehalt der Maschine und der Konstruktion* als einem Sinngehalt des Fortschritts wird die *Vielfalt von Bedeutungen* entgegen gesetzt; technischen Utopien und der *Perfektion* der Apparate werden *Poesie, Improvisation, Spontaneität, das Gestörte und Nicht-Perfekte* entgegengesetzt; wollte sich die Moderne von aller *Geschichte* befreien (vgl. Le Corbusier's Plan für das Pariser Stadtzentrum oder L. Hilberseimer's Hochhauspläne für Berlin), so will die Postmoderne die *Erinnerung* an die Geschichte ermöglichen und diese interpretieren; und nicht zuletzt: statt Autonomie der geometrischen Formen (vgl. Mies van der Rohe's "Neue Nationalgalerie" in Berlin) wird *Relationalität* gesucht. Relationalität durch die Akzeptanz der historischen, regionalen und topographischen Bedingungen des konkreten Ortes. Das Leitbild der Postmoderne wäre ein solches der "radikalen Pluralität".

3. Beispielhafte Gründe für das Scheitern des Projekts der Berliner Moderne der 20er Jahre

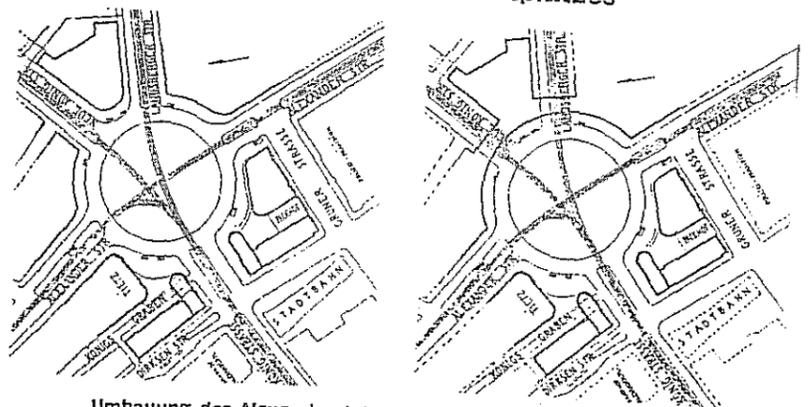
Die Berliner Moderne der 20er Jahre war durch ihre große Ausstrahlungskraft aber auch durch fundamentale Kontroversen - die das Projekt der Moderne anbetrafen - geprägt. Eine dieser Kontroversen

sen läßt sich an der Diskussion zwischen Martin Mächler und Martin Wagner über die sinnvolle Gestaltung der Weltstadt Berlin in den 20er Jahren festmachen. Daß sich an dieser Diskussion auch Künstler, Architekten, Planer oder Gesellschaftstheoretiker wie B. Taut, E. Mendelsohn oder W. Gropius beteiligten, läßt sich an dem Reprint der Ausgabe "Das Neue Berlin" (vgl. J. Behne u.a., Hrsg., Berlin 1988) oder an der Publikation "Martin Mächler - Weltstadt Berlin" (vgl. I. Balg, 1986) rekonstruieren.

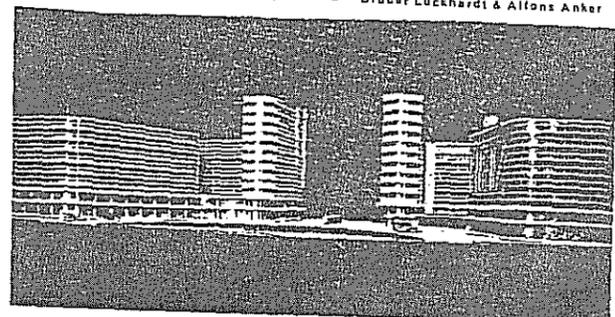
Zusammen mit A. Behne gab M. Wagner "Das neue Berlin" heraus. Letzterer war seit 1926 Stadtbaurat von Großberlin. "Bauen, Bauen, Bauen", das war seine Devise. Und mit den Wohnsiedlungen wie der "Hufeisen-Siedlung" in Britz und "Onkel Tom" in Zehlendorf hatte sich der "Geist der Neuen Architektur und Planung" - die in vielerlei Hinsicht der "Charta von Athen" verpflichtet war



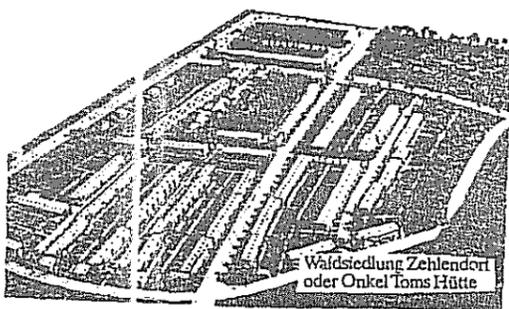
Formproblem eines Weltstadtplatzes



Umbauung des Alexanderplatzes Brüder Luckhardt & Alfons Anker



Die Hufeisensiedlung



Waldsiedlung Zehlendorf oder Onkel Toms Hütte

- nicht nur durchgesetzt, sondern fand - wenngleich nur für kurze Zeit - auch Anerkennung. M. Wagner war jedoch nicht nur für den Wohnungsbau, sondern auch für die Stadtplanung und die Stadtgestaltung Berlins verantwortlich. Unter seiner Leitung stand so auch der Umbau des Alexanderplatzes (M. Wagner, 1988, S. 33). In seinem Aufsatz "Das Formproblem eines Weltstadtplatzes" (ebenda) klingt ebenfalls viel von dem durch, was in der "Charta von Athen" programmatisch niedergelegt wurde: "Der Weltstadtplatz ist eine fast dauernd gefüllte Verkehrsschleuse, der 'Clearing'-Punkt eines Adernetzes von Verkehrsstraßen erster Ordnung. Man kann nun sagen, daß die Durchschleusung des Verkehrs durch diesen Clearing-Punkt das Primäre und Wesentliche, und die formale Gestaltung, die Zweckform, von sekundärer Bedeutung ist. Und dennoch wird jeder Städtebauer das eine von dem anderen nicht trennen können, und bei näherem Studium des Problems zu dem Ergebnis kommen, daß Zweck und Form, Grundriß und Aufriß, Oberfläche und Straßenwand zu einer *organischen Einheit* verschmelzen. Weltstadtplätze sind *Organismen mit ausgeprägtem formalen Gesicht*" (ebenda). Für M. Wagner sind diese nach organischen, konstruktiven und funktionalen Gesichtspunkten konstruierten Plätze "Haltepunkte für die Konsumkraft und Durchgangs-

schleuse für den Fließverkehr" (ders., a.a.O., S. 37). Nach der erfolgreichen Entwicklung des "Generalplanes für den Alexanderplatz" wurde ein "engerer Wettbewerb" ausgeschrieben, um die künstlerisch-formale Gestaltung des Platzes in Angriff zu nehmen. Den Wettbewerb gewannen Luckhardt & Alfons Anker. Es entstand der erste Platz mit "wirklich weltstädtischem Charakter" (ders., a.a.O., S. 38).

Daß die stadtplanerischen Vorstellungen von M. Wagner nicht unwidersprochen bzw. undiskutiert blieben, belegen Veröffentlichungen des Architekten M. Mächler, für den "Städtebau nicht eine Verwaltungsaufgabe im Schematismus der Einheitsgemeinde Groß-Berlin von 1920" war (I. Balg, 1986, S. 5). Galt M. Wagner vielen als Exponent der "Stadtmaschine" in der "Maschinenstadt", so galt M. Mächler als ein Vertreter der verdichteten Großsiedlung in ihrer weltpolitischen Ableitung und Bedeutung: "Städte sind geschichtlich gewachsene Siedlungsformen; man kann lebendige Städte nicht künstlich erzeugen, (...)" (ders., a.a.O., S. 232). Nicht zuletzt bestärkte B. Taut M. Wagner in seinen Ideen, wenn er in seinem Aufsatz "Via London-Paris-New York-Neu Berlin" schreibt: "Haben Berlins Architekten nun einmal den Boden des Akademischen verlassen, so sollten sie bei der eigentlichen Stadtgestaltung außer dem Zweck und der Funktion nichts anderes gelten lassen. (...) In der sachlichen Knappheit liegt die Berliner Tradition; man nannte es früher Freußentum. Nur von ihr aus kann eine richtige Behandlung des Stadttinneren entstehen, die typisch ist" (ders., 1988, S. 29). Im letzten Heft des 1. Jahrgangs "Das Neue Berlin" wurde durch J. Jezower (S. 255) der Roman "Berlin Alexanderplatz" von A. Döblin besprochen. Hiermit traten auch die Interessen, die die Stadtplaner am Menschen hatten, etwas deutlicher ans Licht der Öffentlichkeit: "Wie auf dem Alexanderplatz, der für einen neuzeitlichen Verkehr umgestaltet wird, eine Dampftramme Schienen in den Boden haut, so schlägt er mit der Dampftramme der Schilderung Tatsachen in den Boden ein, auf dem wir bequem herumzulatschen pfliegen, wir sollen einen zeitgemäßen Boden unter die Füße bekommen, um einen neuen Standpunkt zu gewinnen".

Erinnern wir uns mit dem Funktionalismus, der Funktionstrennung oder räumlichen Zonierung gesellschaftlicher Funktionen, dem Internationalistischen Planungs- und Architekturstil, der geometrischen Abstraktion, dem Symbolgehalt von Maschine und Konstruktion, der Perfektion der (Planungs-)Apparate sowie der Befreiung von aller (Stadt-)Geschichte an einige Bestimmungsmerkmale des "unvollendeten Projekts der Moderne", so lassen sich in dieser Auseinandersetzung viele oben entwickelte Ideen und Hoffnungen finden, die im Realisierungsprozeß damit verbundener Projekte nicht in Erfüllung gingen.

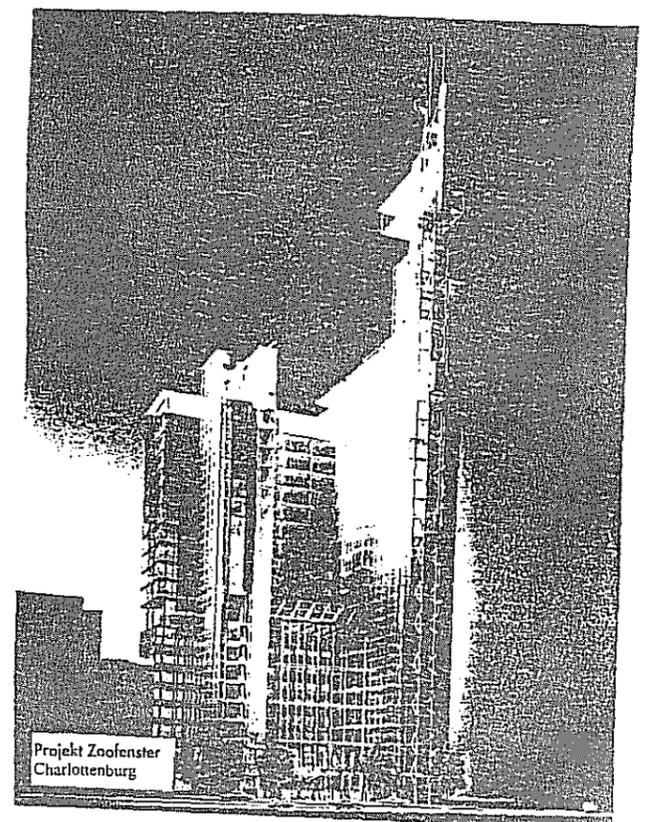
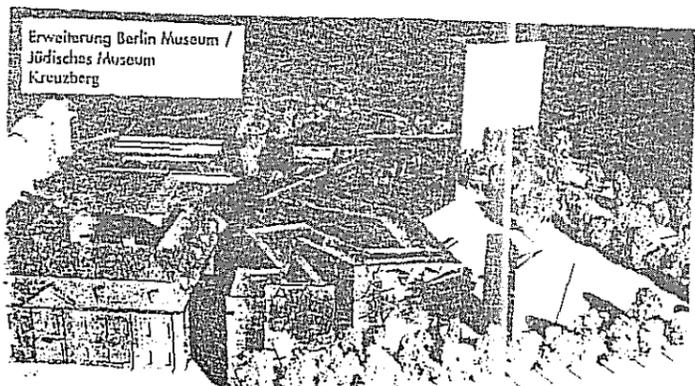
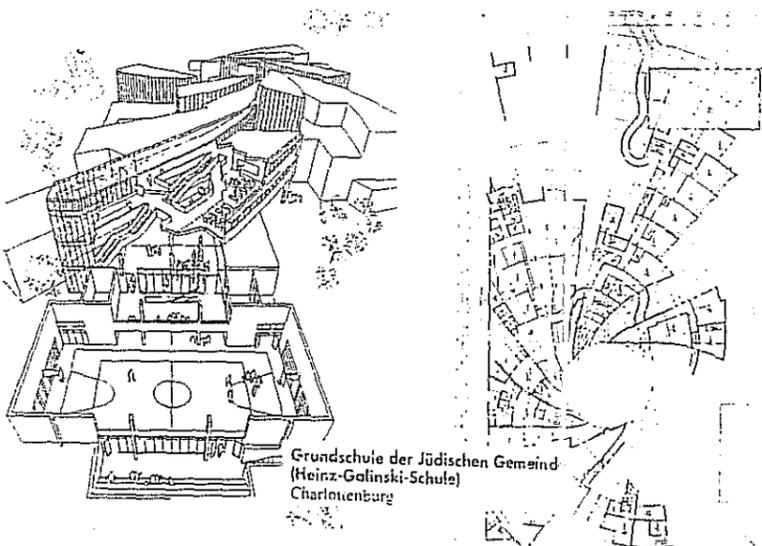
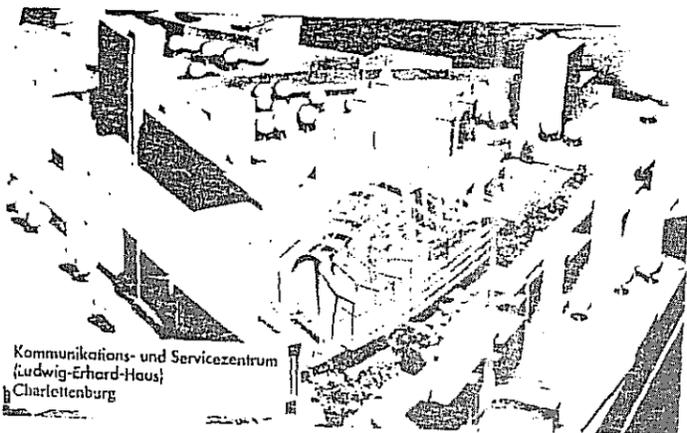
Die neue Zeitschrift für Großstadtprobleme überdauerte - so J. Posener in seinem Vorwort zum Reprint - nicht: "Denn dieses Jahr war gleichzeitig das Jahr des Schwarzen Freitag, mit dem die Weltwirtschaftskrise begann, mit Millionen von Arbeitslosen und den Brauhemden auf der Straße.

Darum hat die Zeitschrift das Jahr nicht überlebt; was sage ich: die Zeitschrift? Die ganze neue Architektur geriet ins Zwielflicht". Das scheint mir aber nur eine Seite des Scheiterns des "Projekts der Moderne der 20er Jahre. Eine andere liegt in der Programmatik des "Neuen Bauens und Planens" selbst. Eine dritte Ursache des Scheiterns liegt aber auch in der nicht erfolgten Verbreitung entsprechender Ideen. Dazu R. Günter: "Die Kritik der Postmoderne trifft weder 'Stijl' noch 'Bauhaus'. Denn beide hatten leider keine große Wirkungen. (...) Kein Bauunternehmer, kein Bau-Ingenieur, kein Bauherr von Großprojekten der Container-Moderne hat sich mit 'Bauhaus' und 'Stijl' beschäftigt. (...) Von ihnen erhielten die Avantgardisten so gut wie keinerlei Aufträge. Ihre Tradition blieb die Kontinuität der Mietskasernen von Manchester, Paris, Berlin, New York und Chicago - aber nicht der avantgardistischen Utopien" (ders., 1992, S. 168).

4. Die Berliner Postmoderne als "perspektivischer Inkrementalismus"?

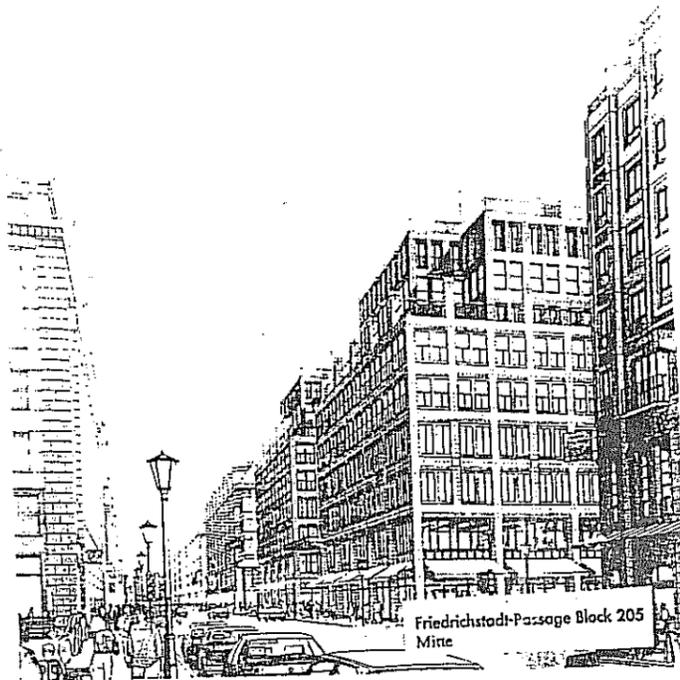
Baulich-räumliche Bestimmungsmerkmale der Postmoderne sollen Regionalismus, fiktionale Darstellung, Vielfalt von Bedeutungen, Poesie, Improvisation, Spontaneität, das Gestörte und Nicht-Perfekte, Erinnerung an die Geschichte, radikale Pluralität und Relationalität, als Akzeptanz der historischen, regionalen und topographischen Bedingungen des konkreten Raumes sein. Lassen wir das "Neue Berlin" - aus dem subjektiven Blickwinkel von Architekten und Stadtplanern - im Rahmen von 35 Projekten Revue passieren (vgl. J. Krichbaum/V.M. Lampugnani, 1993), so kündigt sich mit einigen wenigen Projekten sicher postmoderne/r Architektur und Städtebau an. Ich denke etwa an das "Kommunikations- und Servicezentrum" von N. Grimshaw & Partners, an das "World Trade Center" von H. Leon & K. Wohlhage, an die "Grundschule der jüdischen Gemeinde" von Zvi Hecker oder an die "Erweiterung Berlin Museum/Jüdisches Museum" von D. Libeskind. Viele der abgebildeten Projekte des "Neuen Berlins" bleiben - im Rahmen meiner Argumentation - jedoch der Epoche des "unvollendeten Projekts der Berliner Moderne der 20er Jahre" verhaftet und können einer entsprechenden Kritik unterzogen werden. Viele dieser Projekte sind einem internationalistischen Bau- und Planungsstil, einem Konstruktivismus und Technizismus bzw. einfachsten "Pappschachtel- und Büroschrankmetaphern" verhaftet, wie diese von L. Mumford charakterisiert wurden. Zu erwähnen wären da "Umbau und Sanierung eines Bankgebäudes Unter den Linden" von B. Tonon, das "Projekt Zoofenster" von R. Rogers Partnership oder das Projekt "Friedrichstadt-Passage Block 205/206 und 207" von O.M. Ungers, Pei/Cobb/Freed und J. Nouvel. Man könnte diese Strategie auch mit "perspektivischer Inkrementalismus" umreißen, den K. Ganser/Th. Sieverts wie folgt beschreiben: "Zielvorgaben verbleiben auf dem Niveau gesellschaftlicher Grundwerte, ihre Konkretisierung erfolgt unmittelbar in Projekten" (ders., 1993, S. 31). Unklar bleibt dabei jedoch das Niveau und die Verbindlichkeit "gesellschaftlicher Grundwerte".

An der Schnittstelle von "unvollendetem Projekt der Moderne" und Postmoderne liegen auch die Ergebnisse eines zweistufigen, beschränkten (Investoren-)Wettbewerbs für den "Neuen Alexander-

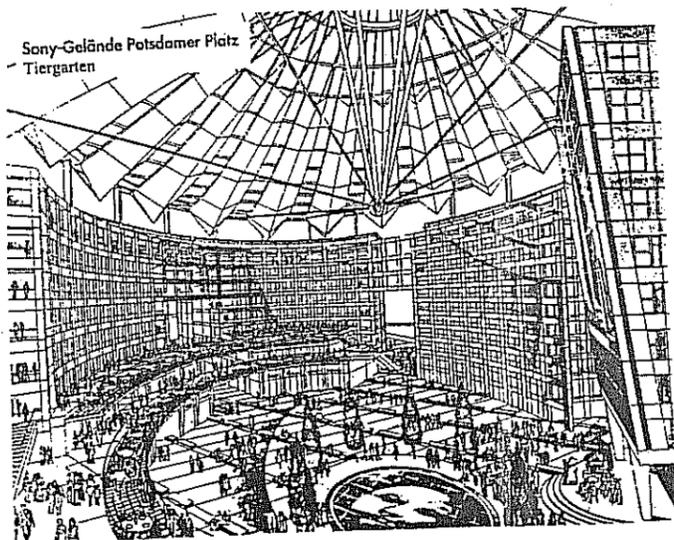


platz": "Der frühere Alex (...) als Straßenverkehrs-Knotenpunkt mit Mittelinsel, (...) kann nicht wieder entstehen. Es sind andere Ansprüche, die heute an einen solchen Stadtraum gestellt werden. Hohe Aufenthaltsqualität und Erlebnisvielfalt sind vor allem gefragt" (K. Wuthe, 1993, S. 2). 15 international renommierte Architekten und Stadtplaner wurden im Jahre 1992 eingeladen, sich über Struktur, Funktion und Gestalt des "wichtigsten Platzes im Herzen der Stadt" - so V. Hassemmer -

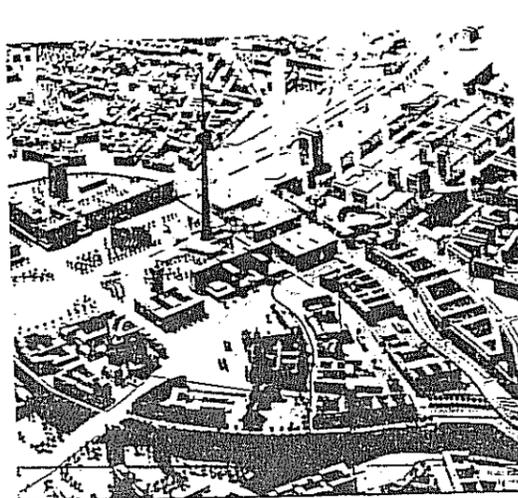
Gedanken zu machen: "Die Aufgabe lautet, einen neuen Alexanderplatz im Bewußtsein seiner historischen Rolle und in Kenntnis der Entwicklung des dortigen Stadtgrundrisses zu finden, damit er seine überragende zukünftige Aufgabe erfüllen kann. (...) Es geht vor allem darum, einen Platz zu finden, dessen Nimbus, dessen Anziehungskraft, dessen Aufenthaltsqualität ihn seine Rolle als



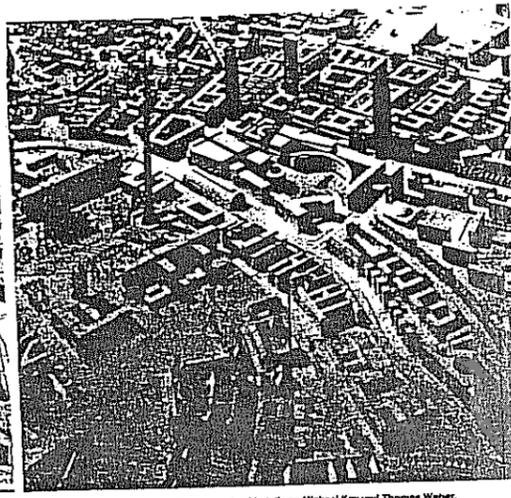
Friedrichstadt-Passage Block 205
Mitte



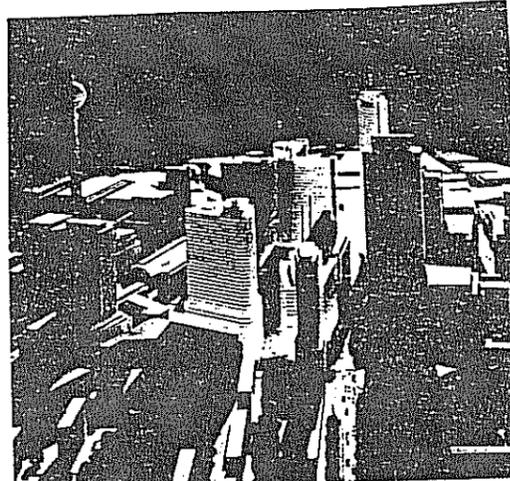
Sony-Gelände Potsdamer Platz
Tiergarten



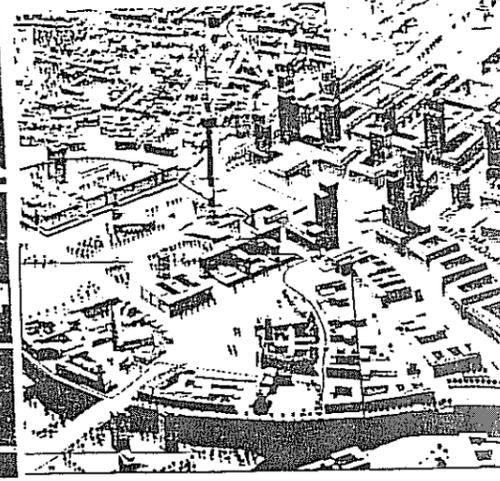
Einem gläsernen MacLenturm planen Flötting und Kaufmann.



Drei farbige Hochhausformen als Blockfang: das Modell von Michael Kuy und Thomas Weber.



Hochhäuser wie in Manhattan: der Entwurf des Düsseldorfener Architekten Christoph Ingenhoven.



Hochhäuser in der zweiten Reihe: das Modell von Hans Kollhoff.

wichtigster städtischer Platz ausfüllen läßt" (V. Hassemer, 1993, S. 2). Für die zweite Runde, die Überarbeitungsphase, wurden inzwischen 5 Ideenkonzepte ausgewählt. Die prämierten Beiträge nehmen nun entweder klassische Stadtbilder auf (die Entwürfe von H. Kollhoff (wurde inzwischen als Gewinner des zweistufigen Wettbewerbs vorgestellt) und Ch. Ingenhoven erinnern stark an us-amerikanische Großstadtbilder), die Diskussionsbeiträge von M. Kuy/Th. Weber oder R. Flötting/P. Kaufmann rekonstruieren eher das traditionelle Element der Berliner Blockstruktur. Die eigentlich interessanten und zukunftsorientierten Vorstellungen werden nach meinen Vorstellungen mit dem Konzept von D. Libeskind präsentiert: "Die Komplexität des Alexanderplatzes ist genauso subtil wie Döblins Gebrauch der Metapher seiner eigenen Handlinien, die er benutzt, um die subtile Logik und das Gewebe von Verbindungen, die den Alexanderplatz definieren, zu beschreiben. Was diese Stadt braucht, ist ein Quantensprung an Vorstellungskraft. Dieser Quantensprung liegt in dem radialen Ineinanderfließen von öffentlichem und privatem Bereich, von Geschäftssinn und Kultur, von Stadtplanung und Architektur, von Investment und Initiative, von Politik und Bürger. Was die Stadt braucht, ist ein offenes Rahmenwerk voller Potential für ihre langfristige Entwicklung. (...) Es wer-



Obertafel auf dem Platz und einem Grüngrübel sieht die Arbeit von Libeskind und Focai vor. Foto

den räumliche Qualitäten vorgeschlagen, die undogmatisch sind, räumliche Qualitäten, die Dichte mit Intimität, Urbanität mit offenem Raum, Pavillons mit Fußgängerstraßen und Grünzonen mit Wohnungen verknüpfen. Diese ganz besonderen räumlichen Qualitäten schaffen ein stadträumliches Geflecht voller Variationen und Gliederungen öffentlichen Raumes. (...) Wir wenden uns gegen den Glauben an das Blockraster als Antwort für den Alexanderplatz. Der Alexanderplatz verdient einen Horizont und eine Vision, die das Erleben von Stadt nicht auf ein schematisches Diagramm, oder

den Hochhausfetischismus oder das sentimentale und provinzielle Nachahmen von anderen Plätzen und Zeiten reduziert. Das wirkliche Berlin ist nicht nur die 22 m hohe Blockbebauung, sondern eine *faszinierende Montage* gegensätzlichster Maßstäbe, Funktionen und Bilder, die die sichtbare und unsichtbare Geschichte der Stadt fortsetzen. (...) Er (Der Entwurf, A.d.V.) leiht sich seine Kleider nicht aus der Vergangenheit. Er schneidert neue Kleider aus modernen Materialien nach Berlins eigenen Maßstäben" (D. Libeskind, Manuskript und Vortrag, Stadtforum Berlin, Berlin, 14.5.1993). Sind damit auch Aspekte eines Bildes der postmodernen Stadt entworfen?

5. Ausblick

Nimmt man die Kritik am Projekt der Moderne ernst und sucht man in den Projekten der Berliner Postmoderne Vollendungspotentiale des "unvollendeten Projekts der Berliner Moderne der 20er Jahre", so wird man eher enttäuscht. Man kann das, was gegenwärtig in Berlin inszeniert wird wie folgt charakterisieren: "Der Grundfehler liegt - gerade unter Aspekten der Postmoderne - darin, daß alles Differente, Fremde, Widerstreitende einem einzigen Modul unterworfen wird. (Daß dieser der triste des ohnehin allenthalben Anzutreffenden ist, kommt hinzu.) In solchen Verfahren verkehrt sich unter dem Schein der Postmodernität deren Prinzip. Pluralität wird nicht entfaltet, sondern getilgt" (W. Welsch, 1991, S. 116). Auch das, was M. Seel als Forderung der zweiten Moderne vortrug, nämlich eine positive Auslegung der Entzweigungstendenzen der modernen Welt und zugleich eine Besinnung auf die historisch entwickelten und historisch möglichen Bedingungen von Emanzipation und Vernunft zu realisieren, wird nicht angedacht. Dies auch nicht in dem eigentlich sehr differenziert gestalteten programmatischen Informationsheft des Berliner Stadtforum, dem *Journal*.

Mit wenigen Ausnahmen ist die Berliner Stadtplanung nach wie vor relativ eng entlang der Programmatik des "unvollendeten Projekts der Moderne" organisiert. Wenngleich auch Mischnutzungen im städtischen Raum geplant sind, wird der politisch-ökonomische Entwicklungsdruck für Entmischung und Funktionstrennung sorgen: Politischer Druck z.B. hinsichtlich eines räumlich abgeschlossenen Regierungs- und Verwaltungszentrums. Ökonomischer Druck, indem Mieten und Grundrenten die mikro- und makroräumliche Segregation einzelner Nutzungen regeln oder Großinvestoren - wie Daimler - eine optimale verkehrliche Erschließung ihres Standorts erzwingen. Warum wird zur Sicherung politisch verabredeter "Grundwerte" nicht weiter an einem "Stadtvertrag" gearbeitet? Was wäre, wenn man/frau das Programm der Postmoderne ernster nehmen würde, wenn die sozialräumlichen Konsequenzen eines "radikalen Pluralismus" im Hinblick auf Wohnen, Arbeiten oder infrastrukturelle Ausstattung weiter gedacht würden? Anlässlich etwa der Präsentation der Ergebnisse einer Befragung der Besucher der Ausstellung der Wettbewerbsbeiträge für den Alexanderplatz wurden weniger Büros und Verwaltungsgebäude, dafür aber mehr Einzelhandel und Restaurants, aber auch Straßenmusikanten, fliegende Händler, Abschirmungen gegen den Autoverkehr, mehr öffentlichen Nahverkehr, die Wiederherstellung der Berolina, Freiluftbühnen, ein Bürgerhaus, eine Zentralbibliothek und Bordelle gewünscht (Tagesspiegel vom 11.6.1993, S. 8).

2. Nutzung betrieblicher Ressourcen

Viele Produktions- und Distributionsbetriebe waren in der DDR Quellen informeller Beschaffung gewesen: Material konnte abgezweigt werden, betriebliche Einrichtungen (Werkstätten, Betriebsautos...) wurden für private Zwecke genutzt; bei Gelegenheit konnte die Arbeitszeit zu Erledigungen (auch für KollegInnen) genutzt werden. Freitagnachmittag und Nachtschicht waren bevorzugte Zeiten für informelle Aktivitäten. Dem standen freilich auch umfangreiche 'freiwillige' Arbeitsleistungen gegenüber. Manche Betriebsleitungen suchten die informellen Umtriebe durch Bezugssysteme für eigene Produkte, Ersatzteile, Rohstoffe und ausrangiertes Material zu kanalisieren. Für Beschaffungszwecke genutzt wurden auch Positionen im politischen und Sicherheits-Apparat sowie Quellen für West-Devisen und -Reisen wie Kirchgemeinden, Verwaltungen, West-Verwandte u.ä. Freilich: In etlichen Produktionsabteilungen (z.T. mit Akkordarbeit) und in ganzen Wirtschaftsbereichen (Routineverwaltung, soziale Dienstleistungen u.ä.) spielten informelle Aktivitäten eine geringe Rolle. Zudem lehnten etliche Befragte den informellen Handel und Wandel in der DDR überhaupt ab.

Dieses Beschaffungswesen konnte nur funktionieren, weil die Betriebe Knotenpunkte des Soziallebens waren (das wurde vielfach analysiert - vgl. z.B. Böhme, 1982; Manz, 1990; Rottenburg, 1991): Vom Arbeitsweg über Arbeitsplatz, Kantine und Clubs bis zu betrieblichen Feiern knüpften sich freundschaftliche Beziehungen bis weit in das Privatleben hinein und jenseits der verordneten Kollektivität. Diese Beziehungen hatten freilich immer einen Aspekt sozialer Kontrolle.

Seit der Wende wurde in fast allen Bereichen der alte "Planerfüllungspakt" zwischen Leitung und Belegschaften aufgekündigt (Voskamp/Wittke 1991), die Belegschaften wurden abgebaut und neu zusammengewürfelt, und der Leistungsdruck erhöht. Unsere Befragten berichteten von der allgegenwärtigen Angst vor Entlassung, von Konkurrenzverhalten und gegenseitigem Mißtrauen. "Die Ellenbogen sind spitzer geworden." Persönliche Probleme und Bedürfnisse werden nicht mehr mitgeteilt. Es gibt eine vielverbreitete Angst vor Vorgesetzten-Willkür. Die verbliebenen 'alten Kerne' schließen sich ab gegen Neulinge, übergroßer Anpassungsdruck und Gehässigkeiten zerstören große Teile des betrieblichen Soziallebens. Informelle Aktivitäten sind stark zurückgegangen und überschreiten offenbar (aber Offenheit ist in solchen Fragen nie verbürgt) nicht den auch in West-Betrieben üblichen Rahmen. Diese Entwicklung spricht klar für die Modernisierungsthese.

3. Nutzung von Diensten und Einrichtungen

Die von uns ermittelten Veränderungen sind weniger gravierend, als wir angenommen hatten. In der DDR war die breite Palette billiger Dienste und Einrichtungen Teil der für alle garantierten Grundversorgung, mit freilich oft höchst mäßiger Qualität, und wurden i.A. auch recht breit genutzt. Hier gab es eine durchgreifende Privatisierung, Preise öffentlicher Einrichtungen wurden z.T. bis zur Kostendeckung angehoben, viele zuschuftrichtige Einrichtungen, v.a. die umfangreichen betrieblichen Sozial- und Kultureinrichtungen, wurden geschlossen.

Die Privatisierung des Gesundheitswesens wurde von den Befragten trotz Kostensteigerungen überwiegend positiv aufgenommen. Ärzte und Gesundheitseinrichtungen werden bis heute mit einer für westliche Begriffe erstaunlichen Regelmäßigkeit frequentiert; ihr Service wird als wesentlich verbessert, die entsprechenden Kostenerhöhungen bislang als wenig gravie-

rend empfunden. Kindergärten und -krippen, vor der Wende von praktisch allen Familien mit Kinder genutzt, werden seitdem weit weniger beansprucht; ihre Gebühren sind enorm gestiegen, viele arbeitslose Frauen lassen ihre Kinder heute zu Hause bzw. verzichten auf Kinderkrippen, der Kindergarten-Betrieb wird kritischer gesehen.

Bei anderen Einrichtungen und Diensten haben wir eine deutliche Stadt-Land-Differenz wahrgenommen:

- im ländlich-kleinstädtischen Gebiet ging die Nutzung (gemessen in Häufigkeiten) um ca. 20% zurück. Kantinen, Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen waren überwiegend von den Betrieben als potentesten Trägern gestellt worden - sie sind heute teils geschlossen, teils privatisiert (wie die einst auf jedem Dorf vorfindlichen subventionierten Gaststätten und Läden), und teils den Kommunen übergeben, und diese schließen weitere Einrichtungen und erhöhen die Preise. Neben verlängerten Wegen und Preiserhöhungen schrecken auch westlich-aufpolierte Ausstattung und geschwundene soziale Offenheit ab ("da sind nur noch feine Leute" oder "Publikum der schlimmsten Sorte").
- In der Großstadt wurden weniger Freizeit-bezogene Einrichtungen geschlossen; v.a. Jüngere und Einkommensstärkere nutzen sie trotz starker Verteuerung stärker als vor der Wende - sie schätzen die erweiterten Kommunikations- und Erlebnismöglichkeiten. Ältere haben sich allerdings eher zurückgezogen.

Nutzung von Diensten und Einrichtungen, 1989 u. 1992/93, ländlich-kleinstädtisches Gebiet und Großstadt, gewichtet nach Häufigkeit

Einrichtung	1989	1992	1989	1993
	ländl.-kleinst.	ländl.-kleinst.	Großstadt	Großstadt
Subventionierte Kultureinrichtung	24	16	25	20
Fortbildung	24	24	21	18
Sport-/Schwimmhalle, Sauna	19	16	24	20
Speise-Gaststätte	23	13	20	22
Schneider, Friseur	23	17	20	16
Handwerker f. Auto u. Wohnung	18	17	19	21
Kneipe	17	11	14	14
private Kultur- u. Freizeiteinr.	16	15	10	8
Jugendeinrichtung	17	11	8	8
persönliche Beratung	3	11	8	9
Summe	184	151	169	156

In Stadt und Land werden personenbezogene Dienstleistungen (z.B. Friseur, Schneider), v.a. wegen ihrer Verteuerung um das 3-5-fache, weniger genutzt - Eigenarbeit ersetzt sie teilweise. Leistungen um Wohnung und Auto werden von Haushalten mit mittleren bis höheren Einkommen häufiger, von ärmeren seltener beansprucht. Fortbildungsveranstaltungen, früher als billige Chance zur Allgemeinbildung, oft während der Arbeitszeit, gerne genutzt, werden heute ebenso häufig, aber nur noch für berufliche Zwecke beansprucht. Von den neuen Dienstleistungen werden nur Banken, Arbeitsvermittlung und Steuerberater häufiger gebraucht, das sonstige Angebot, vom Fitnesscenter bis zur Erziehungsberatung, wird meist links liegen gelassen.

Stärkere Dezentralisierung und gewachsene Einkommens-Abhängigkeit der Nutzung von Dienstleistungen passen in die Modernisierungstheorie - ihre gesunkene Bedeutung für Haushaltsversorgung widerspricht ihr krass, und sie reiht sich auch nicht auf die Vorstellung einer "postindustriellen Gesellschaft", außer in deren theoretischer Variante als

"Selbstbedienungswirtschaft" (Gershuny). Deutlich sind aber Tendenzen der Polarisierung in der Nutzung kollektiver Einrichtungen und Dienstleistungen zwischen ländlichen und großstädtischen Gebieten sowie zwischen Einkommensschwachen und Älteren gegenüber jüngeren Erwerbstätigen, v.a. ohne Kinder. Der stärkere Nutzungs-Rückgang bei Frauen im ländlichen Gebiet um ein Drittel (bei Männern: um ein Sechstel) läßt sich feministisch erklären. Mit der stärkeren räumlichen und sozialen Selektivität und dem teilweisen Wegfall von Diensten und Einrichtungen verschwinden Kristallisationspunkte von Kommunikation und weiterreichenden Sozialbeziehungen. Die in der DDR z.T. damit verbundene soziale Kontrolle war nur von einigen Jüngeren abgelehnt worden, die Werksärzten, Ferienheimen oder der verschwundenen "Urania" keine Träne nachweinten. Unsere 'Beziehungsnetze'-These trägt hier wenig aus.

4. Die Entwicklung von Eigenarbeit und Netzwerkleistungen

Im Zentrum von Eigen- und Netzwerkleistungen stand und steht der Haushalt der Befragten selbst. Im ländlich-kleinstädtischen Gebiet z.B. dienten fast 90% der pro Haushalt geleisteten 65 Wochenstunden dem eigenen Bedarf; 5 Std. wurden für soziale Netzwerke, 2,45 Std. für formelle Netze, d.h. Institutionen wie Clubs, Bürgervertretungen, Gewerkschaften, aufgewandt (unser Feldzugang bewirkte eine gewisse Überrepräsentation sozial Aktiver) - immerhin das dreifache informeller und formeller Netzwerkleistungen vergleichbarer westdeutscher 'Normalhaushalte' in einer ländlichen Region (Cécora, 1991). 60% wurden von Frauen, 40% von Männern geleistet. Die meisten sozialen Netzwerkleistungen gingen an engere Verwandte, insbesondere an die eigenen Eltern bzw. erwachsenen Kinder, ca. ein Drittel (bei Jüngeren erheblich mehr) an Freunde, für Nachbarn und sonstige Bekannte wurde wenig geleistet.

Eigenleistungen waren naturgemäß am höchsten bei Familien mit Kindern, am niedrigsten bei Alleinstehenden. Die Netzwerkleistungen wiesen gewaltige Differenzen zwischen 4 und 10 Wochenstunden pro Erwachsenen auf, welche sich weder nach Haushaltsform, noch nach Alter, Einkommen, Erwerbsstatus oder sozioprofessioneller Zugehörigkeit einordnen ließen.

Vor der Wende hatte sich die Mehrheit der Haushalte in Eigenarbeit und Beziehungsnetzen stark engagiert: fast alle erbrachten zumindest kleinere Leistungen und Aktivitäten zur Erzeugung fehlender oder nicht bedarfsgerechter Waren, zur Beschaffung von Mangel-Gütern und von im Alltag nicht zugänglichen Arbeitsleistungen, zur Erschließung von Nebenverdiensten. Daneben war die Mehrheit, z.T. zeitweilig, in größere Aktionen eingebunden gewesen: Renovation und Ausbau der Wohnung bzw. des Hauses; Sanierung von Autos; Eigenproduktion in Gärten; Arbeiten, für die man besonderes Geschick mitbrachte, für sich selbst und für weite Bekannten- oder gar Kundenkreise; persönliches soziales Engagement (privat oder in offiziellem Rahmen) für Verwandte und Freunde ebenso wie für fremde Bedürftige oder zur Verschönerung des gemeinsamen Alltags. Die Leistungen flossen, soweit sie nicht im eigenen Haushalt verbraucht wurden, mit Priorität an einen engen Kreis guter Freunde und naher Verwandter sowie an Organisationen. Nicht Vorteilsmaximierung im Sinne von Bourdieus Logik "sozialen Kapitals", sondern mitmenschliche Verpflichtung und soziales Engagement waren die treibenden Motive. Daneben hatten die meisten noch einen weiten Kreis von Betriebsangehörigen, Nachbarn, Feierabendbekanntschaften, der beansprucht wurde, wenn man schwer auffindbare Waren oder besondere Dienste brauchte. Auch hier gab es oft reine Gefälligkeiten, aber Gegenseitigkeit überwog, zum Teil als direkter Tausch

und oft verbunden mit kleineren Geldzahlungen. Viele Tauschleistungen auch im 'weiteren Kreis' ergaben sich eher aus den großen Möglichkeiten der Kommunikation im Alltag, als daß sie systematisch "gesucht" wurden (unsere Fragen nach der Planung und Organisation früherer Tauschbeziehungen stießen daher oft auf Unverständnis).

Nach der Wende hatten, nach einem zwischenzeitlichen Rückgang, die Gartenträge fast wieder den alten Umfang erreicht. Eigenleistungen bei Haus- und Wohnungsausbau waren teils wegen des reichlichen Angebots bereitwilliger, aber teurer Handwerker stark zurückgegangen, teils durch das umfassende Material- und Geräteangebot erst richtig beflügelt worden. Die 'qualifizierten' Arbeiten waren zurückgegangen auf ein für westliche Verhältnisse immer noch beachtliches Niveau. An den Hilfen für Verwandte und enge Freunde hatte sich wenig geändert, aber das sonstige soziale Engagement für ferner stehende Personen, für Organisationen und Clubs hat sich stark differenziert, unabhängig von sozialen Zugehörigkeiten und Alter.

Betrachtet nach Arten von Eigen- und Netzwerkleistungen, klärt sich das Bild etwas. Zwischen 1989 und 1992/1993 sind

- weggefallen alle Möglichkeiten, selbst produzierte Mangelwaren zu subventionierten Preisen abzugeben, wie die DDR sie geboten hatte. Der weitere Kundenkreis in sozialen Netzen, an den ähnliche Leistungen gingen, ist weitgehend verschwunden - reparierte Autos, selbst hergestellte Möbel, abgezweigte Arbeitsmaterialien, Gemüse und Obst, Zucht-pflanzen und -tiere o.ä. lassen sich schwarz nur noch selten absetzen. Die meisten Überschüsse und Gefälligkeitenleistungen waren nach Aussage unserer Befragten auch vor der Wende ohnehin kostenlos abgegeben worden - heute werden sie durchweg verschenkt an Personen des engeren Kreises, einschl. guter Arbeitskollegen. Wichtigste Ursache ist der Wegfall der Mangel- und Kommandowirtschaft.
- Gesunken sind in erheblichem Maße eigene Schneiderei, sowie Herstellung und Reparatur von Haushaltsgegenständen; leicht zurück gingen Arbeiten um das Auto (West-Autos haben viele elektronische Teile!) und Nahrungs-Konservierung. Viele Befragte verwiesen auf das erheblich verbesserte Warenangebot, bedauerten aber gleichzeitig diese Rückgänge.
- Ungefähr gleich geblieben sind Leistungen der sozialen Hilfe: Pflege, Betreuung, Beschäftigung und Gespräch, welche den Alltag Anderer erleichtern sollten. Vergleich und Ursachenanalyse fallen hier schwer, da sich Veränderungen im persönlichen Bereich und gesellschaftliche Entwicklungen besonders spürbar überkreuzen. Kollektive Einrichtungen in diesem Bereich, als möglicher Ersatz, haben sich z.T. qualitativ verbessert, aber wurden spärlicher und teurer, und z.B. private Kinderbetreuung wird auch vom Mißtrauen gegen alte Praktiken in den 'neuen' Kindergärten beflügelt.
- Zugenommen haben Kochen und Backen, Fürsorge für eigene und befreundete Kinder, aber auch Reparatur und Ausbau von Wohnung und Wohnungsausstattung. Die einstmalig hoch subventionierte kollektive Versorgung in diesen Bereichen ist teils weggefallen (z.B. Betriebskantinen im ländlichen Raum), teils drastisch verteuert (z.B. Kindergärten) - soweit die Einkommen den Kostenerhöhungen nicht folgen können, treten Eigenarbeit oder Netzwerkhilfe an ihre Stelle. Im Wohnbereich hat sich das Angebot an Geräten und Materialien, aber auch an Handwerkern - früher fast nur über Beziehungen zugänglich - sprunghaft erhöht, wurde aber kostspieliger, sodaß es von einem Teil der Befragten nur zögernd genutzt wird wegen erhöhter Sparsamkeit in einer Zeit sozialer Unsicherheit (doch auch bei stagnierenden Einkom-

men können viele Bastler dem Baumarkt nicht widerstehen); insgesamt verstehen die Befragten erhöhte Eigenarbeit im Wohnbereich als eine Art Zukunfts-Investition.

- Praktisch neu hinzugekommen ist ein hoher Zeitaufwand für Behördengänge, Kontakte, Beratungen und Besprechungen, verursacht durch die Flut neuer Anforderungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (staatliche Antrags-Leistungen, Arbeitssuche und Betriebswechsel, Anschaffungen). Das sind nicht nur Anpassungsprobleme: Arbeitsmarkt-Fluktuation und räumliche Mobilität sind unverändert hoch. Das Mißtrauen gegen die neuen Beratungsinstitutionen ist groß, sodaß sie nur zum Teil angenommen und zumindest ergänzt werden durch Beratung im Familienkreis und unter Freunden und Bekannten.

Eine präzise Budgetierung der Veränderungen von Eigen- und Netzwerkleistungen ist nicht mehr möglich. Nach Zeitbudget-Untersuchungen sind die Aufwände für Hauswirtschaft, Personenbetreuung, Gartenarbeit und Ehrenämter von 1985-90 für Frauen von täglich 4:56 auf 4:18 Std., für Männer von 3:00 auf 2:35 gesunken, wobei ehrenamtliche Aktivität 1990 fast verschwunden ist (Fiebiger, 1993) - dies ganz im Gegensatz zu unserem sample, ansonsten entsprechen die Daten für 1990 ziemlich genau unseren Erhebungen im ländlich-kleinstädtischen Gebiet (Neef, 1993).

- Der Polarisierungs-Sichtweise entsprechen diese Entwicklungen überhaupt nicht. Hohe informelle Potentiale könnten sich danach erst aus dem Aufbau stabiler Doppelverdiener-Positionen und aus gewachsenem Besitzstand (v.a. Eigenheimen) ergeben - wir fanden sie aber auch bei Haushalten mit niedrigen Einkommen und Besitzstand und Arbeitslosigkeit, die z.T. aber auch sehr wenig leisteten; Doppelverdiener-Haushalte mit hohem Einkommen erbringen teils viel, teils wenig Eigen- und Netzwerkarbeit. Selbst der Zugang zu einem Stück Gartenland - im ländlich-kleinstädtischen Gebiet bei 10 von 11 Haushalten, im großstädtischen bei der Mehrheit - führt nicht automatisch zu hoher Eigenleistung.
- Die Modernisierungsthese würde aus dem Wegfall der "Mangelwirtschaft" (Kornal, 1980) einen krassen Rückgang von Eigen- und Netzwerkleistungen ableiten, denn wachsende Einkommen ermöglichen mehr Konsum in einem immer umfassenderen und differenzierteren Marktangebot an Waren und Dienstleistungen. Die von uns beobachteten Rückgänge informeller Leistungen bestätigen dies. Allerdings sind diese nicht schlicht als Residuen vormoderner Subsistenzwirtschaft im Verschwinden begriffen - sie werden vielmehr, auf etwas verringertem Niveau, quer durch die Einkommensgruppen gepflegt, und zwar mehrheitlich nicht als individuelles Hobby, sondern als Bestandteil einer sozialen Kultur.
- In feministischer Sicht werden in dem Maße, in dem Frauen aus dem Erwerbsbereich abgedrängt und entsprechende öffentliche Leistungen (Kinderbezogene Einrichtungen, Rechte und Transferleistungen) reduziert werden, Eigen- und Netzwerkarbeit von Frauen zunehmen, während die aus der DDR überkommene schwache Beteiligung von Männern an informellen Leistungen gering bleibe. Dies wird von unseren Erkenntnissen weitgehend bestätigt: Frauen leisten mehr Eigen- und Netzwerkarbeit und werden doppelt so häufig entlassen als Männer; die Männer - freilich auch etliche erwerbstätige Frauen - fühlen sich von Erwerbsarbeit stärker gefordert, sodaß ihnen für Eigenarbeit "weniger Zeit" bleibt. Tatsächlich haben nach einer anderen Untersuchung gerade die Haushalte mit arbeitslosen Frauen die höchste Aktivität in Hausarbeit, Kinderbetreuung und sozialem Netzwerk,

während Haushalte mit arbeitslosen Männern zu sozialer Isolation tendieren (Schröder, 1992). Aber: es gibt Haushalte, in denen Mann und Frau bei gleichem Erwerbsstatus fast gleichviel Zeit für Eigen- und Netzwerkarbeit verwenden, und es gibt Männer, die hierfür weit mehr Zeit aufwenden als der Durchschnitt der Frauen.

- Unsere eigene These über die Beharrungskraft von Beziehungssystemen hätte ein gleichbleibend hohes Ausmaß von Eigen- und Netzwerkarbeit und ein Fortleben der damit verbundenen Sozialbeziehungen erwarten lassen. Das gilt aber nur teilweise: soweit Beziehungsnetze und Eigenarbeit nur der Beschaffung von Mangeleistungen dienen, wurden sie reduziert und durch Kauf von Waren und Dienstleistungen ersetzt. Erhöhte Sparsamkeit motiviert freilich zur Fortführung vieler Arbeiten. Sehr deutlich haben Haushalte mit ausgedehnten sozialen Kontakten und Verflechtungen ein besonders hohes Maß an Eigen- und Netzwerkleistungen; das ist stärker der Fall bei Vorruehständern und Rentnern, deren entsprechende Leistungen sich seit der Wende teilweise erhöht haben - bei Arbeitslosen sanken sie eher. Aber die Zahl und Häufigkeit sozialer Kontakte ist bei der Mehrheit zurückgegangen, insbesondere der "weitere Kreis" ist stark reduziert - und daß dies v.a. bei den Älteren der Fall ist, läßt sich nicht mit Habitus erklären. Insgesamt sind Eigen- und Netzwerkleistungen stärker "privatisiert", da Netzwerkaustausch zurückging, sodaß eigene Ressourcen (Haus und Garten, Geräte, Qualifikationen) eine größere Bedeutung haben.

5. Zur Entwicklung von Sozialbeziehungen

Vielorts beobachtet wurde die rasche Auflösung des Beziehungs- und Kommunikationsgeflechts um die Betriebe herum. Zu einem Teil erklärt sie sich aus der unerhörten Fluktuation: schon bis Ende 1991 waren 40% der Belegschaften ausgetauscht gewesen (DIW 15/ 1992), und die Tendenz zur Ersetzung leistungsschwächerer und älterer Beschäftigter durch jüngere leistungstärkere hält an (Kronauer/ Vogel, 1993). Die Geschwindigkeit, mit der sich offenbar auch unter alten ArbeitskollegInnen die Beziehungen gelöst haben, deutet darauf hin, daß es sich in den Betrieben um "Notsolidarität" handelte, die mit Entfallen ihrer materiellen und strukturellen Basis rasch geopfert wurde (Rottenburg, 1991). Eine Tendenz zum Rückzug insbesondere Älterer und Arbeitsloser, weg vom Kreis der Arbeitskollegen in die Häuslichkeit und einen engen Freundeskreis, fiel nicht nur uns auf (Hofmann/ Rink, 1993; Schweigel u.a., 1992). Allerdings kommen auch regelmäßige Treffen ehemaliger Arbeitskollegen vor.

Der Wegfall von Kommunikationsanlässen durch geringere Nutzung von Freizeit- und Kultureinrichtungen, v.a. bei Menschen der mittleren und älteren Generation, geschah nicht nur aus Sparsamkeit, sondern ist Teil eines verbreiteten Rückzugs gerade der Älteren in einen engeren Kreis von Freunden und Verwandten. Bei Jüngeren war dies weniger der Fall.

Aus diesen Gründen: Ende der Mangelversorgung, Verlust guter Kontakte zu Arbeitskollegen, Rückgang von Kommunikationsmöglichkeiten in der Freizeit - ist anzunehmen, daß die weiteren Beziehungsnetze kleiner oder dünner werden; Völker u.a. (1992) sprechen von "Lockerung der Bindungen" bei 2/3 ihrer Befragten bei Fortbestand von "Core-Netzwerken, (der) stabilen Struktur in den Beziehungen" (sie postulieren seltsamerweise eine Ausdehnung von Netzwerken und eine Zunahme lockerer Bindungen, wofür sie den Nachweis schuldig bleiben). Der enge Freundes- und Verwandtenkreis ist aber bei den meisten nicht kleiner geworden. Die Entwertung von Arbeits- und Alltagsqualifikationen, der Import eines neuen gesellschaftlichen Rege-

lungssystems und die Verunsicherung der sozialen Lage der Bevölkerungsmehrheit haben den Bedarf an gegenseitiger sozialer Hilfe und an Besprechung ständig auftauchender neuer Verhaltensanforderungen erhöht. Vielfach wurde von den Befragten betont, daß es "wichtiger denn je (sei), Vertrauenspersonen zu haben". In dieser Hinsicht wurden für unsere Befragten v.a. der mittleren und älteren Generation die alten sozialen Beziehungsnetze aufgewertet - neue enge Freundschaften sind seit 1989 selten entstanden.

Viele Befragte behaupteten zunächst, ihre Beziehungen zu Anderen seien unverändert - bei näherem Nachfragen zeigte sich aber, daß fast alle Kontakte seltener und kürzer wurden, wobei häufig gesagt wurde, das Zusammensein sei aber intensiver geworden. Vorwiegend Ältere betonten, daß man sich mehr gegeneinander abschleife, Jüngere nutzen eher die neuen Aktivitätsmöglichkeiten ohne staatliche Gängelung, um ihre sozialen Kontakte zu erweitern. Die einen suchen bewußt alte Bindungen festzuhalten, die Kontakte wurden mangels Zeit und "Stimmung" seltener, aber intensiver. Andere wählen Freunde und Verwandte bewußter aus und grenzen sich heute stärker ab gegen andere Haltungen und Meinungen, als es früher der Fall war. Fast alle äußerten das Gefühl einer neu aufgetretenen Zeitknappheit in allen Lebensbereichen, welche Zusammensein, Gespräche, Feiern beschnelde - objektiv ließ sich das nicht klären (jedenfalls mußte für Lebensnotwendigkeiten nicht mehr Zeit aufgewandt werden, als es in westdeutschen Haushalten der Fall ist - vgl. Cécora, 1991, 83ff.). Wahrscheinlich resultiert das Gefühl eher aus dem Druck, völlig neuen Existenz- und Alltags-Anforderungen genügen zu müssen.

Es fällt schwer, den Sozialbeziehungen Entwicklungstheorien zuzuordnen, da diese allesamt auf struktureller Ebene, nicht auf Verhaltensebene ansetzen. Für die Modernisierungstheorie mag die größere Selektivität in der Nutzung von Dienstleistungen und in der Auswahl von Freunden bei Jüngeren sprechen; für die Polarisierungstheorie die Ausdünnung der Beziehungen von Vorruehständern und Arbeitslosen zu Erwerbstätigen. Aber der beachtliche Umfang auch letzterer Beziehungen, und v.a. das Überdauern und die teilweise Umdeutung alter Sozialbeziehungen (im Sinne gegenseitiger sozialer Hilfe) bestärken hauptsächlich unsere eigene Behauptung der Habitualisierung von Beziehungsnetzen. Wir waren ursprünglich mit der These in das Projekt gegangen, in Ostdeutschland werde sich eine eigenständige Qualität informeller Hilfe und Sozialbeziehungen entwickeln - die erwähnten Auflösungstendenzen haben uns eher skeptischer gemacht.

Literatur

- Böhme, Irene, 1982: Die da drüben. Berlin: Rotbuch
- Bourdieu, Pierre, 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Soziale Ungleichheiten. Hrsg. R. Kreckel. Göttingen (Soziale Welt, Sonderband 2) 1983
- Cécora, James, 1991: The Role of 'Informal' Activity in Household Economic Behaviour. Berlin: Duncker & Humblot
- DIW: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung - Wochenberichte
- Fiebiger, Hilde, 1992: Zeitverwendung ausgewählter Personengruppen in der ehemaligen DDR 1974 bis 1990. In: Wirtschaft und Statistik 5, 318-325
- Hofmann, Michael; Rink, Dieter, 1993: Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitsmilieus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26-27, 29-36

- Gelfler, Rainer, 1992: Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Gutberger, Jörg; Neef, Rainer, 1993: Versorgungsstrategien in einem ehemaligen DDR-Grenzgebiet. In: Problemstart - Politischer und sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. Hrsg. R. Hoffmann u.a. Köln: Bund Verlag 1993
- Kornal, Janos, 1980: Economics of Shortage. Amsterdam
- Krause, Peter, 1992: Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 49, 3-17
- Kronauer, Martin; Vogel, Berthold, 1993: Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. Erste empirische Befunde zu Entwicklungstendenzen und Arbeitslosigkeitserfahrungen in den neuen Bundesländern. Zwischenbericht an die DFG. Göttingen: SOFI
- Manz, Günter, 1990: Schattenwirtschaft in der DDR. In: Wirtschaftswissenschaft 38, 221-229
- Münnich, Margot, 1993: Einkommen und Verbrauch von Angestellten- und Arbeiterhaushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost. In: Wirtschaft und Statistik 9, 682-690
- Neef, Rainer, 1993: Use of time as a resource in 'coping strategies' of Eastern German Households. In: Economic Behaviour of Family Households in an International Context. Bonn: FAA
- Ostner, Ilona: Prekäre Subsidiarität und partielle Individualisierung. In: Die Moderne. Hg. J. Berger. Göttingen: Soziale Welt, Sonderband 4
- Pahl, Raymond E., 1984: Divisions of Labour. Oxford: Blackwell
- Pahl, Raymond E., 1990: Verteilungswirkungen informeller Arbeit. In: Formen der Eigenarbeit. Hrsg. R.G. Heinze/ C. Offe. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Parsons, Talcott, 1972: Das System moderner Gesellschaften. München: Juventa
- Rottenburg, Richard, 1991: "Der Sozialismus braucht den ganzen Menschen". In: Zeitschr. f. Soziol. 4, 305-322
- Schröder, Antonius, 1992: Transformationsbedingte Veränderungen im Stellenwert von Erwerbstätigkeit, Haushalt und Familie in den neuen Bundesländern. Ms. Köln: Forschungsstelle für empirische Sozialökonomie
- Schweigel, Kerstin; Astrid Segert; Irene Zierke, 1992: Alter Wein in neuen Schläuchen? Lebensstil- und Milieuforschung in Ostdeutschland. In: Abbruch und Aufbruch. Hg. M. Thomas. Berlin: Akademie-Verlag
- Srubar, Ilja, 1991: War der reale Sozialismus modern? In: Kölner Zeitschr. f. Soziologie und Sozialpsychologie 3, 415-432
- Strützel, Dieter, 1991: Lebensweise als Forschungsansatz. In: In der DDR leben. Hg. G. Riege/ G. Meyer. Jena: Universitätsverlag
- Völker, Beate; Kurt Mühler; Henk Flap, 1992: Netzwerkanalyse: mehr als eine Methode. In: Kultursoziologie 4, 38-50
- Voskamp, Ulrich; Wittke, Volker, 1991: Aus Modernisierungsblockaden werden Abwärtsspiralen - Zur Reorganisation von Betrieben und Kombinat in der ehemaligen DDR. In: Berliner Journal für Soziologie 1, 17-39
- Zapf, Wolfgang, 1991: Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. In: Experiment Vereinigung. Hg. B. Giesen/ C. Leggewie. Berlin: Rotbuch

urbi et orbi. Stadtforschungen
Ein Bericht aus Frankfurt am Main von Walter Prigge

Vorgetragen Sektionssitzung Hamburg 11/93

Thema ist urbi et orbi, Stadt und Welt - und es ist nicht zufällig, daß wir in Frankfurt Produktion und Problematik einer neuen Form von Räumlichkeit erforscht und theoretisiert haben. Wir, das sind der Architekt DW Dreyse und der Soziologe Frank Herterich, die Städtebau in Form von Wettbewerben, Beratungen und multikulturellen Beiträgen treiben; Peter Lieser, Raumplaner und Geschäftsführer des Frankfurter GrünGürtels; Walter Prigge, Soziologe und Diskurspraktiker des Städtischen; Roger Keil, Politologe und angehender Hochschullehrer in Toronto, und in letzter Zeit assoziiert Klaus Ronneberger, Kulturanthropologe und Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung; für lange Zeit Hannelore Schneider, Soziologin und grüne Abgeordnete im Umlandverband Frankfurt, sowie temporäre Mitglieder (wie Margit Mayer und Winfried Hamann in ihren Frankfurter Zeiten): Als Gruppe urbi et orbi interagierten sie zusammenarbeitsteilig zwischen Wissenschaft, Planung, Politik und städtischer Öffentlichkeit. In Frankfurt am Main: Eine neue Form von globaler Urbanität, die mit den internationalen ökonomischen und kulturellen Beziehungen dieser Stadt verbunden ist - eine Art weltstädtischer Globalität, die die Geographie, den Begriff und die Realität dieser Stadt in Raum, Bild und Diskurs verändert hat. Ein neuer Typ des Städtischen also, der vor Augen steht in neuen Bildern; der zumutet, in alltäglichen Räumen ge- und erlebt zu werden; und der andere Repräsentationen in Wissenschaft, Politik und Kultur erfordert. Davon wird berichtet: über acht Räume des Städtischen, in denen wir uns bewegt haben - analysierend, theoretisierend und praktisch-politisch, also die Widersprüche zwischen diesen Räumen diskursivierend. Analysen, Diskurse und praktische Projekte, ohne ein Partoprogramm daraus zu machen, jedoch mit grünroter Zuspitzung: Wir waren auch Akteure, nicht nur wissenschaftliche Spezialisten des Städtischen, sondern auch städtische Intellektuelle in der politischen Kultur Frankfurts, wo Urbanität und Intellektualität ein besonderes Verhältnis haben. Zudem sind Stadtsoziologen enger mit der eigenen Stadt verknüpft: Die jeweilige Stadt ist nicht nur oft Gegenstand, sondern in der Zugehörigkeit zu den urbanen Milieus auch genuines Aktionsfeld - insofern stellt sich für Stadt-Soziologen einer reflexiven Soziologie, die intermediär agiert. Soweit der Dogen der Argumentation - reflektierend als Tätigkeitsbericht angelegt, sozusagen Endbericht, weil es das Wir in meiner Rede nach zehn Jahren Diskurs und Praxis des Städtischen nicht mehr gibt. International, urban und politisch waren Denken und Handeln, deshalb gruppieren sich die acht Räume thesenartig um das Globale, das Städtische und das Lokale.

Und schließlich zeigt sich ideologisch-kulturell, daß keineswegs vom Ende des Nationalen Raumes die Rede sein kann. In dem Augenblick, in dem sich politisch und ökonomisch globale Tendenzen durchsetzen, beobachten wir wiederum einen nationalistischen Schub, der sich wie eh und je auf die ewige Zeit und Kultur des nationalen Raumes beruft; das Nationale wird also fortgesetzt mit Geschichte und Territorium artikuliert - bis hin zu rassistischen Diskursen wie etwa der natürlichen Volksgemeinschaft, die auf Blut gegründet ist (vgl. die Einwanderungsproblematik). Rassismus hat es immer gegeben, solange es den Nationalstaat gibt; man wird ihn nicht durch die Unterordnung der Nation unter die universale Ordnung des Globalen, also durch Entschwinden des Nationalen, sondern dadurch erklären müssen, daß der nationale Raum politisch, ökonomisch und kulturell durch Globalisierungsprozesse überlagert wird und in dieser Transformation erneut Nationalismen hervorruft. Man wird sich also beim Thema Globalisierung weit mehr als bisher mit dem nationalen Raum und dessen ökonomische Strukturen, politische Materialitäten und kulturelle Formen interessieren müssen. Eine Form des nationalen Raumes scheint in besonderem Maße - sozusagen unterhalb der nationalen Raumordnung und gleichsam autonom davon - internationale Beziehungen einzugehen: Regionen.

Regionaler Raum

Viele Diagnosen gehen davon aus, daß der nationale Raum - und damit auch ein Teil der nationalen Identitätsbildungen - durch die Entwicklung städtischer Regionen restrukturiert wird: städtische Regionen im Sinne von Knotenpunkten des ökonomischen und kulturellen Netzes internationaler Arbeitsteilung. Einiges spricht dafür, daß sich städtische Regionen als die gegenwärtig entscheidenden Räume von ökonomischer Globalisierung etabliert haben - obwohl sie oder vielmehr gerade weil sie nicht politisch organisiert, also nicht staatlich verfaßt sind und auch ihre Kultur weder vom Territorium noch von der Geschichte, also nationalstaatlich geformt sind. Diese gegenwärtige Regionalisierung gesellschaftlicher Beziehungen ist oft historisch erklärt worden, als ungleichzeitige oder ungleichmäßige Entwicklung. Dahinter stand unausgesprochen die Vorstellung eines einheitlichen Entwicklungstyps (homogenisierender Fordismus), in den sich Regionen integrieren mußten. Man muß hier mehr als bisher dazu übergehen, diese Entwicklung von Regionen "räumlich", d.h. nicht geographisch sondern struktural zu erklären; in den städtischen Regionen kann das Prinzip der Globalisierung am deutlichsten gezeigt werden: daß vertikale, also globale Beziehungen von Ökonomie und Kultur unmittelbar durchschlagen (so daß eine Region wie Frankfurt-Rhein-Main z.B. mit Messe, Banken, Flughafen etc. eine räumliche Superstruktur aufweist, die unmittelbar international determiniert ist); und daß andererseits die horizontalen Verflechtungen gesellschaftlicher Praxis in diesen Regionen überdeterminiert sind, wodurch diese horizontalen Beziehungen in eine neue Ordnung des Lokalen gebracht werden. Sie werden nicht aufgelöst, sondern im Gegenteil reetabliert (die Aktualität des Lokalen für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Restrukturierungen). Man wird in der regionalen Analyse also mehr struktural als historisch argumentieren müssen: weil das Prinzip der globalen

Es geht hier um die Strukturprinzipien von gesellschaftlichen Räumen und Zeiten: vertikale Überlagerung und horizontale Verflechtung von Räumen und Zeiten. Globalität als fortgeschrittener Typ der gesellschaftlichen Organisation von Raum und Zeit, der strukturelle Ansätze der Analyse ihrer Beziehungen erfordert (Raum und Zeit als Beziehungsbegriffe).

Internationaler Raum

Zu fragen ist, ob diejenigen Aspekte, die gegenwärtig politisch, ökonomisch und kulturell mit Globalität artikuliert werden, eine neue Form nicht mehr bloß inter-nationaler, sondern transnationaler Regulation anzeigen: ob Globalisierung also eine neue Stufe der internationalen Arbeitsteilung und ihrer Vergesellschaftung kennzeichnet. Geht man bei der Bestimmung von Globalität von der historisch dominanten Form, also der internationalen Formation Fordismus aus, so müssen die seit einem Jahrzehnt diskutierten Restrukturierungen dieser Formation auf ihre ökonomischen, politischen und kulturellen Qualitäten befragt werden. Dieses sollte geschehen auf der Ebene des nationalen Raumes.

Nationaler Raum

Denn fest steht, daß es ausschließlich nationale Integrationsweisen in die internationale Formation Fordismus gegeben hat und daß auch gegenwärtig unterschiedliche nationale Entwicklungspfade der Reproduktion oder Transformation der fordistischen Gesellschaftsformation existieren. Gegen die These, daß sich das Nationale im Zuge fortschreitender Internationalisierung aufzulösen begänne, wären vielmehr intensiver als bisher Staat und Nation politisch-soziologisch zu thematisieren. Politisch ist das die Existenz von Verhandlungspraktiken im internationalen Raum des Systems von Nationalstaaten, die sich, beziehungsweise deren Inhalte sich zunehmend globalisieren; ein deutliches Beispiel dafür ist die Ökologiedebatte der 80er Jahre, als neues internationales Thema, das im Laufe der Diskussion globalisiert wurde. In der politischen Wirklichkeit der Nationen ist jedoch noch immer die nationale Materialität entscheidend, also die spezifische Form der nationalen Staatsapparate: Denn noch müssen die meisten aller alltäglichen Tatsachen durch diese nationale Materialität politisch vermittelt und im staatlichen System nationaler Apparate reguliert werden - z.B. die hier interessierenden nationalen Regulierungen Wohnungs-politik, Sozialpolitik, Stadt- und Raumpolitiken... ökonomisch sind die Integrationsweisen der Volkswirtschaften in den Weltmarkt ebenso national reguliert. Denn noch hängt es immer noch von den nationalen und staatlich regulierten Formen des Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit ab, ob der Weg aus dem Fordismus eher neotayloristisch (also rigide Arbeitbeziehungen) oder eher postfordistisch (also durch Verhandlungen und Einbindungen) bewerkstelligt wird.

Überlagerung gesellschaftlicher Praxen die Wirklichkeit der Region viel deutlicher prägt, das heißt strukturbildend ist, als es z.B. im nationalen und internationalen Raum der Fall ist - beides sind eher Räume der institutionellen Verflechtung, die durch die Analyse ihrer Rhythmen, also historisch zu erklären sind. Der Punkt der Abgrenzung: Internationalität ist durch die nationalen Rhythmen vermittelt - während Globalität eine transnationale Qualität kennzeichnet, deren genuiner Raum das Städtische ist.

St ä d t i s c h e s

Die These lautet, daß sich das Städtische (in der Form städtischer Regionen vom Typ Frankfurt-Rhein-Main) ökonomisch und kulturell als Knotenpunkte globaler Formation etabliert hat und daß damit das Städtische die Episteme gegenwärtiger Gesellschaft darstellt - darstellen im strikten Sinne: das Städtische ist die Bedingung der Möglichkeit der Erkenntnis von Gesellschaft heute, hier erscheint ihre gegenwärtige Wahrheit. Das Städtische ist also eher im gesellschaftstheoretischen Horizont zu verorten, weniger ein Begriff der Stadtsoziologie. Das Städtische meint nicht Stadt im empirischen Sinne; die empirische Erkenntnis von Städten gibt noch nicht die Erkenntnis der Gesellschaft - sowie die empirische Analyse der Fabrik noch nicht die Wahrheit der industriellen Gesellschaft lieferte. These ist also, nach Lefebvre: Das Städtische löst tendenziell das Industrielle als dominante Formbestimmung gesellschaftlicher Prozesse ab. Man muß sich bei der Analyse heutiger Gesellschaft für die Formen des Städtischen interessieren - und hier hat die Stadtsoziologie ihre wichtige Aufgabe. Mehr noch: Sie selbst findet erst über die Analyse des Städtischen erneut einen Zugang zur Gesellschaftstheorie. Man kann sich also aus unterschiedlichen Gründen mit städtischen Räumen beschäftigen - für die Stadtsoziologie ist die Reflexion des Städtischen von existentieller Bedeutung, will sie nicht Bindestrichsoziologie bleiben.

Quintärer Raum

Ökonomisch ist das Städtische der quintäre Raum. In den städtischen Regionen - und nur hier - wird die Überlagerung aller ökonomischen Sektoren (von der Seite der Arbeit her gedacht) greifbar; also Landwirtschaft, Produktion, Dienstleistung und: quartärer Sektor als Verbindung von Dienstleistung, Informationstechnologie und Kulturproduktion sowie der quintäre Sektor, Hausarbeit, Schattenwirtschaft, Hobbyökonomie etc., also produktive Tätigkeiten, die nicht marktförmig im Sinne von Lohnarbeit organisiert sind. Stadt- und industriesoziologisch wird man empirisch einzelne Städte auf die jeweilige Überlagerung und Verflechtung dieser Sektoren befragen, um die spezifische ökonomische Struktur der Stadt zu analysieren und die jeweilige Ausdifferenzierung ihrer Heterogenität zu deuten. Wie immer auch problematisch die Redeweise vom tertiären Sektor ist (in dem heute statistisch fast alles außer handwerklicher Produktion

verschwindet und entsprechend zur Dienstleistungsgesellschaft hochgerechnet wird): das Interesse wird sich vielmehr auf den 4. und 5. Sektor richten, da die städtische Ökonomie weit mehr durch das Nebeneinander und die Überlagerungen dieser Sektoren bestimmt wird als durch "Dienstleistungen". Diese sind ökonomisch durch ihre Nähe und Ferne zum Produktionsprozeß zu bestimmen; das in städtischen Räumen dominante Finanzkapital z.B. finanziert die aus den städtischen Regionen in ehemals periphere Räume der Weltwirtschaft ausgelagerten industriellen (Massen)-Produktionen - hat also einen genuinen Zusammenhang zum kapitalistischen Re-Produktionsprozeß, der als ganzer jedoch nicht mehr im Städtischen erscheint. Wenig erinnert hier noch daran, daß in dieser Gesellschaft überhaupt noch produziert wird: Anschauungsverlust der industriellen Kultur, die noch einen homogenen Raum formierte.

Raum der Lebensstile

Kulturell ist das Städtische der differentielle Raum der Lebensformen. Modernisierung und Marginalisierung, Gentrifizierung und Kulturalisierung von Differenz lauten die Stichworte für die empirische Realität soziologischer Prozesse im Städtischen. Die in den 80er Jahren transformierte Stadt-Kultur etablierte Differenzen in der Sozialstruktur, die kulturell codiert wird als Individualisierung, Stilisierung und Pluralisierung; Modernisierung also als soziale und räumliche Differenzierung eines heterogenen Raumes: Gesellschaftliche Unterschiede als natürliche Gegensätze des sozialen System zu akzeptieren war das Credo der 80er Jahre - jeder sollte in seiner gesellschaftlichen Position bleiben, in die er durch Markt, Staat und Kultur einsortiert worden war.

Zitadelle und Getto als Muster der Global-City-Struktur sind real geworden; der Raum der Lebensstile ist polarisiert und produziert neue Formen der Repräsentation, z.B. immer wieder gezeigt an den Architekturen der City, den innerstädtischen, also zentralen Gettos, den gentryfizierten Stadtvierteln sowie den peripheren Lebensweisen am Rande, also den Neuen Heimaten am Stadtrand und in der transitorischen Zone zwischen Stadt und Region. Die sozialräumliche Staffelung des Städtischen folgt noch dem Muster vom Zentrum und Peripherie - jedoch nicht mehr nach den kreisförmigen Modellen der Sozialökologie, die auf die industrielle Stadt bezogen waren: Zitadelle und Getto liegen heute zentral und nebeneinander, und es gibt zunehmend Wachstumskerne (auch bereits Headquarter des tertiären und industriellen Distrikte des quartären Sektors) in der transitorischen Zone. Die städtischen Räume werden hierarchisiert und im Verhältnis von Zentrum und Peripherie neu besetzt (global - lokal). Was die Analyse dieser ökonomischen und soziokulturellen Räume des Städtischen betrifft, so scheinen empirische Stadt- und Industriesoziologie weiter entwickelt zu sein als die Theorie des Städtischen überhaupt; umso erstaunlicher ist, daß die gesellschaftstheoretische Verortung der empirischen Analysen unter dem Begriff des Städtischen so viel Widerstand bietet. Man muß ja nicht die revolutionstheoretischen oder totalisierenden Tendenzen jener These von Lefebvre teilen, wenn die empirischen Ergebnisse im Lichte von Theorie erst zur Erkenntnis verarbeitet werden müssen. Der Kern dieser These jedenfalls hat Bestand und

wird im Blick auf die Empirie auch verifiziert: Das Städtische ist tatsächlich die Episteme der global determinierten Gesellschaftsformation und löst damit das Industrielle in dieser Hinsicht ab. Heterogenität und Differenz sind - neben dem Prinzip der globalen Überlagerung - die entscheidenden ökonomischen und kulturellen Dimensionen von gegenwärtiger Gesellschaft, die sich im Städtischen darstellen.

Die Politik des Städtischen, Stadtpolitik als konkrete Gesellschaftspolitik, ist konfrontiert mit dem globalisierten Verhältnis von Ökonomie und Kultur und muß dieses verarbeiten. Der politische Raum des Städtischen ist das Lokale, das in politisierter Form drei Aspekte hat: Reflexivität, Vermittlung und Intervention.

L o k a l e s

Ideologischer Raum

Die Ausgangsfrage in der diskursiven Dimension des Städtischen lautet: Welche Räume repräsentieren das Städtische? Sind es die Architekturen der City und die urbanistischen Diskurse, sind es die Raumbilder des Sozialen, sind es die Museumsräume oder die Sprechweisen von der Metropole im Diskurs von Globalität? Gehen wir vom herrschenden stadtpolitischen Diskurs aus, so haben wir die aktuellen Ideologien des Städtischen, die sich oppositionell artikulieren: Metropole/Provinz, Ökonomie/Ökologie, global/lokal, Soziales/Kulturelles etc.. In der Form dieser Oppositionen reagiert der stadtpolitische Diskurs im ideologischen Raum auf die in den unterschiedlichen Lebensformen des Städtischen existierenden sozialen Gegensätze und Widersprüche und versucht diese zu vermitteln. Sie sind in gewissen Maße realistisch, insofern sich Ideologien immer auf die Wirklichkeit beziehen: Ideologien koordinieren den Alltag mit Wissenschaft, Politik und Kultur. Das gibt den Ideologien bekanntlich eine materielle Existenz, die sich empirisch im Alltagshandeln wiederfinden läßt: Ich kann mich wahlweise metropolitane oder provinzielle, global oder lokal etc. verhalten. Diskurse sind also materielle Praxen im sozialen Raum - soziale Lebensweisen und soziale Positionen werden durch diskursive Positionen im ideologischen Raum repräsentiert. Raum ist hier nicht metaphorisch gemeint - Repräsentation ist materiell: gehe ich ins Museum, Bürgerhaus oder ins Cafe, verhalte ich mich unterschiedlich zur Kultur; arbeite ich in der City, agiere ich global; wohne ich im Gründerzeitviertel, bin ich Teil der Gentrifizierung etc...

Konzeptiver Raum

Der konzeptiven Raum charakterisiert die Art und Weise, wie das Städtische formiert und mittels spezieller Techniken konzipiert wird. Im konzeptiven Raum geht es um das Wissen vom Globalen und Lokalen und die entsprechenden urbanistischen Disziplinen - wie etwa Architektur, Planung, Ästhetik, Kulturpolitik, welche die Globalisierung ökonomisch und kulturell formieren. Nehmen wir

wieder die dominanteste Opposition global/lokal, so wird man sich für die Spezialisten des Städtischen im mehrfachen Weise interessieren.

Einerseits also die global orientierten Schichten in der städtischen Vergesellschaftung, die Globalität ökonomisch herstellen und daher auch über ein bestimmtes Wissen verfügen: Yuppies und technologischen Kader der Informations- und Kommunikationsindustrien des quartären Sektors. Zu diesen global orientierten Professionellen gehören vor allem auch diejenigen, welche die Kultur der Globalität herstellen: globale Intellektuelle, die an Weltkulturen interessiert sind und nicht an der Kultur des Ortes selbst; Urbanisten, Architekten und Designer, welche die Zitadellen konzipieren, sowie die global orientierten Kulturarbeiter, welche die Zitadellenkulturen formieren. Andererseits die lokalen Spezialisten des Städtischen, die im Ort selbst verankert sind und daher auch über intime Kenntnisse des Ortes verfügen: von den lokalen Experten in der kleinen Kommunalpolitik über Naturschützer, Stadtteilhistoriker, Stadt- und Umweltpfleger bis hin zu Streetworkern und Sozialarbeitern, die alle im lokalen Milieu institutionell oder korporatistisch verankert sind.

Auf je spezifische Weise arbeiten diese Fraktionen von Spezialisten des Städtischen an der Formierung des Städtischen, sind zugleich Akteure und Produzenten gegensätzlicher städtischer Lebensweisen - im Widerspruch von Globalem und Lokalem, der erst durch intermediäre Praxis bewegt wird.

Intermediärer Raum

Hier geht es, um mit Beck zu reden, um das "Und", also Reflexion und Vermittlung eines Dritten - konkret in der Form einer neuen Planungskultur und Stadtpolitik zwischen global und lokal, zwischen Konflikt und Konsens, zwischen horizontalen Verflechtungen in der Ortspolitik der kleinen Kommunalpolitik und den vertikalen Überlagerungen globaler Dimensionen in der zentralistischen Ebene der Rathauspolitiken. Es geht hier also nicht um Kommunalpolitik, sondern um Stadtpolitik - Politik des Städtischen im intermediären Raum ziviler Gesellschaft. Das Kriterium solcher Politik ist der Prozeß selbst, in den reflektierend und vermittelnd interveniert werden muß. Es geht also nicht um die Ideologie-Kritik herrschender Leitbilder oder um den Entwurf alternativer Bilder, die doch nur an ihren "herrschenden" Gegensatz gebunden bleiben: der Prozeß selbst ist "leitbildend". Die Medien dieses intermediären Raumes sind also Mechanismen, die sich auf den Prozeß selbst beziehen: das Aushandeln von Gegensätzen, das Moderieren von Themen und Problemen, das Diskursivieren von Interessen, das Zivilisieren von Konflikten, das Herstellen symmetrischer Beziehungen von Macht und von sozialen Allianzen. Mit einem Wort: In dieser Sphäre intermediärer Praxis geht es um die Reflexivität ziviler Gesellschaft. Städtische Politik hat also keinen festen Ort, ohne damit u-topisch zu sein; sie bezeichnet ein Bündel intermediärer Verfahren in der Organisation von Prozessen, die in den Regelmechanismus kommunaler Politik interveniert und die Probleme der sich durchsetzenden globalen Macht reflexiv als Probleme des konkreten Ortes artikuliert und auf ihn verpflichtet: Dann wird dieser Ort zu recht Stadt genannt werden können.

Klaus M Schmals

Thesen und Fragen zur

"Qualität der Lehre"

in Dortmund anlässlich der Herbsttagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in der DGS vom 26. bis 27. November 1993 an der Universität Hamburg.

1. Ändert sich gegenwärtig die Präsenz der Soziologie an deutschen Hochschulen?

Planungs-(Stadt- und Regional-)Soziologie wird am Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund in Lehre, Projektstudium und Forschung offensiv vertreten. Dies vor folgendem Hintergrund: Ich meine einen Trend zu beobachten, wonach sich seit einiger Zeit die Präsenz der (Planungs-)Soziologie an deutschen Hochschulen wandelt, ihre Rolle zunehmend peripherisiert, trivialisiert, beschneidet, ihre Existenz oftmals zu schnell hochschulpolitischen oder abteilungsinternen Sachzwängen geopfert und dann von Nachbardisziplinen aufgesogen wird. An ihre Stelle tritt dann vielfach ein populistisches Kunstprodukt gebildet durch oftmals unhinterfragte familienzentrierte, ökonomistische, technokratisch-instrumentelle und politisch-administrative Versatzstücke. Der gegenwärtige Wandel der Wertschätzung der Soziologie an den Hochschulen hängt sicher auch mit der Verfaßtheit unserer Gesellschaft zusammen. Streiten wir nicht für eine auch zukünftig starke Position der Soziologie an den Hochschulen, schwächt dies sicher auch ihre Akzeptanz und Leistungsfähigkeit in der Gesellschaft.

2. Was können RaumplanerInnen von der Soziologie lernen?

"Soziologische Grundlagen der Raumplanung" werden in Dortmund im Grund- und Hauptstudien-gang vermittelt. Im Grundstudium wird das Wechselwirkungsverhältnis von Staat, Gesellschaft, sozialen Gruppen und Individuen, gesellschaftlichen Strukturen, Prozessen und Handlungsformen im Raum disziplinär, d.h. etwa aus ökonomischer, ökologischer, systemtechnischer oder soziologischer Perspektive entfaltet. Im Hauptdiplomstudien-gang geschieht eine interdisziplinäre Vertiefung raumplanerischer Fragestellungen. Interdisziplinär meint dabei nicht einfach Fächerkombination sondern insbesondere auch die raumplanungszentrierte Öffnung der Einzelwissenschaften gegenüber dem am Fachbereich zusammengeführten disziplinären Wissen. Was könnte Soziologie in Lehre und Projektstudium der Raumplanung plausibel machen: die wechselseitige Bedingtheit von Staat und gesellschaftlichen Lebensformen im Raum, die historische Gewordenheit und damit auch zukünftige Gestaltbarkeit der Gesellschaft oder unsere Verantwortung gegenüber der gesellschaftlichen Zukunft?

3. Ist die Ausrichtung der Soziologie in Dortmund adäquat gewählt?

Planungssoziologie ist in Dortmund nicht nur historisch, theoretisch und methodisch sondern insbesondere auch praxisorientiert ausgerichtet. Sie agiert sowohl rekonstruierend, interpretierend und synthetisierend, als auch kritisierend, prognostizierend und lösungsorientiert.

4. Unterschätzt die Soziologie den Sozialen Wandel der Gesellschaft?

In historischer Hinsicht werden Fragen der Raumplanung eingebettet in theoretische Konzepte des Sozialen Wandels (Lange Wellen der räumlichen Entwicklung) diskutiert. Entlang der Begriffe Soziale Ungleichheit, Ungleichzeitigkeit der Entwicklung und Gewalt wird Sozialer Wandel weiter operationalisiert. Sozialstrukturanalysen bilden einen nächsten Schritt der Konkretion. Nicht zuletzt werden die sozialstrukturellen Ausformungen unserer Gesellschaft vor dem Hintergrund der thematischen Angebote deutscher Datenbanken (z.B. der "Laufenden Raumbewertung" bei der BfLR) diskutiert.

5. Ist der theoretische Spielräume innerhalb der Soziologie ausreichend?

In theoretischer Hinsicht pflegen wir einen pluralistischen Diskurs, der jedoch eine systematische Kritik an patriarchalen und kapitalistischen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften als Grundlage akzeptiert und ihre Veränderung impliziert. Daß dabei in den Analyse- und Interpretationsrahmen Thesen der "Frankfurter Schule" im weitesten Sinn eingehen (vgl. die "Disparitätenthese", das "unvollendete Projekt der Moderne", die "Zweite Moderne" oder die zivilgesellschaftliche Modulation unserer Zukunft) wird dabei nicht verdeckt.

6. Verliert die Soziologie durch ihr Interesse auch an qualitativen Methoden weiter an Boden an den Hochschulen?

Es ist - in Zusammenarbeit mit anderen Fachgebieten der Abteilung Raumplanung - Aufgabe des Fachgebiets "Soziologische Grundlagen der Raumplanung" Interesse für qualitative und quantitative Forschungsmethoden der Raumplanung zu wecken. Da auch an unserer Abteilung die These von der "Rechenbarkeit der Welt" machtvoll vertreten wird, ist es eines unserer Hauptanliegen, neben ausdifferenzierten quantitativen Modellen, Techniken und Verfahren auch die Notwendigkeit qualitativer (subjektzentrierter oder biographietheoretischer) Ansätze in der Raumplanung (dies auch in ihrer erkenntnistheoretischen Fundierung) plausibel zu machen.

7. Ist das gesellschaftliche Gestaltungsinteresse in der Soziologie ausreichend entwickelt?

In praxisorientierter Hinsicht werden die zentralen Bereiche des gesellschaftlichen Lebensalltags aufgegriffen und entsprechend ihrer raumplanerischen Relevanz diskutiert. Solche Bereiche sind u.a. Urbanisierung, Suburbanisierung und Reurbanisierung, Arbeit, Arbeitslosigkeit und Produktion, Familie, Geschlechterverhältnis, Wohnen und Neue Haushaltstypen, Politik, Politikverdrossenheit und Gewalt, Herrschaft, Macht und Partizipation, Mobilität, Verkehr und räumliche Segregation, Wertewandel, Kultur, Technik und Natur. Die Soziologie scheint durch die Neue Unübersichtlichkeit der Gesellschaft besonders herausgefordert zu sein, was nicht zuletzt diese Aufzählung belegt. Gelang es ihr vor dem Hintergrund der Ersten Industriellen Revolution Gestaltungsvorschläge für Konflikte, Krisen und revolutionäre Umbrüche vorzutragen, so scheint sie damit heute ernsthafte Probleme zu haben.

8. Können die Studierenden entsprechend differenzierter werdenden Interessen ausreichend betreut werden?

Die raumplanerische Auseinandersetzung mit den einzelnen inhaltlichen Themenblöcken findet in Lehre und Projektstudium - neben ihrer theoretisch-methodischen Durchdringung - in zumindest dreifacher Perspektive statt. Sie ist - dargestellt am Beispiel der Familie - zum ersten historisch orientiert (Funktionswandel der Familie und ihre Verortung), zum zweiten gegenwartsbezogen (Neue Haushaltsformen oder Wandel der Frauen- und Männerrolle sowie deren Wechselwirkung mit Infrastruktureinrichtungen) und zum dritten zukunfts- bzw. lösungsorientiert (etwa von der Zwangs- zur Wahlfamilie und ihre räumlichen Folgen). Damit wird neben der Analyse- und Interpretations- insbesondere die Handlungsorientierung der Raumplanung hervorgehoben. Um den zuletzt genannten Aspekt zu stärken, werden in Lehre und Projektstudium auch Rollenspiele, Orts erkundungen, Exkursionen, teilnehmende Beobachtungen, unterschiedliche Diskussions- und Präsentationsformen (wie Podiumsdiskussionen, Fotodokumentationen und Videoarbeiten) einbezogen, um so den Frontalunterricht zu durchbrechen. Bei gegenwärtig 170 StudienanfängerInnen ist Gruppenarbeit nur unter großem Einsatz der DozentInnen und bei guter Disziplin der Studierenden möglich. Bei unterschiedlichen Interessenschwerpunkten der Studierenden sind wechselnde Präsenzen und differenzierte Aufmerksamkeiten nicht auszuschließen. Zur Vorbereitung der Unterrichtsblöcke stehen den Studierenden mehrere Materialsammlungen zur Verfügung. Zur Nachbereitung der Lehre wurde zusammen mit den Studierenden ein "Fragebogen zur Überprüfung der Qualität der Lehre" ausgearbeitet. Die Nachbereitung der Hausarbeiten erfolgt in Einzel- und Gruppengesprächen.

9. Bemüht sich die Soziologie ausreichend um Werthaltungsfragen?

Planungssoziologie wird in Lehre und Projektstudium bewußt auch wertend vermittelt. Damit soll verdeutlicht werden, daß - nicht nur - raumplanerische Aussagen in der Regel wertend sind. Wichtig ist für uns nun, darauf zu achten, daß die raumplanerischen Analysen, Aussagen und Lösungs-

dellen zugrundeliegenden Werte als solche erkennbar, diskutierbar und entscheidbar gemacht werden. D.h., die ideologiekritische Funktion der (Planungs-)Soziologie hat bis heute nichts von ihrer gesellschaftlichen Relevanz eingebüßt.

10. Wie engagiert gehen wir mit dem "Prinzip der Verantwortung" in der Raumplanung um?

Der Zusammenhang von Raumplanung und Ethik ist auch den Mitgliedern unseres Fachbereichs erneut bewußt geworden. Dies insbesondere, weil bisher stabil geglaubte Normen, Werte, Deutungsmuster und Moralsysteme brüchig geworden sind. Auch für Studierende wird es wieder zunehmend wichtig, sich der Grundlagen ihres auf die gesellschaftliche Zukunft gerichteten Handelns zu versichern. Wie diesbezüglich in unserer Gesellschaft ein/e Fachmann/frau und/oder eine Privatperson eine "vernünftige Position" entwickeln kann, gerät für immer mehr Mitglieder unserer Abteilung ins Zentrum ihres Interesse. Auch die Soziologie ist deshalb aufgerufen, sich über ethische Grundlagen der Raumplanung Gedanken zu machen. Lehre und Projektstudium bieten dafür vorzügliche Möglichkeiten.

Dortmund, den 10.11.1993

Fachschaft Raumplanung, Universität Dortmund
FRAGEBOGEN ZUR GRUNDSTUDIUMS-VERANSTALTUNG: SOZ

Diese Befragung soll dazu beitragen, eine umfangreiche studentische Beurteilung der Lehrveranstaltungen zu formulieren. Ziel soll dabei u.a. eine qualifizierte Rückmeldung an die jeweiligen Lehrenden sein. Da die Wirkungen von Präsentationsstilen und Arbeitsweisen nicht geschlechtsneutral sind, möchten wir wissen ob Du Mann oder Frau bist (?)

Bitte beantworte die Fragen möglichst zügig. Bei alternativen Antwortvorgaben kreuze bitte die an, die Deiner Position am ehesten entspricht.

1. Bedeutung dieser Veranstaltung für Dein Studium:

- 1.1. Ich besuche die Veranstaltung, weil:
- ich Interesse am Thema habe ja nein
 - es eine Pflichtveranstaltung ist ja nein
 - ich den Schein brauche ja nein
 - ich die Inhalte für meinen Beruf brauchen werde ja nein
 - mir der Stil der/des Veranstalterin/s gefällt ja nein
 - sie mir empfohlen wurde ja nein
- 1.2. Wie oft hast Du bisher an der Veranstaltung teilgenommen?
 selten häufig fast immer
- 1.3. Die Einzelveranstaltungen werden entweder als Grundlagen oder als ergänzende Bausteine für Projekte und Entwürfe angesehen; in wie weit unterstützen die Veranstaltungsinhalte Deine/Eure Arbeit im Projekt bzw. die Erarbeitung des städtebaul. Entwurfs?
 sehr hilfreich völlig irrelevant
- 1.4. Für wie wichtig hältst Du das Fach für Dein Studium?
 sehr wichtig völlig unwichtig

2. Einfluß von Rahmenbedingungen auf Deinen Veranstaltungsbesuch:

- 2.1. Die geeignetste Veranstaltungsform für diese Fachinhalte erscheint mir: (2 Nennungen mögl.):
- Vorlesung
 - Vorlesung mit Übung
 - Diskussionsforum
 - Übungen mit TutorInnen
 - sonstiges
- 2.2. Die Räumlichkeiten sind: angenehm unfreundlich
- 2.3. Die Veranstaltungszeit (Tag, Stunde) ist: günstig ungünstig
 falls ungünstig, warum?

3. Bitte bewerte im folgenden die Inhalte der Veranstaltung:

- 3.1. Kommen die Einzelveranstaltungen zu einem klar erkennbaren Ziel/Ergebnis? ja nein 31
- 3.2. Ist der "rote Faden" der gesamten Veranstaltungs-Sequenz erkennbar? ja nein 32
- 3.3. Sind die Veranstaltungsinhalte mit Raumplanungs-Fragestellungen bzw. den Inhalten anderer Veranstaltungen verknüpft? ja nein 33
- 3.4. Von den bisherigen Einzelthemen hat mir am besten gefallen: 37
- 3.5. Von den bisherigen Einzelthemen war am wenigsten interessant: 38
- 3.6. Ich hätte gerne zusätzlich oder verstärkt behandelt: 39

4. Bitte bewerte im folgenden die Präsentation der/des Dozentin/en:

- 4.1. Die Dozentin / der Dozent geht auf studentische Interessen und Vorschläge ein. stimmt stimmt nicht 40
- 4.2. Sie / er spricht verständlich, in passendem Tempo und präzise. stimmt stimmt nicht 41
- 4.3. Ihr / ihm gelingt es, komplexe Sachverhalte und Zusammenhänge verständlich darzustellen. stimmt stimmt nicht 42
- 4.4. Die Praxisrelevanz der Veranstaltungsinhalte wird vermittelt, und es werden adäquate Beispiele verwendet. stimmt stimmt nicht 43
- 4.5. Lehrmaterialien (wie Folien, Dias, Filme oder das Tafelbild) werden in ausreichendem Maß, sinnvoll und die sprachliche Darstellung ergänzend eingesetzt. stimmt stimmt nicht 44
- 4.6. Die Dozentin / der Dozent bemüht sich um Beteiligung der Studierenden und geht auf Fragen ein. stimmt stimmt nicht 45
- 4.7. Die Dozentin / der Dozent steht auch außerhalb der Veranstaltung bei Bedarf zur Verfügung ja nein weiß nicht 46
- 4.8. Über die engere Fragestellung hinaus wird vermittelt, was wissenschaftliches Arbeiten heißt. stimmt stimmt nicht 47

5. Einige Fragen zur Einschätzung Deiner Arbeitsbedingungen:

- 5.1. Wie hoch schätzt Du den zeitlichen Aufwand zur Vor- und Nachbereitung im Vergleich zu anderen Veranstaltungen ein? sehr hoch sehr gering 51
- 5.2. Die Literatur zur Gesamtveranstaltung und zu den Einzelsitzungen
 - wird genannt trifft zu trifft nicht zu 52
 - ist verfügbar (z.B. Semesterapparat) trifft zu trifft nicht zu 53
 - ist verständlich (auch der Reader) trifft zu trifft nicht zu 54
- 5.3. Der Reader zur Veranstaltung ist:
 - seinen Preis wert stimmt stimmt nicht 55
 - übersichtlich und klar strukturiert stimmt stimmt nicht 56
 - informativ und interessant stimmt stimmt nicht 57
 - prüfungsrelevant stimmt stimmt nicht 58
 - über die Veranstaltung hinaus brauchbar stimmt stimmt nicht 59
 - Der Reader ist eine zu große finanzielle Belastung für mein Budget ja nein 60
 - Ich kenne den Reader nicht 61

6. Abschließend eine zusammenfassende Bewertung:

- 6.1. Wurden Deine Erwartungen an diese Veranstaltung bisher erfüllt? übertroffen ja nein enttäuscht 62
- 6.2. Die Veranstaltung
 - macht Spaß langweilt 63
 - überfordert mich unterfordert mich 64
 - problematisiert routinisiert 65
 - weckt Interesse thematisiert Bekanntes 66
 - regt zum Selbststudium an demotiviert 67
- 6.3. Was gefällt Dir an der Veranstaltung besonders gut? 71
- 6.4. Was könnte an der Veranstaltung verbessert werden? 72
- 6.5. Deine Kritik zum Fragebogen (was fehlt? was gefällt? ...): 73

Danke für Deine Mitarbeit

Ulla Terlinden

Einige Überlegungen zur Frauenforschung in der Lehre der Stadt- und Regionalsoziologie

Korreferat auf der Herbsttagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am 27. November in der Universität Hamburg.

Zur Diskussion über die Qualität der Lehre gehört auch die Frage nach der Integration der Frauenforschung in die Lehre. Ich meine, sie müsste bei einer sich als kritisch verstehenden Soziologie ein integraler Bestandteil der Lehre sein.

Seit Ende der 70er Jahre wird in der Bundesrepublik Frauenforschung betrieben und inzwischen hat sich ein weites Themenspektrum entwickelt. Nur wenig später gab es die ersten Überlegungen und Ansätze zu einer feministisch orientierten Stadtsoziologie und Stadtplanung. Das Charakteristische an der Frauenforschung war die interdisziplinäre Herangehensweise. Architektinnen, Planerinnen und Soziologinnen, Geografinnen arbeiteten eng miteinander. Inzwischen liegen Arbeiten zu den verschiedensten Themen vor: beispielsweise zu Wohnungspolitik, Mobilität, zur Qualität der Wohnung, zu Leitbildern in Architektur und Städtebau, zu Stadtstruktur und Stadtentwicklung, zur Segregation und Gentrification, zur Planungstheorie und Planungspraxis.

Allerdings fehlt weitgehend theoretisch orientierte Grundlagenforschung, und es fehlen auch systematische empirische Studien. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen von Marianne Rodenstein zu Forschungsstand und Forschungsfelder der Frauenforschung im Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie in der letzten Ausgabe des Nachrichtenblattes.

Besser ist die Situation in der "allgemeinen" Frauenforschung, dort liegt Grundlagenliteratur vor. Hier verweise ich auf die Publikationsreihe der Sektion Frauenforschung in der DGS.

Insgesamt hat sich der Gegenstandsbereich der Frauenforschung verlagert. Früher ging es eher darum, den blinden Fleck in der Wissenschaft zu beseitigen und Frauen als Objekte und Subjekte in Geschichte und Gegenwart sichtbar zu machen. Heute geht es um die Gesamtheit des Geschlechterverhältnisses.

In den letzten Jahren hat sich in der Frauenforschung dazu eine heftige Debatte entwickelt. Dabei wird der "alten Art" von Frauenforschung eine zu enge Begrenzung vorgeworfen. Sie ginge allein additiv zu den etablierten Wissenschaften vor und deshalb blieben die Frauen das Partikulare und das Besondere. Gleichzeitig würde mit dieser traditionellen Art der Frauenforschung immer wieder neu eine abstrakte, vereinheitlichende "weibliche Identität" konstruiert, die den realen Differenzen zwischen Frauen nicht gerecht würde und Frauen letztendlich auf ihnen bereits zugewiesenen Positionen und Aufgaben erneut festlegen würde. Stattdessen sollte das Verhältnis der Geschlechter in seiner gesamten Komplexität zum neuen Gegenstandsbereich der Frauenforschung werden, denn somit, so wird argumentiert, würde das Geschlechterverhältnis als ein konstitutives Strukturmoment in die gesellschaftliche Theoriebildung eingehen.

Mit dieser Veränderung des Gegenstandsbereiches in der Frauenforschung würden Männer sowohl als Subjekte wie auch als Objekte in den ehemaligen Bereich der Frauenforschung einbezogen, denn dann gäbe es ja keinen Grund mehr, weshalb Forschungen zum Geschlechterverhältnis oder zu der gesellschaftlichen Konstruktion von Geschlecht an Frauen gebunden sein sollte.

Die Kritikerinnen berufen sich auf neue US-amerikanische Forschungen, insbesondere auf Judith Butler, die sich wiederum auf Simone de Beauvoir, Monique Wittig und Michel Foucault stützt. Kernthesen dieses Ansatzes sind: die Trennung des biologischen Geschlechts (sex) vom sozialen Geschlecht (gender) und die soziale Konstruktion der Geschlechter (doing gender). Ich will darauf nicht näher eingehen, es sollte nur kurz den aktuellen Stand der Theoriediskussion andeuten. Insgesamt existieren Studien über Lebensverhältnisse von Frauen, über Arbeit und Beruf, über Macht und Herrschaft, über Frauen in Institutionen und Organisationen usw...Zu konstatieren ist: Literatur, und zwar qualitativ gehaltvolle ist durchaus vorhanden und so wäre es durchaus möglich, ein entsprechendes Curriculum zu entwickeln.

Nun komme ich zur Frage nach der Didaktik.

Wie sollte die Frauenforschung in die Lehre integriert werden? Grundsätzlich sind in diesem Zusammenhang zwei Positionen zu nennen: Eine, die ein dezentrales didaktisches Konzept vertritt, d.h. das Geschlechterverhältnis ist in jedem theoretischen Ansatz, in jeder Problemanalyse mitzudenken, mitzulehren eine andere, die zusammenhängend die Frauenforschung als zentrales und eigenständiges Thema in der Lehre behandelt sehen möchte.

Diese beiden Positionen knüpfen an Überlegungen an, die bereits in den frühen 80er Jahren in der Frauenbewegung diskutiert wurden. Damals ging es darum, ob Frauenforschung ein Bestandteil jedweder Soziologie sein sollte oder ob sie als eine autonome Sozialwissenschaft zu verstehen sei. Die Resultate dieser Diskussion lassen sich jeden Donnerstag in den Stellenanzeigen der "Zeit" ablesen: es gibt inzwischen mehrere reine Frauenforschungsprofessuren, in den anderen Ausschreibungstexten taucht das "Geschlechterverhältnis" (als Qualifikationsmerkmal) nur äußerst selten auf. Es hat sich demnach eine eigenständige Teildisziplin in gesonderter institutioneller Form entwickelt. Die Organisation der Frauenforschung in der DGS, als eigenständige Sektion, unterstreicht dies.

Ich halte diese Entwicklung für problematisch, weil damit eine Legimitation geschaffen wurde, feministische Fragestellungen aus den etablierten Wissenschaften herauszuhalten. Doch eine solche Konzentration von Forschung und Lehre hat auch eine gute Seite, denn sie bündelt die Kapazitäten.

Für die Lehre im Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie bieten sich beide didaktischen Konzepte an:
- einmal die Berücksichtigung des gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisses bei allen Themen der Stadt- und Regionalsoziologie - zum anderen die Durchführung eigener Lehrveranstaltungen zu diesem Thema.

Ich halte es jedoch für nicht sinnvoll, die feministischen Fragen an speziellen Terminen, in einer ansonsten "gereinigten" Lehrveranstaltung zu behandeln, denn dann steht die Frauenforschung neben der sozialökologischen Forschung, der Metropolebildung, dem Süd-Nordgefälle. Frauenforschung erscheint bei einem solchen didaktischen Vorgehen als begrenztes und neben anderen Themen nur ergänzendes Thema, und das würde ihrer Bedeutung nicht gerecht werden. Wichtig ist - so meine ich - eine kontinuierliche Präsenz der Frauenforschung in der Lehre, und die ist allein mit Mittelbauern bzw. Mittelbauerinnen nicht gewährleistet, sondern kann nur durch Hochschullehrerinnen erfolgen.

Da sie im Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie vorwiegend männlichen Geschlechts sind, sollte Frauenforschung auch ein Bestandteil ihrer Lehre sein. Ich halte dies übrigens generell für erstrebenswert, denn die Thematisierung gesellschaftlicher Fragestellungen und Erkenntnisse sollte und dürfte nicht an die Biologie der Hochschullehrerschaft gebunden sein. - Dies meine ich, obwohl das biologische und das soziale Geschlecht auch in der Alltagspraxis, auch in der der Wissenschaft, schwer zu trennen ist und somit Wissenschaftlerinnen sicher geeigneter und engagierter sind für die Frauenforschung.

II. Berichte / Informationen

SCHADER-STIFTUNG

Frau Professor
Dr. Marianne Rodenstein
Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
Wissenschaftliche Betriebseinheit
Produktion/Sozialstruktur
Postfach 11 19 32

Verl, den 16. Dezember 1993

60054 Frankfurt/M.

Sehr geehrte Frau Professor Rodenstein,

Anliegen der Schader-Stiftung ist die Förderung der Gesellschaftswissenschaften in ihrem Praxisbezug. Sie prämiert u. a. hervorragende, besonders praxisorientierte wissenschaftliche Arbeiten und unterstützt Projekte sowie Arbeitskooperationen zwischen Wissenschaftlern und Praktikern, die Vorbild- oder Pilotcharakter für die Umsetzung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis zur Unterstützung der Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben haben.

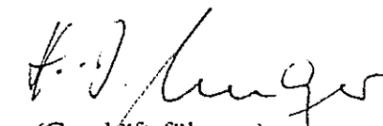
In Verbindung mit dem Ausbau ihres Förderungsprogramms sucht sich die Schader-Stiftung z. Zt. auf verschiedenen Wegen für die Bundesrepublik Deutschland sowohl einen Überblick über Arbeitskooperationen zwischen Sozialwissenschaftlern und Praktikern der oben skizzierten Art als auch über Praxisbereiche zu verschaffen, in denen eine Verwendung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse besonders dringlich erscheint.

Es war der Gedanke entstanden, daß ein solcher Informationsweg über die Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie laufen könnte, und Herr Professor Bolte, der sowohl Mitglied des Konzils der DGS als auch des Beirats der Schader-Stiftung ist, hat anlässlich der Jahrestagung der DGS am 26./27. November 1993 eine entsprechende Anfrage an die Sprecherinnen und Sprecher der Sektionen gerichtet. Es war dort seitens der Sprecherinnen und Sprecher gebeten worden, diese Anfrage schriftlich in Erinnerung zu rufen; was hiermit geschieht.

Die Schader-Stiftung ist erstens interessiert an der Nennung relevanter Kooperationszusammenhänge und Praxisfelder sowie zweitens an der Bekanntgabe der Adresse von Personen, die wegen eventueller Informationen angesprochen werden können.

Für eine Bekanntgabe unserer Bitte an die Mitglieder Ihrer Sektion wäre die Stiftung dankbar. Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung (Tel. 05246/9219-0).

Mit freundlichen Grüßen


(Geschäftsführung)

Vorstand: Alols M. Schader, Goethestraße 1, 64285 Darmstadt, Fax (06151) 28079, Telefon (06151) 28077
Beirat: Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Martin Bolte, Prof. Dr. Michael Th. Grøven, Prof. Dr. Hartmut Großhans, Prof. Dr. Claudia Mast
Geschäftsführung: Dr. H.-D. Weger, Thaddäusstraße 33, 33415 Verl, Fax (05246) 921999, Telefon (05246) 9219-0

SCHADER-STIFTUNG

Kurzinformation über die Stiftung (Stand Oktober 1993)

Zweck der SCHADER-STIFTUNG

Zweck der gemeinnützigen Stiftung mit Sitz in Darmstadt ist die Förderung der Gesellschaftswissenschaften in ihrer Praxisorientierung und in der Umsetzung ihrer Erkenntnisse bei der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben.

Dieser Zweck soll insbesondere verwirklicht werden durch

- o die Vergabe von Preisen für herausragende gesellschaftswissenschaftliche Leistungen mit eindeutigem Praxisbezug,
- o die Förderung des Wissenstransfers zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis,
- o die Förderung von Pilotprojekten in der Praxis zur Verwendung bei der Überprüfung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse und
- o die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen in anderen Wissenschaftsdisziplinen, vor allem im Bereich der Stadtentwicklung, Regionalplanung und des Wohnungswesens, die in spezifischer Weise der Einbeziehung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse gewidmet sind.

Förderungsrichtlinien der SCHADER-STIFTUNG

Um ihre Effizienz zu maximieren, hat sich die Stiftung folgende Förderungsrichtlinien gegeben:

- o Durch die Tätigkeit der Stiftung sollen der Staat und andere Träger öffentlicher Aufgaben weder in der Verantwortung noch im Handeln ersetzt werden. Vielmehr wird angestrebt, Zusätzliches nutzbringend zu ermöglichen und neue Wege zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben bzw. zur Lösung gesellschaftlicher Probleme finden zu helfen.
- o Mit dieser Förderungstätigkeit sollen Innovationen bewirkt, Initiativen ausgelöst und Projekte mit Beispiel- und Pilotcharakter initiiert werden. Dazu wird die Stiftung - ggf. auch gemeinsam mit anderen Institutionen - Forschungsprojekte konzipieren und finanzieren. Eine finanzielle Mitträgerschaft Dritter ist hierbei möglich und auch gewollt. (Die genehmigte Stiftungsverfassung erlaubt der Stiftung auch die direkte Entgegennahme von steuerbegünstigten Spenden zur Förderung der Wissenschaft.)
- o Weil sie sich als konzeptionell arbeitende Stiftung versteht, wird sie nur dann von Dritten konzipierte Forschungsprojekte fördern, wenn sich diese in den Rahmen eigener Vorhaben einfügen lassen. Deshalb werden nur in Ausnahmefällen Anträge auf Gewährung von Forschungsmitteln bearbeitet werden können. Entsprechend gewährt sie auch keine reinen Druckkosten- und Reisekostenzuschüsse.
- o Um die Wirkungschancen ihrer Tätigkeit und der von ihr geförderten Projekte zu erhöhen, wird die Stiftung ihre Mittel auf thematische Förderungsschwerpunkte konzentrieren. Sie wird die Förderung einzelner Projekte auch zeitlich begrenzen, um in ihrem Handeln flexibel bleiben und bei akuten Förderungsanlässen spontan handeln zu können..

Aktuelle Förderungsschwerpunkte der SCHADER-STIFTUNG

- o Jährlicher Preis "Gesellschaftswissenschaften im Praxisbezug" mit einer Dotation von 80.000,00 DM.
- o Forschungs- und Pilotprojekte im Bereich "Stadtentwicklung, Regionalplanung und Wohnungswesen".
- o Forschungs- und Pilotprojekte im Bereich "Wissenstransfer".

Vorstand: Alois M.Schader, Goethestraße 1, 64285 Darmstadt, Fax (06151) 28079, Telefon (06151) 28077
Beirat: Prof.Dr.Dr.h.c.Karl Martin Bolte, Prof.Dr.Michael Th.Groven, Prof.Dr.Hartmut Großhans, Prof.Dr.Claudia Mast
Geschäftsführung: Dr.Hans-Dieter Weger, Thaddäusstraße 33, 33415 Verl, Fax (05246)921999, Tel.(05246)92190

»Gesellschaftswissenschaften im Praxisbezug«

PREIS der SCHADER-STIFTUNG

Um die Erarbeitung und Umsetzung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse zu fördern, hat die SCHADER-STIFTUNG den Preis »Gesellschaftswissenschaften im Praxisbezug« eingerichtet, der jährlich in drei Kategorien vergeben wird. Dieser Preis soll sowohl die Effizienz und Qualität der Aufgabenerfüllung in der Praxis anreichern als auch grundsätzlich die Bedeutung gesellschaftswissenschaftlichen Wissens für die Praxis in der Öffentlichkeit herausstellen.

Der Preis wird in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft vergeben. Die Mehrheit der Jurymitglieder zu den Preiskategorien 1a, 1b, 1c und 2 werden von den Vorständen dieser wissenschaftlichen Gesellschaften berufen.

Die jährliche Ausschreibung richtet sich stets auf ein vorgegebenes Themengebiet; 1994 ist es das Themengebiet

» Alter «

in den folgenden Jahren sind es die Themengebiete »Migration« (1995) und »Vorkehr« (1996).

Der gesamte Preis enthält drei Kategorien:

1. Auszeichnung einer wissenschaftlichen Arbeit mit ausgeprägtem Praxisbezug
 - a) im Bereich der Soziologie,
 - b) im Bereich der Politikwissenschaft,
 - c) im Bereich der Kommunikationswissenschaft.

Für jeden Bereich wird eine Arbeit ausgezeichnet. Die ausgezeichnete Arbeit muß konkrete Orientierungen für praktisches bzw. politisches Handeln enthalten und von besonderer wissenschaftlicher Qualität sein. Sie kann eine veröffentlichte wie eine unveröffentlichte, in deutscher Sprache verfaßte Arbeit sein. Auch eine interdisziplinäre Arbeit aus benachbarten Fächern, die einem der genannten Bereiche zuordenbar ist, kann ausgezeichnet werden.

2. Auszeichnung einer Person, die sich um die Umsetzung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis besonders verdient gemacht hat.
3. Auszeichnung eines realisierten Projektes in der Praxis, bei dessen Konzeption und Durchführung gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse (einschl. der Erkenntnisse der gerontologischen Forschung) vorbildlich eingebracht wurden. Empfänger der Auszeichnung sind Personen, Gruppen oder Institutionen, die für die Konzeption und die Durchführung des ausgezeichneten Projektes verantwortlich sind.
Als Beispiele für mögliche Projektthemen dienen die folgenden Hinweise: Erhaltung und Weitergabe von Kompetenz und Wissen; Wiedergewinnung von Kompetenz im professionellen oder im Selbsthilfebereich; Bewältigung kritischer Lebensphasen und Lebensereignisse; generationsübergreifende Projekte; Gestaltung von Wohnung und Wohnumfeld; gemeinwesenorientierte Vernetzung; Angebote sozialer, kommunikativer und kommerzieller Dienstleistungen oder Beratungen; Konzeptionen, Strategien und Verfahren der Altenhilfeplanung im Bereich der Kommunen, Kreise, Träger der Sozialarbeit, Wohnungsunternehmen usw. und ihre Umsetzung.

Die Einzelpreise sind wie folgt dotiert:	Kategorie 1a,1b,1c	je	DM 10.000
	Kategorie 2		DM 25.000
	Kategorie 3		DM 25.000

Jeder Einzelpreis wird von jeweils einer fachkundigen und unabhängigen Jury vergeben, der Vertreter der einschlägigen Gesellschaftswissenschaften und der Praxis angehören.

Die Preise werden am 3. November 1994 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung von der SCHADER-STIFTUNG im Rahmen eines Festaktes, dem ein wissenschaftliches Symposium vorausgeht, übergeben.

Die wissenschaftlichen Arbeiten der Kategorie 1 sind bis zum 1. März 1994, die Projektbeschreibungen der Kategorie 3 bis zum 15. April 1994 einzureichen.

Bewerber für die Preise der Kategorien 1 und 3 werden gebeten, die Ausschreibungsunterlagen möglichst per Postkarte bei der SCHADER-STIFTUNG, Goethestraße 1, 64285 Darmstadt, alsbald mit Angabe der gewünschten Kategorie (1a,1b,1c oder/und 3) anzufordern.

Wendelin Strubelt, Bonn

Bericht über das 8. deutsch-polnisch-tschechisch-slowakische Stadt- und Regionalsoziologentreffen in Polen zum Thema "Transformation of Old Industrial Regions as a Sociological Problem" in Poromka-Kozubnik vom 26. bis 28. Oktober 1993

(1)

Dieses 8. Treffen von Stadt- und Regionalsoziologen aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Deutschland fand unter etwas anderen Bedingungen statt als die bisherigen. Eingeladen hatte das Institut für Soziologie der Universität Kattowitz. Federführend waren die Kollegen Kazimiera Wodz und Marek Szczepanski.

Auf Wunsch dieser Kollegen und der Organisatoren in Polen waren zu diesem Kolloquium nicht nur der bisherige Kreis von Stadt- und Regionalsoziologen eingeladen, sondern auch Kollegen aus Großbritannien, aus Holland, um die Bandbreite der altindustrialisierten Gebiete innerhalb Europas nicht nur thematisch, sondern auch regional umfassen zu können. Es stellte sich heraus, daß das Kolloquium im wesentlichen geprägt war von den Beiträgen polnischer Kollegen, die aus dem Institut für Soziologie der Universität Kattowitz und anderer im Raume Oberschlesien arbeitender Forschungsinstitute stammen und die volle Breite sozialwissenschaftlicher Analyse der Raumthemen abdeckten. Insofern ergab sich die Möglichkeit, die Probleme der altindustrialisierten Räume in Polen, insbesondere aber in Schlesien, in extenso präsentiert zu bekommen.

Die deutsche Seite war präsentiert durch die Gruppe, die auch bisher die Kontakte mit den polnischen und tschechoslowakischen Kolleginnen und Kollegen aufrecht erhalten hatte. Ihre Beiträge vor dem Hintergrund ihrer deutschen Erfahrungen, stellten das wesentliche Element des internationalen Vergleichs dar, das ergänzt wurde durch zwei sehr wichtige Beiträge von Kollegen aus Großbritannien. Leider waren die Kolleginnen und Kollegen aus Tschechien und der Slowakei nur durch eine Person vertreten, alle anderen hatten aus persönlichen oder nicht klar erkennbaren Gründen, die aber im wesentlichen auch in der Organisation und der Arbeit am Überleben der einzelnen Institute ihren Grund hat, abgesagt.

(2)

Das Programm bot eine breite Spannweite an Themen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Überblicksreferate von Hamm über Sustainable Development, von Dennis Smith über die West Midlands in Großbritannien, von Gorzelak über die Regionalen Disparitäten in Polen und von Strubelt über die neuen Disparitäten der Bundesrepublik Deutschland einschließlich eines Vergleiches zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen. Auf besonderes Interesse gerade der polnischen Kollegen traf der Vortrag von Walter Siebel, der über den Wandel der Emscher Region, ein sehr altindustrialisiertes Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu einer neuen Industrie- und Lebensregion referierte (Das Beispiel der IBA-Emscher-Park). Diese grundlegenden Beiträge wurden ergänzt durch einzelne Perspektiven, die es erlauben, das Panorama der Erfassung der Lebenssituation der Menschen in altindustrialisierten Regionen zu verbinden mit

einer geographisch und regionalökonomischen Bestandsaufnahme der Rahmenbedingungen dieser Regionen.

(3)

In den verschiedenen Diskussionen, die sich an die Präsentationen der Referate anschlossen, ging deutlich hervor, daß das Thema der altindustrialisierten Regionen gerade am Beispiel Polens auch weiterhin eines der drängendsten nationalen aber auch europäischen Probleme darstellen wird. Das Verhältnis dieser immer noch ökonomisch dominierenden Region in Polen gegenüber den anderen Regionen Polens, aber auch seine ökologischen Belastungen für die Gesamtsituation Polens und seine wirtschaftlichen Folgen für Gesamteuropa, insbesondere für die anderen Industriestaaten Europas (Öko-Dumping, Löhne-Dumping) sind Probleme, die nicht nur einen konkreten regionalen und lokalen Niederschlag finden, sondern die in ihrer Vernetzung weit über den eigenen engeren Wirkungsbereich hinaus von Bedeutung sind.

Die Analysen zu dieser Problemstellung reichten dann auch von eher globalen Einschätzungen, wie sie Hamm vortrug, bis hin zu sehr konkreten Darstellungen über die Lebensumstände in den einzelnen sozialen Lebensbereichen, wie sie von der Breite der polnischen Kollegen des Instituts für Soziologie der Universität Kattowitz vorgetragen wurden. Der wissenschaftliche Austausch kann insgesamt als ein äußerst fruchtbringender angesehen werden, zumal die angesprochenen Aspekte sich nicht auf einen Vergleich zwischen Deutschland und Polen beschränkten, sondern auch durch andere Beiträge, insbesondere von der britischen Seite, im Gesamtzusammenhang Europas gesehen werden konnten. Es ist beabsichtigt, die Ergebnisse dieser Tagung im Rahmen einer Publikation des Instituts für Soziologie der Universität Kattowitz herauszubringen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat dazu ihre Unterstützung zugesagt.

(4)

Im Anschluß an die inhaltlichen Diskussionen der Tagung fand eine Arbeitssitzung statt, auf der die Perspektiven der weiteren Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Stadt- und Regionalsoziologen diskutiert wurde. Anlaß war nicht zuletzt die neue Konstruktion der letzten Tagung, da sie sich nicht nur auf die Präsentation von deutschen und polnischen Kollegen beschränkte, ergänzt wie bisher durch einige Kollegen aus Tschechien und der Slowakei, sondern sie war gezielt internationaler angelegt, auch wenn letzten Endes diese Internationalität durch polnische und deutsche Kollegen geprägt gewesen ist.

Es kristallisierte sich im Verlauf der Diskussion heraus, daß die meisten sich dafür aussprachen, die bisherige Form des wissenschaftlichen Austausches zwischen deutschen und polnischen Stadt- und Regionalsoziologen als eine zentrale und focussierte wissenschaftliche Austauschachse erhalten bleiben sollte. Es wurde auch übereinstimmend die Meinung geäußert, daß es einen Kernbestand an Kolleginnen und Kollegen geben sollte, die diesen Austausch vorantreiben, er je nach der Thematik - jedoch immer für neue Mitglieder offen sein soll. Es wurde vorgeschlagen, daß das nächste Treffen nicht mehr so wie bisher gestaltet werden soll, wonach alle Teilnehmer in der einen oder anderen Form ein Referat oder ein Papier vorlegen, das mehr

oder weniger gut zu dem gewählten Thema paßt, sondern es wurde vorgeschlagen, daß zu einem ausgewählten Thema nicht mehr als acht Papiere vorgelegt werden, die von ausgewählten und speziell eingeladenen Kolleginnen und Kollegen präsentiert werden, die von den anderen jeweils diskutiert oder korreferiert werden. Es soll mehr auf eine Diskussions- und Austauschkultur Wert gelegt werden anhand von zentralen Eingangspapieren, als an der Präsentation von so viel als möglichen Referaten.

(5)

Weiterhin kristallisierte sich heraus, daß das Thema der altindustrialisierten Gebiete eingebettet in den regionalen und sozialen Strukturwandel der uns interessierenden Länder, eines sei, dem mindestens noch zwei Sitzungen gewidmet sein sollten. Es wurde vorgeschlagen, die nächsten Sitzungen in Deutschland, in Lodz in Polen und in Böhmen in der Tschechischen Republik, durchzuführen. Es soll geprüft werden, ob die nächste Sitzung im Jahre 1994 bereits in Deutschland stattfinden kann in Zusammenarbeit mit der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park, um die theoretischen und empirischen Präsentationen zu konfrontieren mit Beispielen eines Umstrukturierungsprozesses in einer konkreten Region. Als Vorbereitungsgremium für dieses nächste Treffen, wobei noch offen ist, ob dies in Deutschland oder in Polen sein wird, wurden die Kollegen Siebel aus Oldenburg, Herbst aus Warschau, Mayer aus Lodz und Strubelt aus Bonn benannt.

Inzwischen steht fest, daß das nächste Treffen in Deutschland, gefördert von der Werner-Reimers-Stiftung, stattfinden wird. Termin: voraussichtlich Mai/Juni 1995. Interessenten mögen sich bitte bei Wendelin Strubelt, Bonn, melden.

III. Forschungsprojekte

Studienschwerpunkte und Berufsintegration von Frauen in der Architektur

Hamburg-Phase - Teilbericht zum 1.10.1993

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Arbeitsbereich I - Ausbildung

für Architektur/Stadtplanung
an der Hochschule für bildende Künste
und an der Fachhochschule Hamburg
für Städtebau/Stadtplanung an der
Technischen Universität Hamburg-Harburg

Laufzeit: 15.4.1991 - 30.9.1991

Forschungsteam

Projektleitung:

Prof. Dr. Barbara Martwich
Hochschule für bildende Künste

Wissenschaftliche Bearbeitung:

Dipl.-Soz. Ulrike Martiny
Dipl.-Ing. Karsten Diestel
Dipl.-Volkswirt Jürgen Bruhn

Inhaltsverzeichnis

	Seite
0. Zusammenfassung	0
1. Vorbemerkungen (Berichtssituation)	1
2. Ableitung der Ziele, Fragestellungen und Hypothesen	1
2.1 Hauptstudie	1
2.2 Hamburg-Phase	2
3. Forschungsdesign für die "Hamburg-Phase"	4
4. Forschungsaktivitäten für den Teilbericht "Arbeitsbereich 1: Ausbildung"	4
4.1 Vorbemerkungen	4
4.2 Schematische Darstellung der Forschungsaktivitäten im Arbeitsbereich 1	5
4.3 Erläuterungen zu den Forschungsaktivitäten im Arbeitsbereich 1	5
4.3.1 Integrierte Analyse der Studiengänge Architektur an der Hochschule für bildende Künste und der Fachhochschule Hamburg sowie des Studiengangs Städtebau/Stadtplanung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg	5
4.3.2 Datenzugriff, Felderschließung und Aufbau von Kooperationsbeziehungen	6
4.3.3 Länderverhandlungen	7
4.3.4 Handlungsbereiche statt Maßnahmekataloge	7
5. Thesen geleitete Kurzdarstellung der Ergebnisse: Ausbildungswege und Berufsfindungsprozesse von Frauen und Männern in den Studiengängen Architektur an der Hochschule für bildende Künste und der Fachhochschule Hamburg sowie dem Studiengang Städtebau/Stadtplanung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg	9
5.1 Zielsetzung - Fragestellung - Methoden	9
5.2 Einordnung der drei Studiengänge im Vergleich der Hochschultypen	10
5.3 Kurzdarstellung der drei Studiengänge in Hamburg	12
5.4 Evaluation von "Bildungserfolg" für Frauen in Architektur, Städtebau und Stadtplanung	14
5.5 Der "Bildungserfolg" der Studentinnen im Vergleich zu den Studenten in der Bundesrepublik	15
5.6 Der "Bildungserfolg" der Studentinnen im Vergleich zu den Studenten an der Hochschule für bildende Künste Hamburg	16
5.7 Der "Bildungserfolg" der Studentinnen im Vergleich zu den Studenten an der Fachhochschule Hamburg	18
5.8 Der "Bildungserfolg" der Studentinnen im Vergleich zu den Studenten an der Technischen Universität Hamburg-Harburg	20
5.9 Überprüfung der These vom geschlechtsspezifischen Bildungsverhalten oder von der Sanktion nicht angepaßten Studierverhaltens	20
5.10 Kritikpunkte an den Studieninhalten aus der Sicht von StudentInnen und AbsolventInnen der drei Hochschulen	22
6. Marktgängigkeit der Ausbildung im Geschlechtervergleich	23
7. Handlungsbereiche	23
8. Vorarbeiten für die Modellbildung	25

0. Zusammenfassung

Die praktischen Ergebnisse dieser Studie liegen

1. in den vorbereitenden und projektbegleitenden Forschungsaktivitäten mit dem Ziel, ein Kooperationsnetz der am Hauptprojekt beteiligten ForscherInnen zu knüpfen und.
 2. in den Kooperationsverhandlungen mit den Länderministerien, um die inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Abstimmungen einzuleiten.
- Die Erkenntnisse und Umsetzungen dieser Studie leiten sich her
3. aus den empirischen Untersuchungen, die im folgenden zusammengefaßt werden:

Seit 15 Jahren ist eine stetig wachsende **Attraktivität der Ausbildungsgängen** Architektur, Städtebau und Stadtplanung - dies beweisen u.a. die eindrucksvoll steigenden StudentInnenzahlen - zu verzeichnen: bundesweit und an allen drei Hamburger Hochschulen (der HbK, der FH, der TUHH). Das Interesse verstärkt sich bei Frauen um ein Vielfaches und ist an allen drei Hamburger Hochschulen festzustellen. Besonders hoch ist der Andrang bei der Fachhochschule Hamburg, wobei danach fragen muß, ob das Fachhochschulstudium für Frauen - ebenso wie für Männer - eine Möglichkeit des sozialen Aufstiegs darstellt oder ob sich für viele Frauen die Alternative: Fachhochschulstudium oder gar kein Studium stellt.

Der "**Erfolg**" von Frauen - definiert als Teilnahme an (Aus)Bildung - ist damit massenstatistisch für diese Studiengänge nachgewiesen. Auch die Studienleistungen - Studienzeiten, Prüfungserfolge, Noten - liegen bei Frauen im Schnitt etwas höher als bei Männern und sind ein Anzeichen dafür, daß Frauen sich im Ausbildungssystem Hochschule durchzusetzen wissen. Der Studierwille von Frauen wird durch den der Männer eingegrenzt, die in Zeiten guter Vermarktungschancen verstärkt in die Ausbildungsgänge zurückkehren. Welche Zusatzqualifikationen den Männern zur Verfügung stehen, daß sie ihre Chancen in der Konkurrenz um die Studienplätze gegenüber Frauen durchsetzen können, muß genauer untersucht werden.

Diese Ergebnisse bestätigen die These der Frauenforschung, daß die **geschlechtsspezifische Selektion** im Berufsfeld auf Marktbedingungen zurückzuführen ist und zu der bekannten geringen Repräsentanz von Frauen führt. Die Einflüsse des Marktgeschehens werden bereits in der Endphase des Studiums bei einer Frauengruppe mit unverhältnismäßig langen Studienzeiten sichtbar. Mehrleistungen durch Haus- und Familienarbeit dürften zur Verlängerung der Studienzeiten beitragen, aber auch die Notwendigkeit, während des Studiums den eigenen Lebensunterhalt verdienen zu müssen. Eine mögliche Erklärung ist ein sich wandelndes Verhältnis zwischen der traditionellen Abfolge: Abitur - Studium - Beruf zugunsten unterschiedlicher Abfolgekombinationen von Ausbildung und Beruf und deren Konsequenzen für eine neue Phasierung des Lebensverlaufs von Frauen und Männern.

Ob der Massenandrang von Frauen in diese Studienfächer bereits zu **qualitativen Veränderungen** in den Inhalten und Vermittlungsformen geführt hat, ist aufgrund der hier untersuchten Daten nicht zu entscheiden. Die Entmutigung abweichenden Verhaltens und das Fehlen von weiblichen Vorbildern an den Hochschulen erschwert Experimente.

Entlang dieser Ergebnisse lassen sich folgende **Handlungsfelder** benennen, die alle Studierenden betreffen:

1. Veränderungen der curricula müssen in Richtung Schlüsselqualifikationen gehen.
2. Es müssen mehr Frauen als Professorinnen und Lehrende an den Hochschulen eingestellt werden, damit u.a. neue Lehrinhalte und -formen erprobt werden können.
3. Defizite in der Ausbildung - z.B. in der EDV und der Baupraxis - müssen über Beratungs- und Schulungsangebote an den Hochschulen bei gleichzeitiger Veränderung des Berufsfeldes bzw. in Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen abgebaut werden.
4. Auf veränderte Bildungsbedürfnisse sollten die Hochschulen mit neuen Konzepten - auch der beruflichen Weiterqualifikation - eingehen.
5. Ansätze für eine Diskussion über neue Positionsbestimmungen der Studiengänge Architektur, Städtebau und Stadtplanung in Hamburg sollten institutionalisiert werden.

Kurzdarstellung der Ergebnisse (Punkt 5 - 8 des Inhaltsverzeichnisses)

5. Thesen geleitete Kurzdarstellung der Ergebnisse: Ausbildungswege und Berufsfindungsprozesse von Frauen und Männern in den Studiengängen Architektur/ Stadtplanung an der Hochschule für bildende Künste und der Fachhochschule Hamburg sowie Städtebau/ Stadtplanung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg

5.1 Ziele - Fragestellung - Methoden

Entsprechend der Zielsetzung dieses Arbeitsberichts wird in der hier vorgelegten Teilstudie "Ausbildung" exemplarisch nach den Studieninhalten, der Studienorganisation, Verlaufsformen und Rahmenbedingungen der Ausbildung von Frauen und Männern in Architektur, Städtebau, Stadtplanung und in der Raumplanung gefragt. Die zugrundeliegenden Thesen und Hypothesen aus dem Hauptantrag werden in dieser Kurzdarstellung nicht in einem eigenen Kapitel abgehandelt, sondern im Verlauf der Ergebnisdarstellung inhaltlich analysiert, evaluiert und ggf. neu formuliert.

Die Untersuchung arbeitet mit Vergleichen auf verschiedenen Ebenen: lokalen und regionalen Vergleichen der Studiengänge, Vergleichen der Hochschultypen und dem Vergleich der Geschlechter in diesen Handlungsbezügen. Methoden der Analyse des Ausbildungsbaus sind massenstatistische Auswertungen, z.B. der Studentenstatistiken, ZVS-Daten, Noten, Hochschulzugangsberechtigung, Bewerberinnenzahlen usw., die das veränderte Studierverhalten von Frauen und Männern im Studienfach Architektur von Mitte der 70er bis Anfang der 90er Jahre belegen. Wichtige Interpretationshilfen bieten die Vergleiche mit anderen Untersuchungen (z.B. die HIS-Studie über "Bildungswege von Frauen vom Abitur bis zum Berufseintritt" von 1991, die zum Anlaß genommen wurde, den allgemeinen Trend einer Abwendung von traditionellen Bildungspfaden auch für ArchitekturstudentInnen zu überprüfen, z.B. die Absolventenuntersuchung der Fachhochschule Hamburg von 1993, die u.a. den beruflichen Ersteinsatz nach Arbeitsfeldern der Architektur erstmals fundiert).

Die Empirie massenstatistischer Erhebungen wird ergänzt durch eine Analyse von ExpertInnengesprächen, Veröffentlichungen, Studienordnungen, -plänen, Vorlesungsverzeichnissen und anderen Dokumenten über die Entwicklungen der Studiengänge, um die Besonderheiten des Studierens an den verschiedenen Hochschultypen für die Aussagen der Studentenstatistiken fruchtbar zu machen. Es hat sich gezeigt, daß in Studienfächern mit kleinen Studentenzahlen eine Interpretation unter Zuhilfenahme qualitativer Methoden überhaupt erst Sinn macht. Dies trifft insbesondere für die Studentenstatistiken der TUHH zu. Aber auch die Dokumentenanalyse kann durch ExpertInnenkommentare präzisiert werden. So ergeben beispielsweise die ExpertInneninterviews Aufschluß über den Stellenwert, den der "Entwurf" im Rahmen der Ausbildung hat (an der Fachhochschule wird "Entwurf" unter dem Begriff "Projekt" subsummiert) bzw. was in den Studiengängen unter "Projekt" verstanden wird. Die Frage nach der

usw. gemacht) und an Fachhochschulen keinerlei Unterschiede aufwiesen, die unterschiedliche Schwerpunktsetzungen zwischen den beiden Hochschultypen erkennen ließen. Die Kommission markierte die - dennoch feststellbaren - Unterschiede der Ausbildung durch die Formulierung "Verschiedenartigkeit in der Gleichwertigkeit" (Entwurf der Empfehlungen der Studienreformkommission 1985, 29). Dieser Interpretation stimmte auch die Bundesarchitektenkammer in mehreren Berichten über die Ausbildungssituation zu (Bredow/Döpfner o.J., BAK 1986) 3).

Qualifikationsprofile in der Architekturtätigkeit sind breit gefächert und lassen sich entlang der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) definieren. Sie werden als abrechnungsfähig und damit berufsrelevant unterstellt. Sie phasieren die Architektenleistungen, die hier grob vereinfacht wiedergegeben werden, in Grundlagenermittlung, Entwurfsplanung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung, Abrechnung und Dokumentation (Vgl. Schaubild: Leistungsphasen). Leitbild für die Ausbildung an die wissenschaftlichen Hochschulen - so die These von Hoor 1991 (Fachtagung 1991) - ist die freiberufliche Tätigkeit im Hoch- bzw. Städtebau. Die inhaltliche Breite des Studiums, die im folgenden als "Rundumqualifikation" bezeichnet wird, ist an diesen Berufszielen orientiert.

Sowohl die wissenschaftlichen Hochschulen als auch die Fachhochschulen nehmen für sich in Anspruch, eine "Rundumqualifikation auf hohem Niveau" anzubieten (Pilot-Endbericht 1991, Dekanekonferenz 1991). Aber die kürzere Studiendauer an Fachhochschulen (Interview Hoor 1988) wirkt sich auf das Studium aus. Nicht die fachliche Qualität oder eine Verkürzung der Fächerpalette im Studienplan wird bemängelt. Der Ausbildung wird nachgesagt, ihr fehle die "Zeit der Reife", in der sich ihr fachliches Wissen in theoretischer und praktischer Erprobung fundieren könne (Fachtagung 1991, Interviews Kruppa 1991, Kruppa 1992 A und B). Der Trend zu längeren Studienzeiten (Vgl. s. 19 f. dieses Berichts) und der Druck der Europäischen Gemeinschaft auf eine Vereinheitlichung des Studiums der Architektur in Europa hat an einigen Fachhochschulen - z.B. auch in Hamburg - zur Einführung sog. Praxissemester geführt. Der Trend zur faktischen Aufstockung der Regelstudienzeit auf 8 Semester ist in den nördlichen Bundesländern bereits im Gange, in den südlichen Bundesländern werden noch andere Modelle der Studienzeiterverlängerung diskutiert (Dekanekonferenz 1992).

Ob das Qualifikationsprofil an Fachhochschulen zunehmend mit dem Qualifikationsprofil an wissenschaftlichen Hochschulen koinzidiert, soll im folgenden anhand der Frage nach dem Praxisbezug dieses Studiums und was dies für die geschlechtsspezifischen Durchsetzungschancen später im Beruf bedeutet, überprüft werden.

In dem relativ "jungen" Reformstudiengang "Raumplanung" herrscht keine Einigkeit über Berufsbilder und Ausbildungsprofile. Die Aufgabe des/r RaumplanerIn in der Berufspraxis besteht in der Erstellung von Plänen, Programmen und Prognosen über zukünftige regionale Entwicklungen. Klar ist, daß es sich um einen Studiengang handelt, der für die Bewältigung von Querschnittsaufgaben aus verschiedenen Wissenschaften - beispielsweise des Rechts, der Ökonomie, des Entwurfs - ausbildet. Es scheint noch keinen Konsens über Grundlagen ("core") des Studiums zu geben. Die Akzentuierung der Ausbildungsinhalte Städtebau und Stadtplanung wird von Klaus

Bedeutung von Frauenforschung und Frauenstudien an den verschiedenen Hochschultypen, die in keiner Studienordnung als Prüfungsfach auftauchen, müssen über ExpertInnengespräche eingeschätzt werden.

Von den sog. "Rahmenbedingungen" der Ausbildung steht nur der Aspekt "Hamburg als Studienort" inhaltlich in direkter Verbindung zum Ausbildungsbereich 1)

5.2 Einordnung der drei Studiengänge im Vergleich der Hochschultypen

Das Studium der Architektur an wissenschaftlichen Hochschulen hat seine Wurzeln in einer künstlerisch orientierten Ausbildung an Akademien, Kunsthochschulen usw.. Im 19. Jahrhundert werden Architekturstudiengänge auch an Technischen Hochschulen bzw. Universitäten mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen zugelassen.

Als besondere Anziehungskraft dieses Berufs werden zwei Hauptursachen sein traditionell hohes Prestige und die entsprechenden Verdienstmöglichkeiten hervorgehoben (Interview Volker Roscher 1992). Obwohl die Vorstellungen vom Künstlerarchitekten schon lange weder der Berufswirklichkeit noch der gängigen Ausbildung entsprechen - nur noch in Hamburg und Berlin werden wissenschaftlich-künstlerische Schwerpunktsetzungen in einem Vollzeitstudium Architektur angeboten - scheint das Image fortzuwirken. (Spiegel-Interview mit Jürgen Pahl 1987). Auch für Frauen wird geltend gemacht, sie ließen sich durch das Berufsbild und durch das breit gefächerte Studienangebot anziehen. Die Breite des Fächerangebots wird von den einen als Möglichkeit einer frauenspezifischen Schwerpunktsetzung geschätzt (z.B. Wohnungsbau, Entwurf: Katharina Weresch 1992) und von den anderen als Möglichkeit für ein Probier-Studium, das "von allem ein bißchen" anbietet: ein bißchen Kunst, ein bißchen Mathematik, ein bißchen Wissenschaft, ein bißchen Praxis usw. (Interview Renate Narten 1992).

Das Fachhochschulstudium - das aus der Baugewerbeausbildung hervorgegangen ist und das sich erst seit den 70er Jahren bundesweit zu seiner jetzigen Form entwickelt hat 2) - bezieht seine Attraktivität - dies wird in einer repräsentativen HIS-Untersuchung (1989) als Ergebnis festgehalten - aus dem dichten Netz seiner Studienorte, von der Kürze der Studienzeit und von der Praxisorientiertheit des Studiums. Offen bleibt, was unter dem vielzitierten "Praxisbezug" der Fachhochschulausbildung verstanden werden kann. Ich interpretiere diesen Begriff daraufhin, daß 1. die Studieninhalte an Fachhochschulen auf den Qualifikationserwerb in der Ausführungsplanung und Baupraxis studiert werden kann (Fachtagung 1991) und 2. daß der Einstieg ins Studium über den Nachweis über eine Berufsausbildung gewählt werden kann. Hinsichtlich unserer Fragestellung ist der "Praxisbezug" der Fachhochschulausbildung auf geschlechtsspezifische Differenzierungen hin zu untersuchen.

Es besteht Konsens unter den Hochschulen der Bundesrepublik - so konnte die Studienreformkommission Mitte der 80er Jahre die Diskussion abschließend beurteilen - daß die Ziele und Inhalte im Studiengang Architektur an Wissenschaftlichen Hochschulen (hier wird kein Unterschied zwischen Technischen Hochschulen, Universitäten

Kunzmann eher als eine Orientierung des Studiums an Marktbedürfnissen angesehen (AESOP 1990) - Bauen im Bestand ist eine der großen Aufgaben von Architektur, Städtebau und Stadtplanung heute - denn als Besinnung auf eigenständige Leitbilder in der Raumplanung.

Die Tatsache, daß es in der Bundesrepublik nur wenige Ausbildungsstätten für Raumplanung gibt (Vgl. Karte 1 und Karte 2), erschwert die Einordnung des Fachs in die wissenschaftlichen Studiengänge.

5.3 Kurzdarstellung der drei Studiengänge in Hamburg

Alle drei Ausbildungsmöglichkeiten für Architektur/Städtebau/Stadtplanung in Hamburg sind als Reformstudiengänge aus den Bildungsdiskussionen der 70er Jahre hervorgegangen. Der Studiengang Architektur und Stadtplanung wird in Hamburg an zwei Hochschultypen als grundständiges Studium angeboten: an der Hochschule für bildende Künste Hamburg als wissenschaftlich-künstlerisches Langzeitstudium mit 9 Semestern Regelstudienzeit - und als 6-semesteriges Kurzzeitstudium an der Fachhochschule Hamburg. Der Studiengang Städtebau/Stadtplanung wird als 6-semesteriges Hauptstudium an der Technischen Universität Hamburg-Harburg angeboten. Dieser Studiengang gehört zum Fach Raumplanung (mit dem die Daten dieser Studie bundesweit in Vergleich gesetzt werden). Die uns interessierenden Lehrinhalte Städtebau/Stadtplanung, die im Schnittbereich zwischen Architektur und Raumplanung liegen und von beiden Disziplinen als Aufgabefächer gelehrt werden, werden an allen drei Hochschulen angeboten. Inhalte und Vermittlungsformen des Studienganges Städtebau/Stadtplanung an der TUHH könnten Anregungen für eine Überprüfung dieser Fächer an der HbK und der Fachhochschule geben.

Architektur an der Hochschule für bildende Künste zu studieren bedeutet heute nicht eine Orientierung am traditionellen Bild der Architektur als "Mutter aller Künste" (Bredow/Döpfner o.J.), sondern ein Architekturstudium wie an jeder anderen wissenschaftlichen Hochschule auch - mit künstlerischem Ausbildungsschwerpunkt (WRK 1989, 29 f.). An dieser Stelle soll die Debatte um das "Künstlerische" an diesem Studiengang nicht vertieft werden. Die künstlerische Schwerpunktsetzung soll die Möglichkeit definieren, an den künstlerischen Angeboten der übrigen Fachbereiche zu partizipieren.

Der Fachbereich Architektur hat sich mit seiner Studienordnung Anfang der 80er Jahre vom Primat des Künstlerischen in seiner Ausbildung Abstand genommen und statt dessen auf die Interdisziplinarität künstlerischer, statischer, bautechnischer, ingenieur- und sozialwissenschaftlicher Kenntnisse für Problemlösungen in der Architektur verwiesen. Den Anspruch auf die Wissenschaftlichkeit seines Studiums hat der Fachbereich beispielsweise durch das Promotionsrecht und den Verzicht auf eine eigenen Aufnahmeprüfung - wie sie an Kunsthochschulen üblich sind - dokumentiert.

Die Überzeugung, daß das Grundlagenwissen nicht fächerorientiert, sondern als praxis- und problembezogenes ganzheitliches Wissen vermittelt werden muß, hat seinen Ausdruck im sog. Projektstudium als Ausbildungskonzept gefunden. Im Studienplan des

Fachbereichs Architektur werden 3 ganzjährige und 3 halbjährige Projekte gefordert. Leistungsnachweise für einzelne Fächer können im Rahmen der Projekte erworben werden, so daß eine große Anzahl fachlicher Leistungsnachweise gebündelt werden kann. Studentischer Arbeitsaufwand einerseits und Betreuungsaufwand der Lehrenden andererseits sind umfangreich. Der seit Jahren stärker werdende Druck auf den Fachbereich, mehr StudentInnen aufzunehmen (durch Veränderung des Betreuungsschlüssels und gerichtliche Zuweisungen), bedroht das Projektstudium und rückt die Restauration des Fächerstudiums wieder in greifbare Nähe.

Ein Vergleich der Architekturlehre der HbK mit der Fachhochschule zeigt, daß - neben der bundesweit festgestellten Übereinstimmung in der Zielsetzung und in den Grundlagenfächern - Projekte dort als Entwurfsseminare (Bernd Kritzmann 1992) halbjährig angeboten werden, davon jeweils 3 im 1. und 3 im 2. Studienabschnitt. Dabei ist bis zum Vordiplom ein Schwerpunkt in der Fächervermittlung gesetzt (Hochschulführer, 118). Der Studiengang Architektur an der Fachhochschule kann aufgrund seiner Größe - er hat ca. 1200 StudentInnen, ca. 23 Professoren, ca. 40 Lehrbeauftragte, 10 Laboratorien/Werkstätten, 2 EDV-Studios - vier Vertiefungsrichtungen anbieten: Konstruktiver Hochbau, Entwerfen, Baubetriebswirtschaft, Städtebau. Im Gegensatz dazu verfügt die HbK zwar über 17 Professoren und zusätzlich 11 Lehrbeauftragte Teilzeitprofessorinnen, die wegen des fast vollständigen Fehlens des Mittelbaus ca. 800 StudentInnen in Direktbetreuung ausbilden. Die direkte Kommunikation zwischen ProfessorInnen und StudentInnen (Dem Kollegen Hoor zufolge zeichnet sich die Lehre durch eine "Mund-zu-Mund-Beatmung" aus) ist zugleich eine Besonderheit, die es an keiner anderen Hochschule der Bundesrepublik gibt. Durch die geringen personellen Kapazitäten ist die Angebotspalette in den Studienvertiefungen auf Hochbau und Städtebau eingeschränkt.

Die Technische Universität Hamburg-Harburg ist 1978 die letzte Hochschulgründung der Bundesrepublik. Der Studiengang Städtebau/Stadtplanung an der TU Hamburg-Harburg nahm erst Mitte der 80er Jahre seine Arbeit auf und bietet einen Schwerpunktausschnitt aus dem Studiengang Raumplanung an, der zu Teilausbildungen an den Architekturfachbereichen der Hochschule für bildende Künste und der Fachhochschule kompatibel ist.

Der Vergleich der Studiensituation mit der TUHH zeigt, daß bei noch geringeren StudentInnen- und Lehrendenzahlen - (70 Studierende (Tab.3.1-1), 7 Professorenstellen mit entsprechend den universitären Standards ausgestatteter Mittelbau (pro Professor je 2 wissenschaftliche MitarbeiterInnen) bzw. Lehrauftragskapazitäten) - die Angebotspalette weiter reduziert werden muß. Dies führte zu einer Schwerpunktsetzung im Rahmen des Studienganges "Städtebau/Stadtplanung" in Sinne der sog. "Harburger Mischung" (Städtebau, Gebäudelehre, Stadtökonomie, Stadtbaugeschichte) (Hans Harms 1992). Im Vergleich mit dem Studiengang Raumplanung in Dortmund werden die breit angelegte Grundlagenfächer und die verschiedenen Möglichkeiten der Vertiefung deutlich. Die Manövrierreserve für Forschung und Lehre an der TUHH liegt in den knapp 30 Stellen und Lehraufträgen (Personal- und Vorlesungsverzeichnis WS 1992/93), mit denen die TUHH ihr Angebote ergänzen und variieren kann.

Ausbildungsverhalten des schulischen Bildungsbereichs retrospektiv und die Berufseinstiegsphase als Prüfstein für den "Erfolg" mit einbezogen.

5.5 Der "Bildungserfolg" der Studentinnen im Vergleich zu den Studenten in der Bundesrepublik

Die quantitative Zunahme von Bildungsbeteiligung an höheren Schulen wird als Erfolg einer expansiven-Bildungspolitik der 70er Jahre bewertet (AG für Bildungsforschung 1979, 64 f.). Statistisch beschreibbar wird dieser Vorgang im Sinken der Zahlen des Grundschulbesuch von über 60 % auf ca. 50 % in knapp 15 Jahren. Für die Beurteilung der Teilnahme von Frauen an diesem Prozeß zeigt eine Untersuchung über Bildungswege von Frauen vom Abitur bis zum Berufseintritt (HIS 1991, 3 ff.) schon für das Jahr 1970 einen deutlichen Zuwachs. Die Bildungsexpansion ist durch einen überdurchschnittlichen Anstieg der SchülerInnenzahlen im Gymnasialbereich und einen Rückgang im Grundschulbereich gekennzeichnet. 1987 gibt es nach der HIS-Untersuchung mehr Schülerinnen in den Gymnasien (31,4 %) als Schüler (29,4 %). Euphorische Stimmen sprechen davon, daß es noch nie in der Geschichte Deutschlands so viele gut ausgebildete Frauen gegeben hat wie heute.

Die quantitative Teilnahme von Frauen gelang nicht in allen Zweigen der beruflichen und universitären Bildung gleich gut. Es gibt deutliche Trends zu männlichen (Ausbildungs)-Berufen (z.B. das uns interessierende Bauhandwerk als Fachgebiet in der Architektur) bzw. Studiengängen. (z.B. die ingenieurwissenschaftlichen Fächer Maschinenbau, Elektrotechnik, Chemie u.a.m.). Architektur allerdings ist mit seiner Kombination aus künstlerischen, technischen, kaufmännischen, organisatorischen Anforderungen ein eher "untypischer Ingenieurberuf" (Manfred Moeck 1987).

An den wissenschaftlichen Hochschulen nahmen im Studiengang Architektur schon Mitte der 70er Jahre bundesweit ca. 26 % Frauen ihr Studium auf (HIS 1991, 446). An den Fachhochschulen waren es sogar 36 %. (HIS 1991, 448). Diese Entwicklung der StudienanfängerInnenzahlen - die die Reaktion der neuesten StudentInnengenerationen darstellen - setzte sich bis Anfang der 90er Jahre fort, so daß an wissenschaftlichen Hochschulen die Frauenanteile auf über 41 %, an Fachhochschulen auf 46 % (ebenda) gestiegen sind. Dem Steigen von Prozentsätzen und Anteilen unter den AnfängerInnen entsprechen die steigenden absoluten Zahlen unter den Studierenden: von ca. 20.000 im WS 1975/76 auf ca. 40.000 Ende der 80er Jahre. Dabei verdreifacht sich die Zahl der Studentinnen, während die Zahlen der Studenten nur um 1/3 zunehmen (Tab.4.1-1).

Ein weiteres Indiz sind die steigenden BewerberInnenzahlen für das Studium der Architektur an wissenschaftlichen Hochschulen (Tab. 5.1), die von ca. 4.500 auf 9.500 ansteigen und sich nahezu verdoppeln. Die Zahl der Studienplätze vermehrt sich nur von ca. 1.800 auf 2.100. Damit bleiben die meisten Studienwünsche unerfüllt. Frauen stellen die höchsten Steigerungsraten bei den Bewerbungen zur Zulassung. Von 1980 bis 1991/92 steigen die weiblichen Bewerbungen auf 86 %, bei den Männern nur auf 8 % (Graphik 5.2-1/2 und 1/3).

Die organisatorische Besonderheit ist die Doppelorganisation von Städtebau/Stadtplanung in Form eines Studiendekanats und eines Forschungsschwerpunkts mit eigenem Forschungsetat. Im Vergleich dazu zeigt sich eine Minderausstattung des Fachbereichs Architektur an der HbK, der weder über einen Forschungsetat verfügt noch über Forschungsfreisemester für seine forschenden Mitglieder - wie dies an Universitäten üblich ist. Der Verbleib des Fachbereichs Architektur in den Organisationsmodi der künstlerischen Fachbereiche erweist sich an dieser Stelle als eher hinderlich - etwa auch durch die höhere Regellehrverpflichtung von 12-Semester-Wochenstunden im Unterschied zu 8-Semester-Wochenstunden an der TUHH. Die Fachhochschule hat damit begonnen, ihren universitären Status auch in Richtung Forschung auszubauen. Bei einer Regellehrverpflichtung von 18 Semester-Wochenstunden wird Forschung jetzt durch großzügige Entlastungen von der Lehre honoriert (Bernd Kritzmann 1992). Eine Angleichung an universitäre Qualifikationsstrukturen zeichnet sich bei der jüngeren Professorenschaft ab, die nach dem seit 1978 geltenden Hamburger Hochschulgesetz berufen worden sind, die die gleichen Kriterien für alle Hochschultypen festschreibt (Hamburgisches Hochschulgesetz 1978). Für eine Abstimmung der Überlegungen zur Studienreform zwischen den Hochschulen, den Kultusminister und ExpertInnen aus Ausbildung und Berufsfeld wäre die Zeit jetzt günstig (Vgl. Bürgerschaftsdrucksachen, Dekanprotokolle, GEW, Sekretariat der Ständigen Konferenz, Stellungnahme, Rektorenkonferenz).

5.4 Evaluation von "Bildungserfolg" für Frauen in Architektur, Städtebau und Stadtplanung

Seit den 70er Jahren wird der Erfolg von Frauen im Bildungswesen als Beweis für ihre Bildungsfähigkeit herausgestellt. Dies wird außerdem als Zeichen einer (möglichen) Gleichstellung von Frauen und Männern interpretiert. Paradigmatisch möchte ich die These überprüfen, was mit "Bildungserfolgen" von Frauen in der Architekturausbildung gemeint sein kann.

Als Bildungserfolg wird die quantitative Teilnahme möglichst vieler Bürger unserer Gesellschaft am Bildungssystem angesehen. Unser Material ist geeignet, diese Hypothese anhand der Entwicklung der StudentInnenzahlen und verschiedene Studienleistungen zu überprüfen. Ziel einer Verbesserung von Bildung ist die Sicherung von gleichen Zugriffschancen möglichst vieler auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Errungenschaften über den in unserer Gesellschaft wichtigsten Mechanismus der sozialen Positionierung über die Erwerbstätigkeit (Georg Picht 1965, 22). Kriterien für "Erfolg" sollen sein: 1. Teilnahme an Ausbildung als Persönlichkeitsbildung. Sie gilt als Wert an sich. Fernziel der Ausbildung und 2. Kriterium für den erfolgreichen Abschluß von Ausbildung ist die erfolgreiche Berufseinstiegsphase und die Realisierung von Geld und gesellschaftlicher Macht über die Erwerbstätigkeit.

Neben der Bildungsbeteiligung von Frauen ist zu prüfen, ob und ggf. wie die Studienleistungen von Frauen und Männern im Studium variieren bzw. angeglichen sind (Studienzugang, Studienzeiten, (Noten, Wartezeiten,) NCs). Dabei werden Veränderungen im

Frauen sind "erfolgreicher" bei der Zulassung: Während die Zahlen männlicher Zulassungen von 1.500 auf "nur" 1.600 steigt, verdoppeln sich die Zahlen der zum Studium zugelassenen Frauen nahezu von 600 auf 1.100 und nähern sich damit den absoluten Zahlen der zugelassenen Männer an. Abweichungen zwischen Zulassungen und Einschreibungen liegen bei Männern und Frauen in Zeitverlauf ähnlich. Erklärungen liegen nicht in den Zahlen selbst, sondern könnten in der Entwicklung des Marktes für ArchitektInnen Mitte bis Ende 1980 liegen, der Studentinnen sich besinnen läßt, ob sie nicht doch etwas anderes studieren sollten (Graphik 5.2-1/4).

Für die zunehmende Beliebtheit des Studienganges Architektur unter Frauen spricht, daß er unter den 20 am meisten besetzten Studienfächern an bundesrepublikanischen Hochschulen seit WS 1982/83 an 10. Stelle rangiert. Damit räumen sie dem Architekturstudium einen gleich hohen Rang ein, wie dies Studenten seit ca. 10 Jahren tun. (Tab. 4.4-1).

Die Zunahme des Interesses von Frauen am Architekturstudium läßt sich damit anhand aller bisherigen Zahlen (StudienanfängerInnen, Studentinnen-, Bewerberinnen- und den Zulassungszahlen) bestätigen. Männer zeigen gleichfalls ein großes Interesse an der Architektur, aber die Steigerungsraten sind weit geringer.

Darüber hinaus erweist sich Hamburg als überdurchschnittlich beliebter Studienort: Die Hochschule für bildende Künste verzeichnet 7 x so viele Bewerbungen als Studienplätze und liegt damit an erster Stelle - allerdings bei so geringen Aufnahmekapazitäten von ca. 70 Plätzen - unter allen Hochschulen in der Bundesrepublik. Die Fachhochschule kam 1992 bei 120 Studienplätzen auf ca. 1000 Bewerbungen (Interview H. Bork 1993). Die BewerberInnenzahlen an der TUHH entsprachen bisher in etwa den Aufnahmekapazitäten. Im SW 1991/92 hat die TU erstmals 50 StudentInnen aufgenommen (Interview Hans Harms 1992).

5.6 Der "Bildungserfolg" der Studentinnen im Vergleich zu den Studenten an der Hochschule für bildende Künste Hamburg

Der Fachbereich Architektur ist im Bundesvergleich eher klein mit entsprechend wenigen StudentInnen: Im WS 1990/91 wurden ca. 65 StudienanfängerInnen (Informationen des Studentensekretariats 1991) aufgenommen. Der Fachbereich Architektur hatte im WS 1987/88 eine Gesamtzahl von ca. 500 Studierenden (Tab. 1.1-1), heute von ca. 800 Studierenden (Informationen des Studentensekretariats 1991). Im Vergleich mit den 1200 eingetragenen StudentInnen an der HbK insgesamt, die sich - neben der Architektur - auf die Fachbereiche Freie Kunst, Visuelle Kommunikation, Industrial Design und Kunstpädagogik verteilen, vereinigt der Fachbereich Architektur fast die Hälfte aller Studierenden auf sich.

Die quantitative Entwicklung der Frauenanteile am Studiengang Architektur verläuft analog zur allgemeinen Entwicklung der Bundesrepublik: Die Frauen können ihre Betei-

ligung am Studium absolut und relativ stark erhöhen (von 22 % auf 36 %) Ihre Zahl vervierfacht sich (von 45 auf 166), während sie sich bei den Männern "nur" verdoppelt (auf ca. 300) (Tab. 1.1-1). Der Frauenanteil steigt 1975 von ca. 20 % auf 36 % in 1987. Die Steigerungsraten in der Architektur zeigen 1975 bei den Männern eine Rate von ca. 80 % und bei den Frauen auf über 250 % auf (Tab. 1.1-2 und Graphik 1.1-2). Entsprechend nähern sich auch die Frauen-Männer-Quoten an: Während 1975 auf eine Architekturstudentin 3,5 Studenten kommen ist 1987 das Verhältnis 1:1,2. (Tab. 1.1-1) Im Bundesvergleich zeigt sich, daß die HbK Hamburg durchaus "normale" Frauen-Männer-Verhältniszahlen vorweisen kann. Im SS 1975 kommen auf 1 Studentin 3,5 Männer, 1989 nur noch 1,7 (Tab. 4.1-1) Die Steigerungsraten sind weniger dramatisch, aber doch deutlich genug liegen die Frauen mit 130 % weit über den Steigerungsraten der Männer mit "nur" 60 % (Tab. 4.4-2). Fazit: Die starke Zunahme der Zahl der Studierenden im Studiengang Architektur wird überwiegend von Frauen getragen.

Frauen im Architekturstudium haben nicht nur zahlenmäßig zugelegt, sie studieren auch mit guten Leistungen. In der BRD kamen auf 1 Diplomandin 1982 noch 2,9 Männer mit bestandener Prüfung, 1989 waren es nur noch 1,7 (Tab. 4.3-1). An der HbK Hamburg ist die Ausgangslage für Frauen wegen der geringen Zahlen nicht statistisch belegbar. Die kumulierten Werte zeigen, daß die Zahl der weiblichen Diplome (erwartungsgemäß) unter den Zahlen der männlichen liegen, diesen aber im Verlauf folgen (Tab. 1.-2/1), d.h. sie unterscheiden sich hier nicht von der männlichen Erfolgskurve. Männer und Frauen studieren gleich schnell: 50 % aller Prüfungen werden zwischen dem 12. und 14. Semester abgelegt, jeweils 20 % zwischen dem 15. und 16. Semester (Tab. 1.4-3). Ein weiterer Faktor zur Bestimmung des Bildungserfolgs sind die Vergleiche der Noten von Männern und Frauen: Hier schneiden StudentInnen - mit Ausnahme von 1989/90 in jeden Prüfungssemester besser ab als Männer (Tab. 7.1, Graphik 7.1/1).

Als erste Zwischenbilanz läßt sich folgende These festhalten: Der Studierwille von Frauen im Studiengang Architektur an wissenschaftlichen Hochschulen steigt ganz konstant und wird unterstrichen durch eine steigende Zahl von Studienanfängerinnen, Studentinnen und Diplomandinnen. Der ungebrochene Zuwachs seit 1975 signalisiert, daß sich Frauen weniger leicht durch schlechte Vermarktungsbedingungen von ihrem Studienfach abschrecken lassen als Männer. Nach den Zahlen der HIS-Untersuchung nehmen Männer seit Mitte der 80er Jahre ihre Studienwünsche angesichts eines nicht mehr aufnahmefähigen Marktes auch in der Architektur stärker zurück. Erst Anfang der 90er steigen auch bei Männern wieder die Anfängerzahlen (HIS, Bild 10.1.1, 182) Die Tatsache, daß der Anteil der Männer steigt, die sich gegenüber den Frauen durchsetzen können, beweist, daß Frauen aus dem Studium herausgedrängt werden. Nicht abnehmen des Interesse von Frauen am Architekturstudium, sondern die Rückkehr der männlichen Studierenden bewirkt das Sinken von Studienanfängerinnen- und Studentinnenzahlen.

Da die Studienplatzvergabe für das Studium an wissenschaftlichen Hochschulen über die ZVS erfolgt, müssen Männer die besseren Noten und/oder andere Gratifikationen vorweisen können. Die Zahlen der Bewerbungen (ca. 10.000 im WS 1991/92) bei der ZVS bestätigen das wachsende Interesse der Frauen an einem Studienplatz Architektur durch das Sinken des Quotienten von 2,0 auf 1,3 im Männer-Frauen-Vergleich (Tab.

5.1). Die Zulassungsquoten sinken allerdings nur auf 1,5 (Tab. 5.2-1, 5.2-2, 5.3). Wenn es also so ist, daß wieder Männer mit besseren Studienvoraussetzungen gegen Frauen um Studienplätze in der Architektur konkurrieren, heißt das, daß die in ihrem Studierverhalten eher am Markt orientierten Männer wieder bessere Berufsbedingungen vermuten. Dies ist eine Bestätigung von Untersuchungsergebnissen der Frauenforschung, nach denen Frauen weniger vorausschauend (in diesem Fall auf den Beruf) ihren Bildungsweg planen.

Die "Erfolge" von Frauen im Studium erweisen sich als von männlichen Berufsstrategien eingrenzbar.

5.7 Der "Bildungserfolg" der Studentinnen im Vergleich zu den Studenten an der Fachhochschule Hamburg

Im Geschlechtervergleich erweist sich das Kurzzeitstudium der Architektur für Frauen noch attraktiver als an der wissenschaftlich-künstlerischen Hochschule Hamburg. Der Ansturm auf einen Studienplatz an der Fachhochschule erklärt sich auch aus den doppelt so großen Aufnahmekapazitäten von 120 Studienplätzen. Der Frauenanteil steigt - uneachtet schlechter Vermarktungsbedingungen - bis Mitte der 80er Jahre sogar auf über 40 % an (Tab. 2.1-3).

Im Gegensatz dazu ist der Einbruch bei den Studienanfänger im Krisenjahr 1981 auf das nachlassende Interesse von Männern zurückzuführen, während das Interesse der Frauenauch in diesem Jahr sprunghaft weitersteigt und in den Folgejahren groß bleibt. Erst Ende der 80er Jahre steigen auch die Studentenanteile wieder deutlich (Tab. 2.2-1). Die Architektur an der Fachhochschule ist durchaus nicht auf dem Weg zu einem reinen Frauenstudium - wie man vermuten könnte - auch hier setzt der Studierwille der Männer den Expansionsbestrebungen der Frauen Grenzen.

Ob das Herausdrängen von Studienanfängerinnen aus dem Studium ebenfalls durch die besseren Noten bzw. Zusatzgratifikationen der Anfänger begründet ist, muß noch evaluiert werden. Die Fachhochschulen vergeben ihre Studienplätze auf Direktbewerbungen nach einem sehr komplizierten Vergabeschlüssel. Auf jeden Fall führt dies - ähnlich wie durch den NC an den wissenschaftlichen Universitäten - zu einer Reduktion von Studienanfängerinnen und Studentinnen auf dem Niveau von 35 % bei entsprechend niedrigen absoluten Zahlen (Tab. 2.2-1).

Der Studienerfolg von Frauen im Studiengang Architektur an der Fachhochschule Hamburg läßt sich wegen der großen Zahlen statistisch solide belegen. Die Studentinnen präsentieren die Vorteile des Fachhochschulstudiums mit Bravour: Fast sämtliche Diplomandinnen-Jahrgänge benötigen kürzere Zeit für ihr Studium als Männer. Mitte der 70er Jahre studierten Frauen fast 1 Semester schneller als Männer. In diesem Punkt haben sie sich bis Anfang der 90er Jahre den Männern und der allgemeinen Tendenz zur Verlängerung der Studienzzeit an Fachhochschulen auf 10 Semester angeglichen. Aber nimmt man die Mehrheit eines AbsolventInnenjahrganges zur Berechnung

grundlage, dann studieren die meisten Frauen auch heute noch kürzer als ihre Kommilitonen: Nach dem 7. Semester haben bereits 48 % Frauen und nur 43 % Männer ihren Abschluß erreicht, nach dem 8. Semester sind es 72 % Frauen und nur 63 % Männer, die ihr Diplom hinter sich haben (Graphik 2.4-4/1). Zugleich steigt die Zahl derjenigen Frauen mit überlangen Studienzeiten. Hier ist in Analogie zu anderen Ergebnissen in der Frauenforschung zu vermuten, daß diese Frauen mit besonderen Barrieren zu kämpfen haben, die ihr Studium verlängern, z.B. mit familialen Verpflichtungen, die einer Umfrage des Studentenwerks zufolge, immer noch überwiegend von den weiblichen Studierenden geleistet wird (Bundesminister für Bildung 1986). Eine weitere Ursache der Verlängerung von Studienzeiten liegt in der Erwerbstätigkeit von StudentInnen aufgrund fehlender anderer Förderungen.

Was die Studienzugangsberechtigung angeht, verfügen Architekturstudentinnen an Fachhochschulen über eine höhere Zugangsqualifikation als Männer: 69 % der Fachhochschulstudentinnen haben 1987 das Abitur, aber nur knapp 48 % der Studenten. (Tab. 2.6-3), Männer hingegen haben zu 45 % (28 % der Frauen) eine Berechtigung erworben, die sie ausschließlich zum Fachhochschulstudium berechtigen. Das bedeutet, daß Frauen hier eindeutig die höheren Qualifikationen besitzen.

In bezug auf ihre Berufsqualifikation nützt den Studentinnen an Fachhochschulen dieses hohe Qualifikationsniveau wenig. Weil Architektur als praxisbezogenes Kurzzeitfach studiert wird, haben Männer mit Berufserfahrung bereits in der Ausbildung einen Vorsprung vor Frauen, den diese auch durch das vorgeschriebene Berufspraktikum in der Regel nicht ausgleichen können. Das liegt einmal daran, daß die Zeit von ca. einem halben Jahr Praktikum keine handwerkliche Lehre ersetzen kann. Zum anderen finden Frauen nur schwer in baugewerblichen Betrieben einen Praktikumsplatz. Wegen der großen Schwierigkeiten weichen Frauen gelegentlich auf Büropraktika aus, die ihnen aber die bauhandwerkliche Seite des Architekturberufs nicht vermitteln können. Damit sind Frauen von ihrer Allgemeinbildung her überqualifiziert, von den Markterfordernissen her unterqualifiziert.

Der große Prozentsatz an fachgebundener Hochschulreife unter Männern zeigt, daß dieses Studium auch heute noch als Aufstiegsstudium aus den unteren sozialen Schichten gelten kann und von daher die Annahme naheliegt, daß sich dahinter ein gezielter Studienwunsch verbirgt. Die massenhafte Beteiligung von Frauen am Fachhochschulstudium muß nicht auf eine ähnliche Interessenlage hin interpretiert werden. Die HIS-Untersuchungen belegen, daß unter Fachhochstudentinnen diejenigen überrepräsentiert sind (HIS 1991, 36), die eigentlich an einer Universität studieren wollten. Für die Fachhochschulen kann das bedeuten, daß viele der Frauen, die dort Architektur studieren, in der voruniversitären Ausbildung in die falsche Richtung gegangen (geschickt worden) sind. Diese These soll in den Ausführungen über geschlechtsspezifische Studieninhalte wieder aufgegriffen werden. Hier gilt es festzuhalten, daß der große "Bildungserfolg" von Frauen, nämlich das Abitur, sich im Studium an Fachhochschulen durchaus als defizitär erweisen kann.

Die guten Schulleistungen von Frauen im sekundären Bildungsbereich haben nicht zu einer Erhöhung der Studierquoten bei Frauen geführt, d.h. seit 1977 ist der Anteil Frau-

en eines Jahrganges, die ein Studium aufgenommen haben, gleich geblieben. Es bleibt auch für die Universitäten eine große Diskrepanz zwischen Männern und Frauen, die ein Studium aufnehmen. Der Abbau von Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern über eine bessere Ausbildung greift nicht: Weiterhin nehmen doppelt so viele Männer wie Frauen der jeweils gleichen Altersgruppe ein Fachhochschulstudium auf. (HIS 1991, 149)

5.8 Der "Bildungserfolg" der Studentinnen im Vergleich zu den Studenten an der Technischen Universität Hamburg-Harburg

Quantitative Aussagen sind wegen der kleinen Zahlen an diesem Fachbereich mit großer Sorgfalt abzuwägen und sollen deshalb durch qualitative Aussagen aus ExpertInneninterviews ergänzt werden. Die quantitativ soliden Aussagen über die Vergleichszahlen der Bundesrepublik geben ein eher männerdominiertes Bild. Die Studentinnen der Raumplanung, die seit 1975 ihren Anteil kontinuierlich auf ca. 30 % aufstocken konnten, stehen im Männer-Frauen-Vergleich (auf 1 Frau kommen immerhin 2,4 Studenten der Raumplanung (Tab.4.8-1)) weniger gut da als die Architekturstudentinnen an der HbK und an der Fachhochschule Hamburg. An der TUHH liegen die Werte noch günstiger, nämlich bei 1,6 (Tab. 3.1-1). Die TUHH hat bisher keine Auswahlverfahren für ihr BewerberInnen durchführen müssen, sondern alle Kandidatinnen nach Vorstellungsgesprächen aufnehmen können. Auf die Frauenquote scheint sich dieses Verfahren eher günstig auszuwirken. Auf die Leistungsbilanz scheint dies eher positive Auswirkungen zu haben: nicht nur, daß die AbsolventInnen der TUHH überhaupt einen besseren Notenspiegel als die der HbK und der FH vorweisen können, ihre Absolventinnen liegen in vier von 5 Prüfungsjahrgängen über dem Notendurchschnitt der Absolventen (Tab. 7.3, Graphik 7.3/1).

5.9 Überprüfung der These vom geschlechtsspezifischen Bildungsverhalten oder von der Sanktion nicht angepaßten Studierverhaltens

Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich schon in der Schulzeit: Bereits Schülerinnen sind in ihrer Schulkarriere durch größere Unsicherheiten belastet (HIS 1991, 75). Ihnen fehlt das Selbstvertrauen, das man für eine lange Ausbildungszeit unbedingt mitbringen muß. Diese geschlechtsspezifischen Differenzen werden von herkunftsspezifischen begleitet und verstärkt: Gruppen von hoher sozialer Herkunft wollen häufiger an Universitäten studieren, niedrige von vornherein an Fachhochschulen. Insgesamt zeigt sich eine Tendenz zur Polarisierung der Geschlechter nach Bildungsherkunft: Je niedriger die Ausbildung der Eltern war, umso weniger groß sind die Chancen der Töchter, ein Studium zu beginnen. Einerlei aus welchen Herkunftsgruppen Studentinnen kommen: sie haben sämtlich weniger Chancen auf ein Studium. (HIS 1991, 155)

Mit gleich großer Deutlichkeit wie die Daten zur Bildungsherkunft weisen auch die Daten zur beruflichen Herkunft der Eltern in die gleiche Richtung: Frauen haben geringere

Chancen als Männer auf einen gleich guten Start in die Hochschulausbildung, auch wenn sie aus einem ranghohen Milieu stammen. Sie haben nur bessere Chancen gegenüber anderen Frauen. (HIS 1991, 159). Eine Analyse der Stellung der Eltern im Beruf zeigt, daß mehr als die Hälfte aller Beamtenkinder und ca. 1/3 der Angestelltenkinder ein Studium aufnimmt. Auch hier zeigt sich, daß Frauen nicht in gleichem Maße an Ausbildung teilnehmen: in allen nach beruflichen Positionen der Eltern aufgeschlüsselten Gruppen stellen die Frauen 1/3 der StudienanfängerInnen, bei den Arbeiterkindern sogar nur 1/6 (HIS 1991, 163). Dies liefert den massenstatistischen Beweis für die kreuzweise Reproduktion von Geschlecht und Schicht über die Differenzierung unter Frauen.

Die Beweisführung der HIS-Untersuchung belegt Beobachtungen über geschlechtsspezifisches Bildungsverhalten an den Schulen, nach dem Frauen Qualifikationen erwerben, die - weil fachunspezifisch - nicht entsprechend anerkannt werden: z.B. soziale und kommunikative Fähigkeiten (Uta Enders-Dräger, Claudia Fuchs 1990). Wir wissen, daß das Sozialverhalten von Mädchen, z.B. verbale Zurückhaltung und Eingehen auf Diskussionsbeiträge anderer SchülerInnen, den Unterricht an Schulen erleichtern bzw. in schwierigen Situationen sogar erst möglich macht. Im Management vieler Firmen werden zunehmend Fähigkeiten nachgefragt, die bisher nicht Gegenstand der schulischen und beruflichen Ausbildung sind. Im Gegenteil gehen in die Notengebung Fähigkeiten wie besonnenes Verhalten, Verhandlungsgeschick, Kompromißbereitschaft und andere kommunikative Fähigkeiten negativ ein, wenn Originalität und Eigenständigkeit nur im Fachbezug berücksichtigt wird. Entsprechend wird der Fachbezug und die Studierfähigkeit von Frauen unterschätzt. Sie werden seltener ermutigt, häufiger entmutigt und diskriminiert.

Die Entmutigungsthese bestätigt sich in einer Befragung von 100 Architektinnen und Stadtplanerinnen, die solche Erfahrungen bei Kommilitonen, Professoren, Kollegen und Vorgesetzten mehrheitlich gemacht haben (Martwich 1986). Der HIS-Fragebogen (Absolventenuntersuchung 1991), der absichtlich keine Fragen zur Diskriminierung von Frauen gestellt hat, wurde von vielen Frauen mit Randbemerkungen über dieses Thema zurückgegeben. Das bedeutet: Frauen sind sich ihrer Diskriminierung durchaus bewußt (Minks 1992).

Über weitere Rahmenbedingungen, die Frauen das Studium der Architektur an wissenschaftlichen Hochschulen erschweren bzw. ihren Studierstil verändern, liegen systematische Beobachtungen aus Hannover vor. Danach lassen sich bei der Mehrheit der Studienanfängerinnen - bedingt durch persönliche Kritik und unbefriedigende Noten - Anpassungsleistungen an männlich dominierte Entwurfsstile bereits in den ersten Semestern beobachten. Ein weiterer Weg der Anpassung wird beschrieben als Rückzug aus dem Entwurf und Zuwendung zu anderen Themenstellungen (Katharina Weresch 1992, 95). Dies kann bedeuten, daß Vorgehensweisen und Perspektiven von Frauen ungeprüft verworfen werden.

Für die schulische und berufliche Ausbildung ist immer wieder darauf hingewiesen worden, welche Orientierungsfunktion den Leitbildern zukommt. In der Architektur gibt es weibliche Leitbilder so gut wie gar nicht. In Hamburg gibt es weder an der künstlerisch-

wissenschaftlichen Hochschule noch an der Fachhochschule eine einzige Frau als Vollzeitprofessorin. An der TUHH hat es von Anfang an im Studiengang Städtebau/Stadtplanung eine Professorin gegeben, die zumindest das Bild einer beruflich erfolgreichen Frau in ihrer Person präsentieren konnte. Seit 1989 gibt es eine Vollzeitprofessorin mit dem Forschungsschwerpunkt Frauenstudien - Frauenforschung. Damit ist die Kontinuität der Lehrvermittlung gewährleistet. Im Fachbereich Architektur der HbK gibt es kontinuierlich frauenspezifische Lehrangebote seit 1986 im Fach Stadt- und Architektursoziologie, in den letzten 2 Jahren auch in der Stadt- und Grünplanung als Sonderveranstaltungen (Vgl. Vorlesungsverzeichnisse). Die dominierenden Fachinhalte jedoch bleiben von diesen Initiativen unberührt.

Man kann also vorläufig festhalten, daß sowohl von den Lehrinhalten als auch von der Studienorganisation her Männer in der Ausbildung bis heute begünstigt sind. Auch die wenigen Hinweise über negative Sanktionen zur Korrektur abweichenden weiblichen Verhaltens weisen in die gleiche Richtung.

5.10 Kritikpunkte an den Studieninhalten aus der Sicht von StudentInnen und AbsolventInnen der drei Hochschulen

Die Evaluation der Studieninhalte und der Vermittlungsformen durch die Studierenden aller drei Hochschulen in Hamburg hat ergeben, daß das Projektstudium zu den wichtigsten curricularen Institutionen gehört. Neben mannigfacher Kritik im einzelnen, ergab eine Umfrage an der TUHH (Michael Bose u.a. 1991) und ein Statement der Fachschaft der HbK die grundsätzlich positive Einschätzung dieser Lehr- und Lernform. Die HbK und die TUHH wollen am Projektstudium festhalten, die Fachhochschule will ihr Projektstudium ausbauen (Bernd Kritzmann 1992). Wesentlichster Kritikpunkt der StudentInnen liegt in der schwierigen zeitlichen Abstimmung im Projekt und mit den betreuenden ProfessorInnen. Eine der Ursachen hierfür ist die umfangreiche Erwerbstätigkeit der Studierenden der TUHH. Viele StudentInnen betreiben ihr Studium als Fortbildung, Spezialisierung, Vertiefung und wissenschaftliche Weiterbildung mit und ohne Unterbrechung ihrer Erwerbstätigkeit. Entsprechend groß sind die Probleme mit der zeitlichen Koordination. Die von den StudentInnen gerügten Kommunikationsschwierigkeiten zwischen den ProjektteilnehmerInnen betreffen nicht eine falsche Zielrichtung des Projektstudiums, sondern betreffen Erfolg bzw. Mißerfolg im Erlernen sozialer Kompetenzen.

6. Marktgängigkeit der Ausbildung im Geschlechtervergleich

Überzeugender als humanitäre oder emanzipatorische Begründungen für eine Reform der Ausbildung sind - nach Karl Georg Zinn - ökonomische Argumente in der Durchsetzung neuer Bildungsstrategien (1992). Die Bundesarchitektenkammer hat sich schon Anfang der 80er Jahre zu Wort gemeldet und auf "Praxisdefizite" im Studium hingewiesen. Damit sind direkt vom Markt nachgefragte Qualifikationen, wie z.B. Bauleitung ge-

persönlichen Beziehungen zu opfern. Es ist abzusehen, daß diese Gruppe direkt mit den Männern in Konkurrenz um Ausbildungs- und Arbeitsplätze treten werden. Wie sei dabei mit ihren schlechteren Startbedingungen umgehen werden, ist bisher nicht vorhersagbar. Aber diese Gruppe gilt es bei der Veränderung der Hochschulstrukturen zu berücksichtigen.

Durch die Abspaltung von Männern aus der als homogen vorgestellten Gruppe ausschließlich Berufsfixer und die Bildung einer Minorität von Frauen mit ebendenselben Formen der Berufsbesessenheit einerseits und eine Männergruppe mit Mehrfachperspektiven auf Beruf und lebensweltliche Bereiche andererseits, könnte sich die Aufspaltung der Hochschullandschaft in eine Massenuniversität einerseits und eine Eliteuniversität. Die neue Konkurrenz um die wenigen ranghohen Ausbildungsplätze würde den Wettbewerb zwischen Männern und Frauen aus dem Marktgeschehen in die Ausbildungsphase vorverlagern.

Universitäten und Fachhochschulen müssen auf das veränderte Ausbildungsverhalten seitens der StudentInnen reagieren.

2. Das bildungspolitische Ziel - mehr Teilnahme von Frauen an Ausbildung zu erreichen - kann im Architekturstudium als eingelöst betrachtet werden. Geschlechtsspezifische Qualifikationsprofile sorgen in der Architektur auch heute noch für bessere Chancen von Männern. Studienabgänger von wissenschaftlichen Hochschulen, insbesondere aber von Fachhochschulen, haben durch Studienschwerpunkte in den bautechnischen Fächern und der EDV ihre Marktgängigkeit verbessert. Die Tatsache, daß Frauen über die besseren Studienvoraussetzungen verfügen - nämlich das Abitur - führt zu Benachteiligungen in Studium und Beruf, weil die Berufsausbildung in architekturverwandten Bereichen vor dem Studium den meisten Männern einen Vorsprung gibt, den Frauen während des Studiums nicht aufholen können.

Hier müssen besondere Studienberatungen und Modellprojekte für Frauen und/oder Männer in ähnlichen Situationen überlegt werden

3. Die curriculare Entwicklung könnte auf der einen Seite in Richtung einer massenhaften Kurzausbildung - die allerdings in der Praxis auf ein 8-10-semesteriges Studium hinausläuft, wenn man die hier vorgelegten Durchschnittsstudienzeiten zugrundelegt - und auf der anderen Seite in Richtung einer reduzierten Zahl von wissenschaftlichen-künstlerischen Langzeitausbildeten gehen.

Überprüft werden müßte die Brauchbarkeit eines 2-Stufen-Ausbildungs-Modells, das sich an die angelsächsische Unterscheidung von Bachelor- und Master -Abschluß orientiert. Entsprechend würde auf den Fachhochschulen das Diplom I und an den wissenschaftlichen Hochschulen das Diplom II absolviert. Diese Modelle werden an der Hochschule der Künste Berlin und an der Gesamthochschule Kassel bereits seit Jahren praktiziert werden, können als auf die Bundesrepublik übertragbar angesehen werden. Gerade der Studiengang Architektur ist besonders für das Experiment einer Doppelung der Ausbildung in zwei Stufen geeignet, weil er sowohl an wissenschaftlichen Hochschulen als auch an Fachhochschulen als Vollzeitstudiengang gut ausgebaut ist. Möglicherweise ist die Organisation des Studiums Städtebau/Stadtplanung an der TUHH ebenfalls als Modellfall für die Architekturausbildung geeignet.

meint (etwas, das man an den Hochschulen gar nicht lernt). Als zweites Manko in der Berufsausbildung werden neue Arbeitstechniken, z.B. EDV-Anwendung im Architekturbüro, genannt. Um die Berufseinstimmung von BerufsanfängerInnen zu erleichtern, wurden von der Kammer Konzepte zur Einführung in EDV entwickelt und entsprechende Kurse durchgeführt (BAK 1982, 1987). Die Arbeitsmarktbeobachtungen der Bundesanstalt für Arbeit gegen Mitte der 80er Jahre bestätigen, daß ArchitektInnen und Architekten in Krisenzeiten am ehesten mit den Qualifikationen Bauleitung und EDV eine Anstellung finden konnten, nicht aber mit der Qualifikation "Entwurf". Außerdem wurde eine größere Nachfrage nach FachhochschulabsolventInnen als nach AbsolventInnen wissenschaftlicher Hochschulen festgestellt.

Die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit zeigen, daß in den Krisenjahren 1984/85 bis 1987/88 Frauen die Verliererinnen am Arbeitsmarkt waren (Tab. 6.1-1 und folgende). Obwohl Frauen das kleinere Kontingent der Arbeitssuchenden darstellen, bleibt das Männer-Frauen-Verhältnis 1 : 2,6 (1982) bis 1 : 1,6 (1991), während das Männer-Frauen-Verhältnis bei der Zahl der Arbeitsvermittlungen bei 1 : 2,8 bzw. 2,0 liegt.

Nach dem bisher Gesagten ist klar, daß Frauen ihre Ausbildungsschwerpunkte weder in der Baupraxis noch in EDV haben. Selbst wenn Absolventinnen von Fachhochschulen gegenüber Absolventinnen von wissenschaftlichen Hochschulen größere Chance auf dem Arbeitsmarkt gehabt haben sollten, sind sie mangels entsprechender Fachspezialisierung gegenüber den Absolventen von Fachhochschulen benachteiligt. An diesem Beispiel läßt sich die These, wie Frauen gegen Frauen konkurrieren, illustrieren. Ob diese monokausale Erklärung für die schlechteren Vermarktungsbedingungen von Frauen herangezogen werden kann, muß im einzelnen überprüft werden.

7. Handlungsbereiche

1. Die alten Bildungsmuster mit der Abfolge: Abitur - Studium - Beruf werden durch neue Bildungsstrategien abgelöst, die mit einer neuen Wertschätzung der Berufsausbildung einhergehen. Insbesondere für Frauen ist nach dem Abitur eine Berufsausbildung attraktiv geworden, an die sich ein Studium anschließen kann oder auch nicht. Ursache hierfür scheint eine neue Einstellung der jungen Frauen hinsichtlich einer lebenslangen Erwerbstätigkeit zu sein. Außerdem ist zu vermuten, daß die Auflösung der traditionellen Ausbildungs- und Berufsbiographie eine Reaktion auf neue gesellschaftliche Anforderungen anzusehen sind, die auf eine lebenslange Anpassung der Qualifikation an gewandelte Anforderungen des Berufs bzw. mehrere Berufswechsel im biographischen Verlauf hinausläuft. Lebensweltlich Bezüge werden in den jeweiligen beruflichen Status integriert. Diese neuen Anordnungsmuster kommt Frauen mit Mehrfachorientierungen zugute, aber auch Männern, die sich nicht nur einseitig auf ihren Beruf orientieren möchten. Hier findet eine Annäherung von Seiten der Männer statt.

Auf Frauenseite ist eine Veränderung hinsichtlich des Berufs evident. Erstmals ist empirisch eine Gruppe Frauen statistisch belegt, die ihre Lebensperspektive auf eine lebenslange Berufstätigkeit ausrichten. Diese Gruppe Frauen ist bereit, für ihren Beruf auch

Anhang

1. Anmerkungen

1) Die Rahmenbedingung "Arbeitsmarkt" gehört eher aus Gründen der Auswertungstechniken in diesen Berichtsteil, inhaltlich gehört sie ebenso zur "Kammeruntersuchung". Dies gilt für viele Forschungsaktivitäten, z.B. Kooperationen mit dem Berufsfeld, der Bundesarchitektenkammer, mit den Architektinnen- und Planerinnennetzwerken usw.

2) Die Einstellung Ministerien der Bundesländer zu den Fachhochschulen ist uneingeschränkt positiv, was sich z.B. in der Vielzahl von Fachhochschulgründung in den neuen Bundesländern zeigt, in denen es bisher solche Einrichtungen nicht gab. Die Tatsache, daß nur ein einziger Studiengang Architektur an einer wissenschaftlichen Hochschule in den NBL gegründet wurde, bedeutet, daß die Fachhochschulen die Normen für Architekturausbildung noch stärker mitdefinieren werden.

Die Fachhochschule Hamburg hat ihren Auf- und Ausbau ausdrücklich begrüßt (Fachhochschule 1992).

3) Vgl. hierzu die Veröffentlichungen der Bundesarchitektenkammer

2. Literaturliste

Monika Allers u.a.: Frauen erneuern ihre Stadt, Dokumentation der Tagung an der HbK Hamburg vom 5.-7.10.1989

AESOP (Association of European School Of Planning) (1990): Towards an European Core Curriculum in Planning Education, Louis Albrechts, Klaus R. Kunzmann, Alain Motte, Richard Williams; Leuven, Dortmund, Grenoble, Newcastle-upon-Tyne, November

Arbeitsgruppe am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (1979): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Überblick für Eltern, Lehrer, Schüler, Reinbek bei Hamburg

Arbeitskreis für Ausbildung der SRL (1974): Definition von Berufsbildern und Qualifikationen für Raumplaner, Essen (Messen, Gespräche, Erkundungen, 59)

Arbeitspapier (1992) für eine Rahmenkonzeption der Struktur- und Entwicklungsplanung für den Hamburger Hochschulbereich

Ausbildungsschwerpunkte und Berufsintegration von Frauen in der Architektur,

Forschungsantrag der Hochschule für bildende Künste Hamburg an 5 Bundesländer und das BMBW, Hamburg 1992

BA (Hg.):

1. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr.3/1986
2. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr.5/1987 (Masch.Schr.)

BAK (Hg.) (1987): BAK Datenverarbeitung in Architekturbüros, Bonn

BAK: Ausbildung - Berufsbild - Berufschancen. Ergebnisse der Arbeitsgruppe des Deutschen Architektentages 1982, DAB 12/82

Baumgarten, Karl (1993): Einführung von EDV in den Lehrkanon der Hochschulen: Versuch einer Einschätzung, These zur Diskussion: Wie weiter mit EDV in der Architektur? Diskussionsveranstaltung am 20.4. an der Hochschule für bildende Künste Hamburg

Bericht der Studienreformkommission Architektur/Raumplanung/Bauingenieurwesen, hg. vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland, Veröffentlichungen zur Studienreform 6, Bonn, o.J.

Michael Bose u.a. (1991): Auswertung der Umfrage "Studentinnen des Studiengangs Städtebau/Stadtplanung beurteilen die Studienprojekte", Hamburg

Bürgerschaftsdrucksache 13/8009 vom 09.04.1991: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 13.-15.12.1989 (Bürgerschaftsdrucksache 13/4900) - Verkürzung der Studiendauer an den Hamburger Hochschulen

Bürgerschaftsdrucksache 14/2514 vom 15.09.1992: Rahmenkonzeption der Struktur- und Entwicklungsplanung für den Hamburger Hochschulbereich - Hamburger Hochschulen auf dem Weg ins Jahr 2000

Bundesarchitektenkammer (Hg.), (1986): BAK - Forumgespräch: Architekturausbildung, Bonn

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: (1986): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, darin: Exkurs: Ausgewählte Aspekte zur sozialen Lage der Studentinnen, Bonn, S. 523 - 565

Jürgen Bredow, Dieter C. Döpfner: Gedanken zur Architekturausbildung, hg. vom BDA, Bonn o.J.

Dekanekonferenz (1991): Protokolle vom 3./4.5. und 21./22.11. (Vortrag zum Stand der Frauenforschung in der Architektur (Martwich)), 14.4.1992, 30.10.1992

Uta Enders-Dräger, Claudia Fuchs (Hg.), (1990): Frauensache Schule. Aus dem

deutschen Schulltag: Erfahrungen, Analysen, Alternativen, Frankfurt am Main

Entwurf der Empfehlungen der Studienreformkommission Architektur, Fassung vom 13.5.1985

Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund: Informationen über den Studiengang Raumplanung, hg. von der Studienfachberatung, Dortmund 1990/91

Fachhochschule Nr. 73, November 1992: Hamburg macht Ernst mit dem Ausbau der FH

FH Hamburg (WS 1992/93): Hochschulführer

FH Hamburg, Info 3 des Fachbereichs Architektur, WS 1991/92

FH Hamburg, Studienordnung vom 4.7.1985

Fachschaft des Fachbereichs Architektur der HbK Hamburg (1992), Diskussionspapier vom 24.5.1992

Fachtagung (1991) an der Hochschule für bildende Künste: Studienschwerpunkte und Berufsintegration von Frauen in der Architektur, 26.2.1991 ("Zeit der Reife", Kruppa)

Ingeborg Flagg (1987): Formen der Berufsausübung, in: BDA (Hg.): Architektur. Informationsschrift für Studienanfänger, Bonn

Barbara Friebertshäuser (1992): Übergangsphase Studienbeginn. Eine Feldstudie über Riten der Initiation in eine studentische Fachkultur, Weinheim, München

GEW: Stellungnahme zum Referentenentwurf "Hamburger Hochschulen auf dem Weg ins Jahr 2000" - Rahmenkonzeption der Struktur- und Entwicklungsplanung für den Hamburger Hochschulbereich, o.O., o. J.

"Hamburger Hochschulen auf dem Rathausmarkt" der Hamburger Universität zum Thema: "Wofür bilden wir eigentlich aus?" 10.6.1989

Susanne Harz u.a. (1986): Architekturausbildung am Lerchenfeld, DAB 10/86

HbK Hamburg (versch. Jahrgänge): Vorlesungsverzeichnisse

HbK Hamburg (1992): Entwicklung der Bewerberzahlen zum Architekturstudium in der BRD und an der HbK Hamburg, Fachbereich Architektur, Studienberatung

HbK Hamburg Studien- und Diplomprüfungsordnung vom 10. September 1986

(HIS) Hochschul-Informationssystem (Hg.), (1989): Abiturienten an Fachhochhochschulen. Ursachen und Auswirkungen der Attraktivität des Fachhochschulstudiums

für Abiturienten, Ralf-Rüdiger Nigmann

(HIS) Hochschul-Informationssystem (Hg.), (1991): Hochschulabsolventen 88/89 zwischen Studium und Beruf, Karl-Heinz Minks, Ralf Nigmann

(HIS) Hochschul-Informationssystem (Hg.), (1991): Bildungswege von Frauen vom Abitur bis zum Berufseintritt, Irene Kahle, Hildegard Schaeper, Hannover

Reinhard Höppner (1993): Hochschule 2000. Denkanstöße für die Entwicklung moderner, zukunftsfähiger Universitäten und Hochschulen, Gesprächskreis Politik und Wissenschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 19.5.1993

IBAU - Regionalausgabe XVIII, Großraum Hamburg, Planungsinformationen (1986): Die Kultusministerkonferenz blockiert längst überfällige Reform der Architekturausbildung - Bildungspolitiker verweigern Dialog mit der Praxis, Nr.11, 7.2.86

Konzerterte Aktion Weiterbildung (1992): Wissenschaftliche Weiterbildung von Frauen - Empfehlungen, Nr. 6/92, 8.9.1992

Dietrich Kruppa: Ausbildung an Fachhochschulen, DAB 3/91 und DAB 5/91

Klaus R. Kunzmann (1987): Die Ausbildung von Raumplanern am Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund, Institut für Raumplanung, Sonderdruck

Mathias Lenhardt (1993): Neue Denkmodelle und räumliche Vorstellungen in der Architektur: EDV im Ausbildungskanon an einer künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschule, Vortrag vom 23.2.1993 in der Vortragsreihe ArchCom der HbK Hamburg

Barbara Martwich (1986): Frauen in Architektur- und Planungsberufen. Eine Befragung der Teilnehmerinnen an den 5. orddeutschen Architekturtagen 1986, Hamburg

Dies. (1990): Frauen und Technik, Vortrag auf der Veranstaltung "Hamburgs Hochschulen auf dem Rathausmarkt" der Hamburger Universität zum Thema: "Wofür bilden wir eigentlich aus?" 10.6.1989

Dies.(Hg.)(1991): FrauenPläne. Stadtbau, sozialer Wandel und Fraueninteressen, Darmstadt

Dies. (1992): Architektinnen. Frauen in einem untypischen Ingenieurberuf, in: Wetterer, Angelika (Hg.): Profession und Geschlecht. Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen, Frankfurt/New York

Dies. (erscheint vorr. Dez. 1993 A): Großsiedlungen: Traum oder Alptraum vom Wohnen im Grünen, in: Trojahn, Alf und Stumm, Brigitte (Hg.): Gesundheit in der Stadt, Frankfurt am Main

Dies. (1993 B): ArchCom. Ein Kompakt-Praxis-Seminar zum Einsatz von EDV in der

Strukturuntersuchung 1977 der freien Architektenkammer in Baden-Württemberg, in: DAB 2/79

Tagungsreader (1991) Frauen - Planen - Bauen, hg. von Helga Fabbinder, Ingrid Kurz, Barbara Matwich, Hamburg

TU Hamburg-Harburg (WS 1992/93): Personal- und Vorlesungsverzeichnis

TU Hamburg-Harburg (1991): Informationen zum Studiengang Städtebau/Stadtplanung

TU Hamburg-Harburg: Studienordnung vom 16.12.1992 und Diplomprüfungsordnung vom 6.7.1984

UNI-Berufswahlmagazin (1982): Berufspraxis: Architekten: Wer für sich ein Inneres baut, baut auch ein Außen, 6/82

Universität Karlsruhe (1990): Befragung der Diplomand(inn)en des SS 1990 zur Dauer ihres Architekturstudiums

Katharina Weresch (1992): Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Raumwahrnehmen und Raumverhalten sowie Entwerfen von Gebäuden, Diss. Manuskr., Hannover

Westdeutsche Rektorenkonferenz (1987): Zusammenstellung bildungspolitischer Daten, Bonn, Januar (Fahnenprüfungsordnung)

Westdeutsche Rektorenkonferenz (1989), Dekane- und Abteilungsleiterkonferenz Architektur und Raumplanung: Studiengang Architektur. Das Studienangebot an den wissenschaftlichen Hochschulen und Kunsthochschulen in der Bundesrepublik Deutschland (einschl. Westberlin), Bonn

Karl Georg Zinn (1992): Arbeitskräftequalifikation und industrielle Leistungsfähigkeit. Anmerkungen zum Kontext von "Humankapital" und Militarisierung in den USA, in: Hansjürgen Datheim u.a. (Hg.): Soziale Chancen. Forschungen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt am Main

Architektur in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Hamburg, Bericht für den Fachbereichsrat, Hamburg im Juni (Masch.Schr.)

Modellversuch: Förderung von Studentinnen im Grundstudium in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern (1990). Projektleitung: Hans-Albert Richard, Jürgen Voß. Zwischenbericht, 15.4.1992

Manfred Moeck (1987): Frauen und Ingenieurstudium - Ursachen der Unterrepräsentation von Ingenieurinnen in Ausbildung und Beruf. Eine Literaturstudie - Referat Allgemeiner Studienberatung, Juli 1987

Georg Picht (1965): Die deutsche Bildungskatastrophe, München

PILOTPHASE - Endbericht (1990): Ausbildungsschwerpunkte und Berufsintegration von Frauen in der Architektur, Forschung im Auftrag des BMW, Hamburg

RÖPER, Ulrike (1992): Bildungsziel: Schlüsselqualifikationen, in: Hamburger Lehrzeitung (HLZ): Berufsorientierung, 8/1992

Dirk Schubert (1992): Stadterneuerung in Lehre und Forschung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg 1981 - 1991, in: Jahrbuch der Stadterneuerung, Darmstadt

Klaus Schubert (1993): Absolventenuntersuchung 1991 des Fachbereichs Architektur der Fachhochschule Hamburg

Ulrich Schwarz (1989): Ist das etwa Kunst? - Architekten in der Hamburger Kunsthochschule, DAB 12/89

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und die Finanzministerkonferenz (1992): Gemeinsames Schreiben zur Frage des Angebots und des Bedarfs an Studienplätzen in den alten Ländern sowie der Entwicklung der Hochschulen in den neuen Ländern

SPIEGEL-Interview mit Professor Jürgen Pahl 17.6.85 über die Lage der Architekten: "Das Image wirkt oft verführerisch", 225

STECKEWEH, Carl (1988): Der Beruf in Zahlen, in: BDA (Hg.): Architektur. Informationen für Berufsanfänger, Bonn

Stellungnahme (1991) des Fachbereichs zur Frage des Standorts und der Struktur des Fachbereichs Architektur an der Hochschule für bildende Künste Hamburg, 4.7.1991

Strukturumfrage 1977/78 der Architektenkammer der Freien Hansestadt Bremen, in: DAB 12/78

IV. Literaturhinweise

Information der ZWE "Arbeit und Region", Universität Bremen

Die dominierende Stellung der City als Einzelhandelsstandort wird zunehmend in Frage gestellt. Die Ursachen für diese Entwicklung sind hinlänglich bekannt; sie liegen u.a. in der anhaltenden und in letzter Zeit wieder stärker werdenden Abwanderung einkommensstarker Mittelschichten in stadtnahe Umlandgemeinden, was letztendlich zu einer Erosion des städtischen Kaufkraftniveaus führen könnte, sowie in der Konkurrenz mit den am Stadtrand gelegenen Einzelhandelsgroßbetrieben.

Seit einiger Zeit versucht der City-Einzelhandel, durch die Schaffung freizeitorientierter Einkaufsumgebungen (Stichwort "Erlebniskonsum") verlorengangenes Terrain zurückzuerobern. Der Erfolg dieser Strategie hängt aber nicht zuletzt davon ab, inwieweit es damit gelingt, die Bevölkerung stadtnaher Umlandgemeinden als Kunden zu gewinnen. Empirische Studien belegen die vitale Bedeutung dieses Kundenpotentials für die City: Nach Erhebungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels kommen bis zu 50 % der Innenstadtbesucher aus dem stadtnahen Umland. Detaillierte Erkenntnisse über das Einkaufsverhalten dieser Konsumentengruppe sind daher Voraussetzung für ein erfolgreiches Marketing.

Der von der ZWE "Arbeit und Region" herausgegebene Forschungsbericht

"Die Stadt als Einkaufsort für die Bevölkerung im städtischen Umland - Eine Untersuchung von Einkaufsorientierungen in einer Umlandgemeinde der Region Bremen"

ist eine praxisorientierte Analyse des Einkaufsverhaltens der Umlandbevölkerung. Im Mittelpunkt dieser in ihren Ergebnissen verallgemeinerbaren Studie stehen Einkaufsortpräferenzen und ursächlich damit verbundene Faktoren.

Untersucht wurden folgende Bereiche:

- ⇒ Die Nutzung der Innenstadt als Einkaufsort durch die Umlandbevölkerung
- ⇒ Einkaufsortpräferenzen der zugezogenen Städter und der alteingesessenen Bevölkerung
- ⇒ Motivationale Hintergründe von Einkaufsortpräferenzen
- ⇒ Konsumbezogene Einstellungen
- ⇒ Einkaufsverhalten von Pendlern
- ⇒ Die Bedeutung sozialer Bindungen für das Einkaufsverhalten

Die Ergebnisse der Untersuchung verdeutlichen, welche Teile der Umlandbevölkerung zum Kundenpotential der City gerechnet werden können und welche Ansatzpunkte für ein zielgruppengerechtes Marketing sich ergeben. Zu beziehen ist die Studie bei der Universitätsbuchhandlung Bremen unter Angabe der ISBN-Nr. 3-88722-285-7.

New York Strukturen einer Metropole

Herausgegeben von
**Hartmut Häußermann und
Walter Siebel**

edition suhrkamp 1798
Neue Folge Band 798
Erste Auflage 1993
© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1993
Erstausgabe

Inhalt

Hartmut Häußermann/Walter Siebel Lernen von New York? 7
Norman I. Fainstein Transformationen im industriellen New York: Politik, Gesellschaft und Ökonomie 1880-1973 27
Susan S. Fainstein Stadtpolitik in New York – wem gehört die Stadt? 51
Saskia Sassen Global City: Internationale Verflechtungen und ihre innerstädtischen Effekte 71
Klaus Brake Die räumliche Struktur der Dienstleistungswirtschaft: Warum gibt es keine Dezentralisierung? 91
Roger Waldinger Ethnische Gruppen im Konflikt: Iren, Juden, Schwarze und Koreaner 108
John H. Mollenkopf Wechselnde Koalitionen bei den Bürgermeisterwahlen: 1985, 1989 und danach 146
Neil Smith Gentrification in New York 182
Peter Marcuse Wohnen in New York: Segregation und fortgeschrittene Obdachlosigkeit in einer vierteleiten Stadt 205
Adrienne Winthoff-Héritier Das Dilemma der Städte – Sozialpolitik in New York City 239
Sharon Zukin, unter Mitarbeit von Jenni Parker Hochkultur und »wilder« Kommerz: Wie New York wieder zu einem kulturellen Zentrum werden soll 264
Monika Wagner Die Privatisierung von Kunst und Natur im öffentlichen Raum. Die Plazas von Manhattan 286
Literatur 299
Über die Autoren 318

Hartmut Häußermann · Walter Siebel (Hrsg.)

Festivalisierung der Stadtpolitik

Stadtentwicklung durch große Projekte

Mit Beiträgen von
**Daniela Birkhuber, Roy Darke, Soledad Garcia, Robert Geipel,
Robert Giloth, Hartmut Häußermann, Ilse Helbrecht,
Gerd-Michael Hellstern, Detlev Ipsen, Thomas Krämer-Badoni,
Christine Obermair, Jürgen Pohl, Gerhard Schimak, Ulrich Schröder,
Anne Shlay, Klaus Selle, Walter Siebel, Marco Venturi**

Inhalt

Hartmut Häußermann/Walter Siebel: Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik	7
Robert Giloth/Anne Shlay: Spiel ums Wachstum	32
Marco Venturi: Tangentopoli: Der aufhaltsame Aufstieg der städtischen Großereignisse	56
Ulrich Schröder: Welt-Stadt. Zum veränderten Verhältnis von Weltausstellung und Stadtentwicklung	71
Daniela Birkhuber: Expo '86: Ein Fest für Vancouver?	89
Gerhard Schimak: Weltausstellung 1995 Wien – Budapest. Ursachen und Konsequenzen der Absage Wiens	108
Thomas Krämer-Badoni: Venezia Expo 2000: Aus der (Alp-) Traum	134
Klaus Selle: Expo 2000. Ein Großprojekt als Mittel der Stadtentwicklung?	164
Christine Obermair: ITALIA '90 – eine verpaßte Chance der Stadtpolitik?	208
Roy Darke: Die 16. Universiade, Sheffield 1991	230
Soledad Garcia: Barcelona und die Olympischen Spiele	251
Robert Geipel/Ilse Helbrecht/Jürgen Pohl: Die Münchner Olympischen Spiele von 1972 als Instrument der Stadtentwicklungspolitik	278
Gerd-Michael Hellstern: Die documenta: Ihre Ausstrahlung und regionalökonomischen Wirkungen	305
Detlev Ipsen: Bilder in der Stadt. Kunst und Stadtraum im öffentlichen Streit. Notizen zur documenta in Kassel	325
Autorenverzeichnis	340

Alle Rechte vorbehalten
© 1993 Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der Verlagsgruppe Bertelsmann International.



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

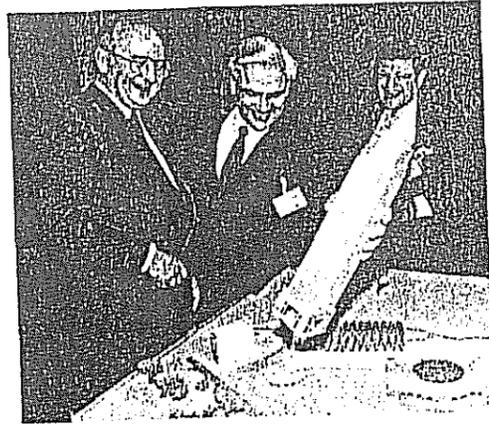
Satz: ITS Text und Satz GmbH, Herford
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Lengericher Handelsdruckerei, Lengerich
Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

LEVIATHAN
Zeitschrift für Sozialwissenschaft

Sonderheft 13/1993

Bauwelt

Stadtkultur Frankfurt
 Die Main-Metropole streitet um ihre Prestigeobjekte, doch ein Umlenken der Millionenbeträge für Museen und Theater hält die soziale Erosion an der Peripherie nicht auf.
 Last Exit Sossenheim?



Hermann Glaser: Kulturelles versus Soziales?	22
Walter Prigge: Capitale Mythen	24
Klaus Ronneberger, Peter Noller: Instant City – Instant Culture	30
„Basar gefällt mir besser.“ Gespräch mit Rüdiger Kramm	37
Drei Frankfurter Künstler über das Verhältnis zu ihrer Stadt	38
Bahnhofsviertel. Fotoessay von Fred Prase	42
Wilfried Fiebig: Stadtarmut und „Sozial-Design“	46
Bernd Wagner: Neue Wege der Stadtteilkultur	48
Claudia Gottschalek: Gallus – Frankfurts „Dritte Welt“	54
Wilfried Körner, Klaus Ronneberger: Last Exit Sossenheim?	58
Klaus Ronneberger: Stadtrandleben zwischen Wohnsilo und Eigenheim	64

1/2
 7. Januar 1994
 85. Jahrgang



Frank-Olaf Brauerhoch
Das Museum und die Stadt

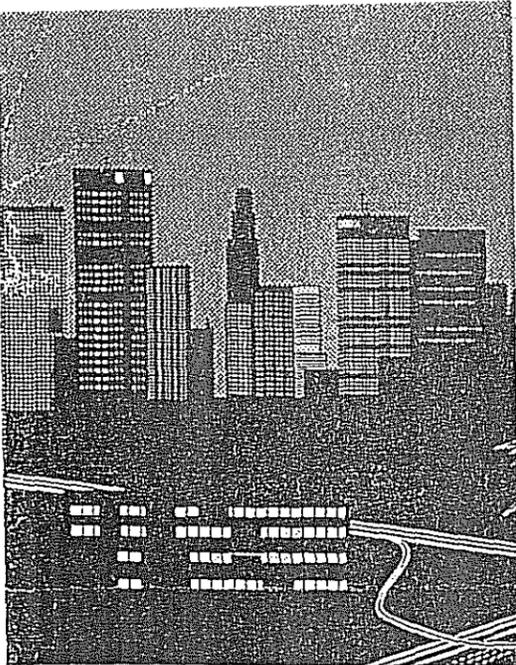
1993 - ca.150 S. -
 ISBN 3-924550-84-0

Zum Autor:
Frank-Olaf Brauerhoch, Dr., geb. 1959, Studium der Soziologie, wiss. Mitarbeiter der Johann-Wolfgang-Goethe- Univ., Frankfurt/M., Veröffentlichungen in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften, 1991 erschien sein Buch Frankfurt am Main. Stadt, Soziologie und Kultur.

Bringt das heutige Kunstmuseum dem Publikum "Kunst" überhaupt nahe? Oder hat es den Menschen "Kunst" entfremdet, indem es sie aus ihrem Alltag verbannte? Welche Rolle spielt das Kunstmuseum bei der Neudefinition des Kunstbegriffs, und welche Auswirkungen hatte und hat es auf das Kunstschaffen? Diesen Fragen geht Frank-Olaf Brauerhoch in seinem Buch nach, indem er die historische Entwicklung und Ausdifferenzierung des "Museums" aufzeichnet sowie die damit einhergehende Entstehung von Museumspädagogik und -didaktik mit ihren verschiedenen und - wie der Autor herausstellt - unbewiesenen Annahmen über das Rezeptions(un)vermögen des Publikums. Dabei arbeitet er heraus, wie wechselnde städtebauliche Denkmuster die Ausdifferenzierung des Museumswesens in der Planung wie in der praktischen Umsetzung beeinflussen. Der Text bleibt nicht in der allgemeinen theoretischen Analyse stecken, sondern er veranschaulicht Entwicklung und Bedeutungswandel von Kunst und Kultur anhand der Entstehung der Frankfurter Museumslandschaft, nicht ohne die bei aller Problematik mitunter zutage tretende Komik widersprüchlicher Interessen einfließen zu lassen: ein informatives und dennoch unterhaltsam geschriebenes Buch!

Zielgruppe: MuseumsliebhaberInnen und -fachleute, StädterInnen und StadtplanerInnen, Kulturschaffende





MOBILIZING THE COMMUNITY

LOCAL POLITICS IN THE ERA OF THE GLOBAL CITY

edited by **ROBERT FISHER**, University of Houston, Texas
& **JOSEPH KLING**, St. Lawrence University, Canton, New York

In an era of global transition, contemporary grassroots organizing represents the dominant form of resistance available to people who seek to control their lives. It is the basis for restoring public life, empowering individuals and communities, and challenging the state and the capital. Through empirically based case studies and theoretical essays, *Mobilizing The Community* offers strategies, tactics, ideology, and leadership to enhance the potential for grassroots mobilization. It covers citizen initiatives, ethnic self-help organizations, community-based development and service delivery programs, political lobbying and advocacy efforts, political party building, and direct action protest groups. The empowerment of various groups—middle-class suburbanites, the poor, women, gay men, lesbian women, communists, neopopulists, workers, immigrants, hispanics, and blacks—is addressed.

This comprehensive volume provides powerful suggestions to scholars, practitioners, and analysts of urban studies and political science, as well as activists.

CONTENTS: Introduction: The Continued Vitality of Community Mobilization *R. Fisher & J. Kling* // 1. Historical and Theoretical Contexts // 1. Grassroots Organizing Worldwide: Common Origins, Historical Roots, and The Tension Between Democracy and The State *R. Fisher* // 2. Complex Society/Complex Cities: New Social Movements and The Restructuring of Urban Space *J. Kling* // 3. Participation in New York and London: Community and Market Under Capitalism *S. Fainstein & N. Fainstein* // 11. Community-Based Mobilizations // 4. Private Spaces and the Politics of Places: Spatio-Economic Restructuring and Community Organizing in Tucson and El Paso *S. Munson & G. Fowler* // 5. Building Multiracial Alliances: The Case of People United for a Better Oakland *G. Delgado* // 6. Keep On Keeping On: Organizing for Welfare Rights in Massachusetts *A. Wilhorn & B. Mandell* // 7. The Career of Urban Social Movements in West Germany *M. Mayer* // 8. The Silent Valley (Kerala, India) Dam Abandonment: A Case of Successful Community Mobilization *M. Zachariah* // 9. "Deepening" Democracy: Social Movement Networks, Constitutional Reform, and Radical Urban Regimes in Contemporary Brazil *S. E. Alvarez* // 111. Social Movements and Identity Politics // 10. Friends and Neighbors: Knowledge and Campaigning in London *J. Allen* // 11. The Difficulty of Leaving "Home": Gay and Lesbian Organizing to Confront AIDS *V. Lehr* // 12. Pioneering Muslim Women in France *S. Body-Gendrot* // 13. The New Social Movements Take on The White House: The Bay Area Movement Against The Gulf War *B. Epstein* // Conclusion: Prospects and Strategies for Mobilization in The Era of The Global City *R. Fisher & J. Kling*

Urban Affairs Annual Reviews, Volume 41

ORDER FORM (please print) A3737

(professional books may be tax deductible)

Name _____

Address _____

City _____ State _____ Zip _____

Daytime Phone # (_____) _____

Please send me _____ copies of *Mobilizing the Community*

My check or credit card information is enclosed. Check # _____

Charge to my MasterCard Visa

Account # _____ Exp. Date _____

Signature _____

Orders under _____ must be prepaid.

My order exceeds _____ please bill me. I understand shipping charges will be added to my invoice.

Personal orders must be paid by personal check, MasterCard or Visa.

Make check payable to Sage Publications, Inc.

On all orders add _____ handling charge.

California residents add 7.25% sales tax.

Prices subject to change without notice.

In Canada, add 7% Goods & Services Tax (R129786448).

Canadian orders must be paid in U.S. funds.

Mail to: SAGE PUBLICATIONS, Inc.

2455 Teller Road

Thousand Oaks, California 91320-2218

Telephone: (805) 499-9774

Fax: (805) 499-0871

Printed in the U.S.A.

Prof. Dr. Klaus Brake
Dipl.Ing. H.J. Bremm
unter Mitarbeit von H. Aden, B. Groß, U. Schneider

DIENSTLEISTUNGEN UND REGIONALE ENTWICKLUNG

- Eine empirische Untersuchung -

Kommunale Handlungsperspektiven in NRW

Forschungsbericht

Text
(Band I)

Studie im Auftrag des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS)

Oldenburg, März 1993
Carl von Ossietzky Universität

 SAGE PUBLICATIONS, INC. International Educational and Professional Publisher, 2455 Teller Road, Thousand Oaks, CA 91320-2218

Aktuelle Information !

Schriftenreihe der Niedersächsischen Akademie Ländlicher Raum, Heft 8:

Aktivierende Bürgerbeteiligung und ökologische Dorfentwicklung

- Auswertung des Modellvorhabens Schwaförden

Heinar Henckel, Jörg Knieling, Heidi Sinning
1992, Hannover, 164 Seiten

Das Modellvorhaben der Bezirksregierung Hannover und der Gemeinde Schwaförden lief von April 1991 bis September 1992. Jetzt liegt die Auswertung der Erfahrungen vor:

- Aktivierende Bürgerbeteiligung

Erst mit der Eigeninitiative der Bewohner/innen ist eine zukunftsweisende und wirkungsvolle Dorfentwicklung möglich. Wie aber können die Bürger/innen zur Mitarbeit ermutigt werden?

Die Auswertung des Modellvorhabens Schwaförden zeigt zahlreiche informierende und aktivierende Beteiligungsformen in der Praxis: Bürgerversammlungen, Arbeitskreis, Arbeitsgruppen, Beratung, Vorträge, Ausstellungen, Pressearbeit ...

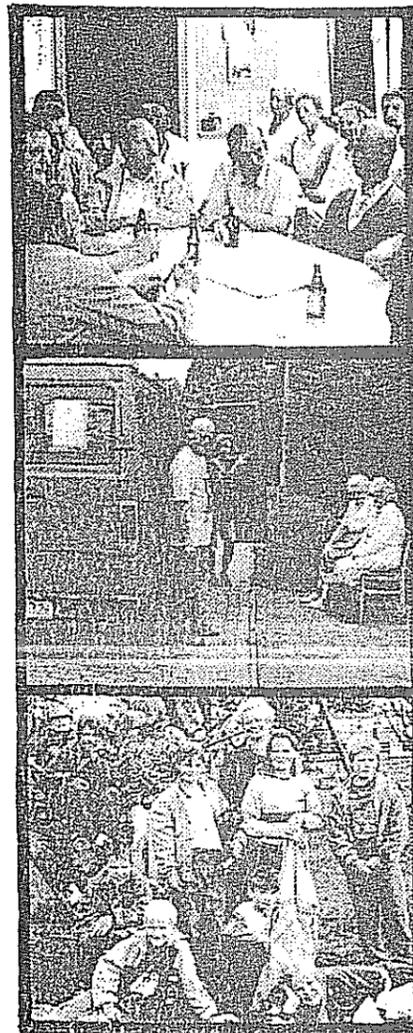
Besonders bedeutsam sind die Ergebnisse aus der "Zielgruppenarbeit" mit Frauen, alten Menschen, Jugendlichen und Kindern: z.B. Eltern-Kind-Interessengemeinschaft, "Donnerstags-Kleinbus" und "Kinder planen Spielplätze".

- Ein ökologisches Dorf ist ein lebendiges Dorf!

"Integrierte" bzw. "ganzheitliche" Entwicklung ist die aktuelle Herausforderung für die Planung in ländlichen Räumen. Dies verlangt ein erweitertes Verständnis von Dorfökologie:

Das Modellvorhaben zielte, neben der klassischen Dorfökologie, darauf, a) umweltverträgliche Nutzungen und Produktionsweisen und b) die Funktionenvielfalt im Dorf zu fördern.

In Schwaförden waren die Themen u.a. ein Waschplatz für landwirtschaftliche Geräte, Sonderabfalltonnen für Gewerbebetriebe, Maßnahmen zur Energieeinsparung, eine Abfallaktion mit der Grundschule, Sozialstation, Jugendraum, und die "Gelben Seiten Schwaförden".



Bestellschein auf der Rückseite!

Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis der Modellstudie:

Modellbereich "Aktivierende Bürgerbeteiligung"

- 4.1 Bürgerbeteiligung in der Dorfentwicklung
 - 4.1.1 Ziele und Nutzen der Bürgerbeteiligung
Exkurs: Die Bedeutung besonderer Zielgruppen für die Dorfentwicklung: Frauen, alte Menschen, Jugendliche, Kinder
 - 4.1.2 Arbeitsprinzipien für die aktivierende Bürgerbeteiligungsarbeit vor Ort
 - 4.1.3 Übersicht erprobter Beteiligungskonzepte
 - 4.1.4 Formale Regelung der Bürgerbeteiligung in der niedersächsischen Dorferneuerung
- 4.2 Aktivierende Bürgerbeteiligung im Modellvorhaben Schwaförden
 - 4.2.1 Die Beteiligten
 - 4.2.2 Verlauf der aktivierenden Bürgerbeteiligung
 - 4.2.3 Formen der aktivierenden Bürgerbeteiligung - Darstellung und Bewertung
Mitwirkende Beteiligung:
Bürgerversammlung/Arbeitskreis, Arbeitsgruppen, Zielgruppenarbeit (Frauen, Senior/innen, Kinder, Jugendliche), Beratung, Einzelinterviews, Haushaltsbefragung
Informierende Beteiligung:
Vortrags- und Informationsveranstaltungen, Ausstellungen, öffentliche Auslegung, Schaukästen/Aushänge, Wurfsendungen, Presseartikel
- 4.3 Beispiele der Bürgerbeteiligung in der Dorfentwicklung aus Niedersachsen und anderen Bundesländern

Modellbereich "Ökologische Dorfentwicklung"

- 5.1 Ökologische Dorferneuerung als integrierte Dorfentwicklung
- 5.2 Arbeitsebenen der ökologischen Dorfentwicklung in Schwaförden - Darstellung und Bewertung
 - 5.2.1 Klassische Dorfökologie:
 - 5.2.2 Umweltverträgliche Gestaltung der Nutzungen und Produktionsweisen im Dorf
 - 5.2.3 Ökologischer Lebensraum Dorf durch Funktionenvielfalt
- 5.3 Beispiele ökologischer Dorfentwicklung aus Niedersachsen und anderen Bundesländern

Empfehlungen

- 6.1 Prozeß der Dorferneuerung
 - 6.1.1 Vorlaufphasen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung
 - 6.1.2 Dorferneuerungsschulen zur Fortbildung der Bewohner/innen
 - 6.1.3 Weiterbildung der Prozeßfähigkeiten für Projektbeauftragte und Verwaltung
 - 6.1.4 Experten-Datei für eine fachübergreifende Dorferneuerung
 - 6.1.5 Niedersächsische Finanzierungsdatei Ländlicher Raum
- 6.2 Inhalte der Dorferneuerungsförderung
 - 6.2.1 Soziales und Kultur
 - 6.2.2 Gewerbe und Handwerk
 - 6.2.3 Ökologie
- 6.3 Räumliche Abgrenzung der Dorferneuerung
- 6.4 Förderpraxis der Dorferneuerung

Bestellschein

Name, Anschrift, Telefon:

.....

Nds. Akademie Ländlicher Raum

z.Hd. LLD Wolf Roßberg

Scherenbosteler Str. 41

W-3002 Wedemark

Ich bestelle ___ Ex. der Modellstudie Schwaförden zum Unkostenbeitrag (plus Versandkosten) gegen Rechnung/mit beiliegendem Scheck

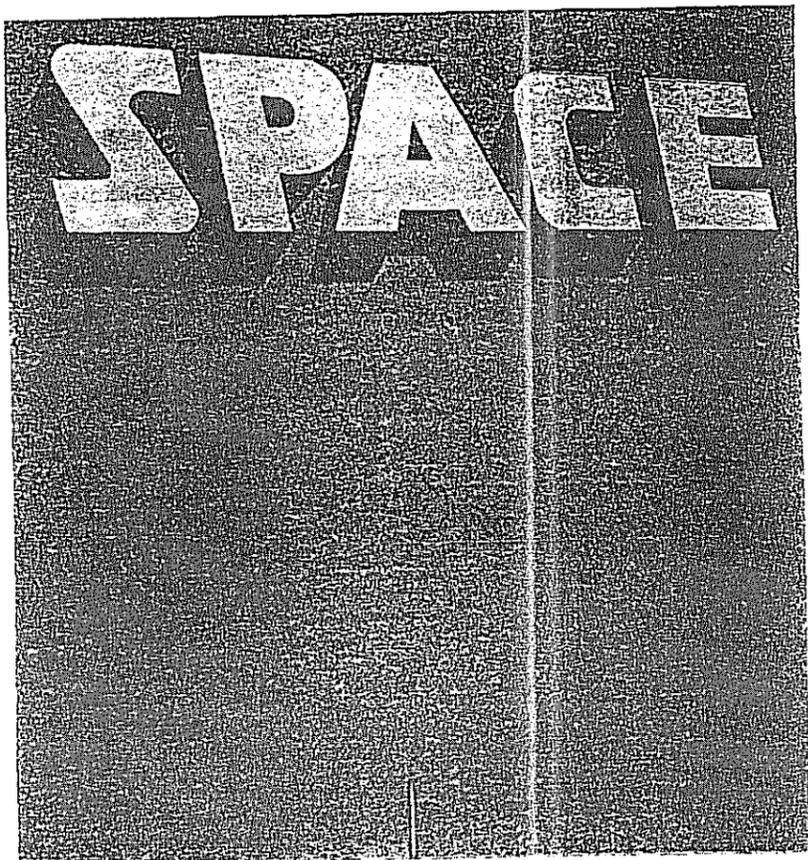
Ort, Datum

Unterschrift

Martina Löw

Raum ergreifen

Alleinwohnende Frauen
zwischen Arbeit, sozialen Beziehungen
und der Kultur des Selbst



Wissenschaftliche Reihe
Band 56

Kleine Verlag

● Was motiviert berufstätige Frauen in der Lebensmitte, allein zu wohnen? Welche Bedeutung haben Wohnung, soziale Beziehungen, Erwerbsarbeit und Bildung? Was ist neu an diesem Lebensentwurf und wie einheitlich ist er? Kann tatsächlich von einem „Entwurf“ gesprochen werden, also eine Wahl dieser Lebensform vorausgesetzt werden? Auf diese und ähnliche Fragen werden im vorliegenden Buch Antworten gegeben.

● Die Autorin, Martina Löw, beleuchtet anhand qualitativer Interviews die vielfältigen Facetten des Alleinwohnens. So beginnt das Buch mit dem kritischen Blick auf moderne und etwas ältere Klischees über die Alleinwohnenden, wobei auch die in den Sozialwissenschaften hitzig geführte Individualisierungsdebatte so manches Stereotyp über „Singles“ aufweist.

● „Ich brauche meinen eigenen Raum“, mit dieser Forderung klagen Frauen einen Bereich ein, in den niemand gegen ihren Willen eindringen darf. Es ist ein Aufbegehren gegen die räumliche Abhängigkeit als Kind, gegen die Sexualisierung als Mädchen, gegen die Zuständigkeit für die Reproduktionsarbeit als Frau. Der eigene Raum wird zur Verlängerung des Körpers und zum Spiegelbild der Psyche.

● Frauen schaffen sich, so zeigt die Autorin, einen Freiraum, der es ihnen ermöglicht, soziale Beziehungen ihren Interessen gemäß zu organisieren, aber auch Arbeitsstrukturen zu hinterfragen und Weiterbildungsangebote zu nutzen.

Martina Löw analysiert den Weg zu neuen Lebensformen: Eine Suchbewegung von Frauen — keine endgültige Lösung.

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir/uns _____ Expl. Bestellung bitte über den

Martina Löw

Buchhandel oder direkt

Raum ergreifen

einsenden an den

Alleinwohnende Frauen
zwischen Arbeit, sozialen Beziehungen
und der Kultur des Selbst

Kleine Verlag GmbH

Postfach 10 16 68

33516 Bielefeld

ISBN 3-89370-184-2, 1993, ca. 230 Seiten

Name/Anschrift

Datum/Unterschrift

- 78 -

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik
Band 87



Public Private Partnership – ein neuer Weg zur Stadtentwicklung?

herausgegeben von
Werner Heinz

mit Beiträgen von
Werner Heinz, Norman I. und Susan S. Fainstein,
Elizabeth A. Strom, Paul Lawless, David Whitney,
François Ascher, Gerhard Held, Jürgen Rosemann
und Hans Kroes, Göran Cars, Bo Lanesjö,
Per-Håkan Westin und Pär-Ola Åkerlund

Verlag W. Kohlhammer · Deutscher Gemeindeverlag
Stuttgart · Berlin · Köln

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	5
SUMMARY	15
EINLEITUNG	
Werner Heinz Public Private Partnership – ein neuer Weg zur Stadtentwicklung? ...	29
ERFAHRUNGEN AUS DEN HERKUNFTSLÄNDERN DES PARTNERSCHAFTSANSATZES (USA UND GROSSBRITANNIEN)	
Norman I. Fainstein und Susan S. Fainstein Öffentlich-private Partnerschaften bei der Stadterneuerung und Stadtentwicklung in den USA	65
Elizabeth A. Strom Öffentlich-private Partnerschaften bei der Stadterneuerung und Stadtentwicklung in den USA – Fünf Fallbeispiele	125
Paul Lawless Öffentlich-private Partnerschaften in Großbritannien – Analyse und Kritik	199
David Whitney Öffentlich-private Partnerschaften bei der Stadterneuerung und Stadtentwicklung – Sind die Beteiligten der öffentlichen und privaten Hand gleichgestellte Partner?	245
MASSGEBLICHE ANSÄTZE IN AUSGEWÄHLTEN EUROPÄISCHEN LÄNDERN	
François Ascher Öffentlich-private Partnerschaften bei der Stadterneuerung und Stadtentwicklung in Frankreich	277
Gerhard Held Öffentlich-private Partnerschaften bei der Stadterneuerung und Stadtentwicklung in Spanien	341
Jürgen Rosemann und Hans Kroes Partnerschaftliche Planung in den Niederlanden	387
Göran Cars, Bo Lanesjö, Per-Håkan Westin und Pär-Ola Åkerlund Öffentlich-private Zusammenarbeit bei der Stadtplanung in Schweden – ein Überblick	433
BILANZ	
Werner Heinz Wesentliche Merkmale von Partnerschaftsansätzen bei der Stadtentwicklung und Stadterneuerung	483
VERZEICHNIS DER AUTOREN	542

- 79 -

Giftweiber



Umweltgifte im Lebensalltag und die leidvollen Erfahrungen mit Öffentlichkeitsbeteiligung
Christine Mussel, Stefanie Pfeil

Der sozialen Brisanz von Umweltgiften im Wohnbereich wird in der Umweltpolitik noch viel zu wenig Beachtung geschenkt. Die gravierenden sozialen und psychischen Belastungen für die Betroffenen aber auch soziologische Erwägungen der Berücksichtigung gesellschaftlicher Werte in Politik und Planung verlangen eine Beteiligung Betroffener.

Die Veröffentlichung berichtet über den Stand der Forschung zum Thema Umweltgifte und Betroffenenorganisationen mit speziellem Blick auf die Rollen und Chancen von Frauen. Vier betroffene Frauen berichten über ihr Engagement in Betroffenenorganisationen und Beteiligungsgremien.

Die Veröffentlichung wendet sich zum einen an Frauen, die sich als Handelnde und Betroffene in ähnlichen Situationen befinden. Zum anderen sind diejenigen angesprochen, die in Planung, Politik, Verwaltung und Wissenschaft an der demokratischen Lösung von Planungsproblemen arbeiten.

Kassel 1993, ISBN 3-89117-077-7, Heft 112

Gesamthochschule Kassel GhK

Infosystem Planung

Henscheistraße 2

34109 Kassel

Ingeborg Beer

ARCHITEKTUR FÜR DEN ALLTAG

Vom sozialen und frauenorientierten Anspruch der Siedlungsarchitektur in den zwanziger Jahren

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
Einleitung: Ein Mythos auf dem Prüfstand	11
Siedlungsarchitektur und aktuelle Rezeption	13
Zur Fragestellung	20
Methodisches Vorgehen	21
Das Neue Bauen als soziales Versprechen	25
Von der architektonischen Utopie ...	25
... zu neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen	30
Der Siedlungsbau als Gemeinschaftssymbol	37
Der soziale Gehalt der neuen Prinzipien	47
<i>Soziale Gleichheit und sachliche Gleichartigkeit</i>	47
<i>Soziale Funktion und schöner Gebrauch</i>	52
<i>Soziale Brauchbarkeit neuer Architekturformen</i>	55
Die neue Wohnung	66
Die Wohnung als sachliche und funktionale Aufgabe	66
Die Wohnung als hygienische und außenorientierte Konzeption	73
Die Wohnung als kleine und ökonomisierte Ration	77
Exkurs I: Abschied von traditionellen Wohnformen	80
Die alten Probleme mit dem Existenzminimum	88
Veränderte Frauenrolle als soziales Leitbild	96
Das Frauenbild in der Architekturdiskussion	96
Exkurs II: 20 Frauen an 20 Herden?	102
Küche und Hausrat im Dienste des Fortschritts	107
Amerika: Vorbild für die neue Küche	107
<i>Catherine E. Beecher</i>	108
<i>Christine Frederick</i>	108
<i>Lillian M. Gilbreth</i>	111
Die funktionale Küche als Problem	113
<i>Die Wohnküche</i>	116
<i>Die Arbeitsküche</i>	118

SCHELZKY & JEEP BERLIN

Printed in Germany
ISBN 3-923024-36-3

Küchen im Zentrum des Siedlungsbaus	120
<i>Frankfurt: Die Einbauküche als Typ</i>	120
<i>München: Die Küche als Integrationsmodell</i>	125
<i>Berlin: Der Eßstich im Arbeitsraum</i>	127
Küchen im Zentrum von Ausstellungen	129
<i>Die Stuttgarter Küchen: Frauen als Gestalter</i>	130
<i>Die "Ring"-Küchen: Architekten als Ausstatter</i>	133
Der praktische Hausrat	134
Zentraleinrichtungen im Siedlungsbau	142
Utopie geblieben: Die Volkshäuser	142
Erfolgreich: Die Waschküchen	143
Beiträge zur Erziehungsreform: Schulen, Kindergärten	145
Am Rande: Cafés, Lokale und Läden	151
Wieder in der Diskussion: Das Einküchenhaus	153
Die Wohnung der berufstätigen Frau	156
Grete Schütte-Lihotzky	159
Bernhard Hermkes	161
Hans Scharoun	163
Frauen zwischen Tradition und Fortschritt	167
Die gesellschaftliche Wirklichkeit des Frauenalltags	167
<i>Politische und rechtliche Anerkennung</i>	167
<i>Wirtschaftliche und berufliche Integration</i>	170
<i>Kulturelle und modische Emanzipation</i>	175
Die Hausfrauenrolle zwischen Wandel und Bewahrung	177
Exkurs III: Das Heim und die Frauenfrage	182
Frauen und Bauen	187
Siedlungen im Lichte der Hauswirtschaft	194
Stuttgart 1927	194
Breslau 1929	199
Schlußbemerkungen	202
Anhang	206
Literaturverzeichnis	206
Abbildungsverzeichnis	227

**Ausgewählte Veröffentlichungen
der Bundesforschungsanstalt für
Landeskunde und Raumordnung**

**Informationen zur
Raumentwicklung**

Planungskartographie und Geodesign
Heft 7.1993, 8,- DM

Raumstruktur und CO₂-Vermeidung
Heft 8.1993, 8,- DM

**Materialien zur
Raumentwicklung**

Die Entwicklungsphasen der Städte und Regionen in der
Bundesrepublik Deutschland (alte Länder) im Spiegel der
Volkszählungen
Heft 56, 18,- DM

Entwicklungsperspektiven für Stadtregionen
Heft 58, 28,- DM

Verkehrspolitisches Handlungskonzept für den raumordnungs-
politischen Orientierungsrahmen
Heft 60, 18,- DM

Die Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim Selbstverlag der BfLR,
Postfach 20 01 30, 53131 Bonn.